



Unterrichtung 19/355

der Landesregierung

Entwurf eines Neunten Medienänderungsstaatsvertrages Hamburg / Schleswig-Holstein (9. MÄStV HSH)

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag unter Hinweis auf Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist der Ministerpräsident

Zuständiger Ausschuss: Innen- und Rechtsausschuss

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

18. Oktober 2021

Entwurf eines Neunten Medienänderungsstaatsvertrages Hamburg / Schleswig-Holstein (9. MÄStV HSH)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

unter Beachtung des Art. 28 Absatz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 1 Absatz 1 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG) möchte ich Sie, wie bereits mit PIG-Schreiben vom 1. Juli 2021 angekündigt, über den Fortgang der Verhandlungen der zwei Staatsvertragsländer Hamburg und Schleswig-Holstein zur Novellierung des Medienstaatsvertrages Hamburg / Schleswig-Holstein (MStV HSH) unterrichten. Die Staatsvertragsländer haben hierzu Verhandlungen durchgeführt und einen ersten fachlichen, synoptischen Vorentwurf eines 9. MÄStV HSH erarbeitet (**Anlage**). Den Betroffenen wird nun zunächst Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf gegeben.

Hintergrund der geplanten Novellierung ist vor allem der Anpassungsbedarf, den der MStV HSH bezüglich der neuen Systematik und Terminologie des Medienstaatsvertrages (MStV) der Länder aufweist. Der vorangehende 8. MÄStV HSH hat hier lediglich die aus dem MStV resultierenden inhaltlich zwingend erforderlichen Mindestanpassungen vorgenommen. Da ein wesentlicher Aspekt der Reform eine grundlegende Anpassung der Vertragssystematik an die Systematik des MStV ist, um dem Anwender das Auffinden und Abgleichen der sich gegenseitig ergänzenden Vorschriften des MStV der Länder und des MStV HSH zu erleichtern, wird ein vollständiger Neuerlass des MStV HSH beabsichtigt. Die Neusystematisierung wäre durch eine bloße Änderung des bestehenden Vertrages nicht zu handhaben. Soweit möglich, unter Berücksichtigung der Spezifika in Hamburg und Schleswig-Holstein fachlich sinnvoll sowie der Verständlichkeit und Leser-

lichkeit des Vertrages im Zusammenspiel mit dem MStV für den Anwender dienlich, entfallen dabei sachliche Doppelregelungen. Stattdessen wird in weiterem Umfang auf die Normen des MStV verwiesen.

Gleichwohl sollen wesentliche Vorschriften, die sich bewährt haben, inhaltlich beibehalten und in den neuen Vertrag vollständig überführt werden.

Inhaltlich sind neben notwendigen Anpassungen an das neue Telemediengesetz aus Sicht der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein auch landesspezifische Anpassungsbedarfe vorgesehen. Insbesondere sind auch strukturelle und organisatorische Veränderung hinsichtlich der Medienanstalt Hamburg/ Schleswig-Holstein (Aufgabenbereinigung, Verkleinerung des Medienrates, Ausschreibung der Direktorenstelle sowie Amtszeitbegrenzung) geplant.

Wesentliche Neuregelungen:

- Modernisierung der Programmgrundsätze des privaten Rundfunks (§ 13 Abs. 2): Analog der Neuregelung des § 7 Abs. 2 S. 2 NDR-StV Einführung des Gebotes der Nachhaltigkeit (entsprechend dem Gebot der ökologischen, ökonomischen und sozialen Ausgewogenheit im Sinne der UN-Agenda 2030) zzgl. Natur und Umwelt. Das Gebot bezieht sich auf die Programmfragen und nicht auch die Strukturfragen in den Unternehmen.
- Entfristete Zulassungserteilung (§ 14 Abs. 1): Künftig Entfristung der Zulassungserteilung für private Rundfunkveranstalter zur Stärkung der Standorte der Staatsvertragsländer und Entbürokratisierung. Die Möglichkeit von Rücknahme/Widerruf bleibt unberührt. Bestehende, bisher befristete Zulassungen werden den entfristeten gleichgestellt.
- Zulassungsfreiheit für „Bagatellrundfunk“ (§ 14 Abs. 4): Analog zum für bundesweiten Rundfunk geltenden § 54 MStV, Regelung auch für landesweiten Rundfunk, wonach Rundfunkprogramme, die entweder nur eine geringe Bedeutung für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung haben oder durchschnittlich weniger als 20.000 gleichzeitige Hörer haben (werden), zulassungsfrei sind. Davon unabhängig ist bei linearem, terrestrischem Rundfunk die Notwendigkeit der Zuordnung von Übertragungskapazitäten. Die bisherigen Regelungen zum Veranstaltungsfunk/Sendungen in Gebäuden können entfallen.
- Vergabekriterien für Übertragungskapazitäten (§ 22 Abs. 2): Bei der Entscheidung über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten werden die Vergabekriterien erweitert, sodass künftig das medienwirtschaftliche Engagement, die Bereitschaft zur Ausbildung und der Beitrag für die Kulturszene der Antragsteller berücksichtigt wird.
- Sukzessive Digitalisierung (§ 22 Abs. 5): Entsprechend bundesweiter Verständigung werden die Möglichkeiten einer künftigen technologieoffenen Transformation

des analogen Hörfunks hin zu einem Digitalfunk evaluiert. Bereits im 8. MÄStV wurde die Laufzeit der Zuweisung an die 2. Landesweite Hörfunkkette in Schleswig-Holstein auf 3 Jahre verkürzt. Künftig werden in Schleswig-Holstein freiwerdende UKW-Frequenzen grds. nicht neu vergeben. Somit wird in Schleswig-Holstein eine stärkere Digitalisierung des Hörfunks unterstützt.

- Sicherstellung der Unabhängigkeit der Regionalfensterprogrammveranstalter (§ 29 Abs. 2) und lokaler Hörfunkveranstalter in Schleswig-Holstein (§ 30 Abs. 3): Unter Berücksichtigung moderner Konzernstrukturen erfolgt eine konkretisierende Anpassung der Vorgaben zur Sicherstellung der tatsächlichen Trennung und Unabhängigkeit von Haupt- und Fensterprogrammveranstalter, insbesondere auch in Bezug auf rechtliche oder tatsächliche personelle Verflechtungen.
- Bereinigung der Aufgaben der MA HSH (§ 37): Entfallene und praktisch unbedeutende Aufgaben werden gestrichen (z.B. § 38 Abs. 2 S. 2 Nr. 2-alt; § 38 Abs. 2 S. 3 Nr. 1-alt). Durch andere Gesetze neu hinzugekommene bzw. veränderte Aufgaben (z.B. durch § 16 TMG n.F.) werden aufgenommen.
- Informationszugang (§ 38): Aufnahme einer umfassenden Regelung zum Informationszugang entsprechend der Neuregelung in § 47 NDR-StV und in Anlehnung an die Bestimmungen des IZG.
- Bereinigung der Zuständigkeiten des Medienrates (§ 39).
- Anpassung der Regelung über Aufsichtsmaßnahmen an das Instrumentarium des MStV (§ 40): Die Norm wird dadurch verschlankt.
- Geänderte Zusammensetzung des Medienrates (§§ 41, 42): Der Medienrat wird von bisher 14 auf 10 Mitglieder verkleinert. Um mehr geeignete Personen für den Medienrat zu gewinnen, wird die Anforderung, wonach Mitglieder bislang „Sachverständige“ auf einem der relevanten Gebiete sein „sollen“, auf „sachkundige Personen“ reduziert. Die Digitalwirtschaft wird explizit zusätzlich einbezogen. Aufgrund der reduzierten Mitgliederzahl muss künftig nur noch ein „Mitglied die Befähigung zum Richteramt haben, ein weiteres soll über diese Befähigung verfügen. Die Geschlechterparität soll besser gewährleistet werden. Um die reduzierte Mitgliederanzahl aufzuwiegen soll den unterschiedlichen benennungsberechtigten gesellschaftlich relevante Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen – insbesondere bei ähnlichen Interessenlagen – ausdrücklich die Möglichkeit gegeben werden, gemeinschaftlich Mitglieder zur Wahl vorzuschlagen.
- Sitzungsmodalitäten des Medienrates (§ 45): Die Regelungen zur Sitzung des Medienrates werden ergänzt. Insbesondere wird die bislang nur in der Hauptsatzung aus Anlass der Corona-Pandemie eingeführte Möglichkeit der ausnahmsweisen Sitzung und Beschlussfassung im Wege der Video-/Audioschaltkonferenz entsprechend der Parallelvorschrift im neuen NDR-StV gesetzlich normiert.

- Direktorin/Direktor (§ 47): Klarstellung, dass die Stelle der Direktorin bzw. des Direktors grds. ausgeschrieben werden muss. Im Falle der Wiederwahl kann der Medienrat mit 2/3-Mehrheit beschließen, von einer Ausschreibung abzusehen. Die Amtszeit des Direktors auf die Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung bei jeweils fünfjähriger Periode begrenzt. Die Aufgaben des Direktors werden an den MStV und spiegelbildlich zur Aufgabenneuregelung des Medienrates angepasst.
- Fakultatives Vorverfahren (§ 51): Zur Entlastung sowohl der Anstalt als auch der Betroffenen besteht künftig eine Wahlmöglichkeit dahingehend, entweder Widerspruch zu erheben oder direkt den Klageweg zu beschreiten.
- Redaktionelle Bereinigung.

Wegen weiterer Details verweise ich auf die anliegende Synopse.

Über die weiteren Verfahrensschritte werde ich Sie entsprechend den Vorgaben des PIG informieren.

Selbstverständlich stehe ich Ihnen gern zur Erörterung, etwa im Innen- und Rechtsausschuss, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter

Anlage: Synopse: Vorschläge für Änderungen durch einen Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH – 9. MÄStV HSH)

Synopse: Vorschläge für Änderungen durch einen Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH – 9. MÄStV HSH) (Stand: 05.10.2021)

Ziff.	Aktuelle Regelung (i.d.F. d. 8. MÄStV HSH)	9. MÄStV HSH-Entwurf	Erläuterungen <i>(Hinweis: Gelb hinterlegte Verweise sind nach endgültiger systematischer Neuordnung des Vertrages zu überprüfen und ggf. anzupassen.)</i>
1.	Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH)	[...]	
2.	<p>Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften</p> <p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag gilt für die Veranstaltung und das Angebot, die Verbreitung und die Zugänglichmachung von Rundfunk durch private Rundfunkveranstalter und Telemedienanbieter, sowie für die Anbieter von Medienplattformen und Benutzeroberflächen, den Bürger- und Ausbildungskanal in Hamburg und den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein. Er gilt ebenfalls für Modellversuche sowie für die Finanzierung besonderer Aufgaben nach §</p>	<p>I. Abschnitt Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen</p> <p>§ 1 Anwendungsbereich</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag gilt für die Veranstaltung und das Angebot, die Verbreitung und die Zugänglichmachung von Rundfunk durch private Rundfunkveranstalter und Telemedien durch private Telemedienanbieter in Hamburg und Schleswig-Holstein, sowie für den Bürger- und Ausbildungskanal in Hamburg und den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein. Er gilt ebenfalls für Modellversuche sowie für die Finanzierung besonderer Aufgaben nach §</p>	<p>Überschrift: Anpassung an den MStV</p> <p>Absatz 1: Erweiterung des Anwendungsbereiches entsprechend der Regelungsintention des MStV auf Telemedien sowie Streichungen und Anpassungen aufgrund der veränderten Regelungsstruktur.</p>

	<p>112 des Medienstaatsvertrages. Die Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages über unzulässige Angebote finden Anwendung.</p> <p>(2) Für bundesweit verbreitete private Angebote gilt anstelle der Bestimmung</p> <p>1. über die Programmaufgabe nach § 3 Abs. 1 sowie über die Programmgrundsätze nach § 4 Absätze 1 bis 3 die Bestimmung in § 51 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>2. über die besonderen Sendezeiten nach § 13 die Bestimmung in § 68 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>3. über die Sicherung der Meinungsvielfalt in § 19 die Bestimmungen in den §§ 50, 59 bis 67 sowie 106 bis 109 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>4. über die Zulassung von Rundfunkprogrammen nach § 20 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 die Bestimmungen</p>	<p>112 des Medienstaatsvertrages. Die Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages über unzulässige Angebote finden Anwendung.</p> <p>(2) Für bundesweit ausgerichtete private Angebote gilt anstelle der Bestimmung</p> <p>1. über die Programmaufgabe nach § 3 Absatz 1 sowie über die Programmgrundsätze nach § 13 Absätze 1 bis 3 die Bestimmung in § 51 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>2. über die besonderen Sendezeiten nach § 9 die Bestimmung in § 68 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>3. über die Sicherung der Meinungsvielfalt in § 16 die Bestimmungen in den §§ 50, 59 bis 67 sowie 106 bis 109 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>4. über die Zulassung von Rundfunkprogrammen nach § 17 Absatz 1 Sätze 1 und 2 und Absatz 2 die</p>	<p>Absatz 2: Anpassung Terminologie an MStV, vgl. auch unten OWi-TB, § 51. Rechtsförmliche und redaktionelle Anpassungen.</p>
--	--	--	--

	<p>in den §§ 53 bis 58 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>5. über die ordnungswidrigen Handlungen nach § 51 die Bestimmung in § 115 des Medienstaatsvertrages sowie in § 24 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages,</p> <p>6. über Straftaten nach § 52 die Bestimmung in § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Für die Zuweisung von Übertragungskapazitäten für bundesweite Versorgungsbedarfe einschließlich deren Rücknahme und Widerruf gelten die Vorschriften des § 105 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 in Verbindung mit §§ 102, 108 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 sowie § 107 Abs. 2 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(4) Für die Zuordnung von drahtlosen Übertragungskapazitäten für bundesweite Versorgungsbedarfe sowie deren Widerruf</p>	<p>Bestimmungen in den §§ 53 bis 58 des Medienstaatsvertrages,</p> <p>5. über die ordnungswidrigen Handlungen nach § 52 die Bestimmung in § 115 des Medienstaatsvertrages sowie in § 24 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages,</p> <p>6. über Straftaten nach § 53 die Bestimmung in § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Für die Zuweisung von Übertragungskapazitäten für bundesweite Versorgungsbedarfe einschließlich deren Rücknahme und Widerruf gelten die Vorschriften des § 105 Absatz 1 Satz 1 Nummer 13 in Verbindung mit §§ 102, 108 Absatz 1 Nummer 2, Absatz 2 Nummer 2 sowie § 107 Absatz 2 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(4) Für die Zuordnung von drahtlosen Übertragungskapazitäten für bundesweite Versorgungsbedarfe sowie deren Widerruf gilt</p>
--	---	--

	<p>gilt die Vorschrift des § 101 Abs. 2 bis 6 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(5) Für Teleshoppingkanäle gelten anstelle der Bestimmungen des Zweiten Abschnitts die Bestimmungen des I., II. und IV. Abschnitts des Medienstaatsvertrages, soweit dies dort ausdrücklich bestimmt ist.</p> <p>(6) Für Hörfunkprogramme, die ausschließlich im Internet verbreitet werden, gelten die §§ 52 bis 58 des Medienstaatsvertrages, für solche die vor dem 7. November 2020 angezeigt wurden, gilt § 54 Abs. 3 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(7) Der Staatsvertrag gilt für Telemedienanbieter gemäß § 1 Abs. 7 und 8 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(8) Für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten findet dieser Staatsvertrag nur Anwendung, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.</p>	<p>die Vorschrift des § 101 Absatz 2 bis 6 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(5) Für Teleshoppingkanäle gelten anstelle der Bestimmungen des II. Abschnitts und des II. Abschnitts, 1. Unterabschnitt die Bestimmungen des I., II. und IV. Abschnitts des Medienstaatsvertrages, soweit dies dort ausdrücklich bestimmt ist.</p> <p>(6) Für Hörfunkprogramme, die ausschließlich im Internet verbreitet werden, gelten die §§ 52 bis 58 des Medienstaatsvertrages, für solche die vor dem 7. November 2020 angezeigt wurden, gilt § 54 Absatz 3 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(7) Der Staatsvertrag gilt für Telemedienanbieter gemäß § 1 Absatz 7 und 8 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(8) Für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten findet dieser Staatsvertrag nur Anwendung, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.</p>
--	---	--

3.	<p>§ 2 Begriffsbestimmungen</p> <p>(1) Die Begriffsbestimmungen und Regelungen in § 2 des Rundfunkstaatsvertrages gelten auch für die Anwendung dieses Staatsvertrages. Für unzulässige Angebote und Jugendschutz gelten die Begriffsbestimmungen des § 3 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(2) Landesprogramme sind Programme mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Hamburg oder Schleswig-Holstein. Länderprogramme sind Programme, deren inhaltlicher Schwerpunkt sich auf beide Länder bezieht; sie sind nicht länderübergreifende Angebote im Sinne von § 13 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Anstalt ist die Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH).</p>	<p>§ 2 Begriffsbestimmungen</p> <p>(1) Die Begriffsbestimmungen und Regelungen in § 2 des Medienstaatsvertrages gelten auch für die Anwendung dieses Staatsvertrages. Für unzulässige Angebote und Jugendschutz gelten die Begriffsbestimmungen des § 3 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(2) Landesprogramme sind Programme mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Hamburg oder Schleswig-Holstein. Länderprogramme sind Programme, deren inhaltlicher Schwerpunkt sich auf beide Länder bezieht; sie sind nicht länderübergreifende Angebote im Sinne von § 13 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Anstalt ist die Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH).</p>
4.	<p>II. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen</p> <p>1. Unterabschnitt: privater Rundfunk</p>	

	<p style="text-align: center;">§ 3 Programmaufgabe</p> <p>(1) Rundfunkprogramme nach diesem Staatsvertrag sollen in ihrer Gesamtheit und als Teil des dualen Rundfunksystems zur Information und Meinungsbildung beitragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen und dadurch dem kulturellen Auftrag des Rundfunks entsprechen. Rundfunkveranstalter erfüllen dadurch eine öffentliche Aufgabe, dass sie Nachrichten beschaffen und verbreiten, Stellung nehmen und Kritik üben. Die Sendungen dürfen nicht einseitig einer Partei, einem Bekenntnis, einer Weltanschauung oder einer sonstigen Gruppe dienen. Die Erfüllung der Programmaufgabe erfolgt in eigener Verantwortung des Rundfunkveranstalters.</p> <p>(2) Die Rundfunkveranstalter können untereinander, mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und mit sonstigen Einrichtungen und Unternehmen Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Programmaufgabe</p> <p>(1) Rundfunkprogramme nach diesem Staatsvertrag sollen in ihrer Gesamtheit und als Teil des dualen Rundfunksystems zur Information und Meinungsbildung beitragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen und dadurch dem kulturellen Auftrag des Rundfunks entsprechen. Rundfunkveranstalter erfüllen dadurch eine öffentliche Aufgabe, dass sie Nachrichten beschaffen und verbreiten, Stellung nehmen und Kritik üben. Die Sendungen dürfen nicht einseitig einer Partei, einem Bekenntnis, einer Weltanschauung oder einer sonstigen Gruppe dienen. Die Erfüllung der Programmaufgabe erfolgt in eigener Verantwortung des Rundfunkveranstalters.</p> <p>(2) Die Rundfunkveranstalter können untereinander, mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und mit sonstigen Einrichtungen und Unternehmen Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit</p>
--	---	---

	<p>Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit in allen Aufgabenbereichen einschließlich gemeinsamer Programmgestaltung, Programmübernahme durch Dritte abschließen und dabei auch unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen eingehen. § 19 bleibt unberührt.</p>	<p>in allen Aufgabenbereichen einschließlich gemeinsamer Programmgestaltung, Programmübernahme durch Dritte abschließen und dabei auch unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen eingehen. § 16 bleibt unberührt.</p>	
<p>5.</p>		<p>§ 4 Anwendung der Allgemeinen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages für den privaten Rundfunk</p> <p>Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten die allgemeinen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages für Rundfunk gemäß §§ 4 bis 16 in seiner jeweiligen Fassung.</p>	<p>Künftig Nennung der anwendbaren Vorschriften des MStV in einer Norm statt bei den jeweiligen einzelnen Normen mit einem entsprechenden Verweis auf die Bestimmungen des MStV. Einerseits Verschlankung, andererseits größere Nutzerfreundlichkeit. Bei alternativ denkbarer kleinteiligerer Verweisung für enumerativ aufgezählte jeweilige Regelungsbereiche auf die einzelnen Normen des MStV bestünde Risiko, dass bei Ergänzung der Vorschriften der §§</p>

6.	<p>§ 5</p> <p>Unzulässige Angebote, Jugendschutz</p> <p>(1) Für unzulässige Angebote und Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien gelten die Bestimmungen des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 13 des Jugendschutz-Staatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Bei nicht länderübergreifenden Angeboten soll die Anstalt gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 des Jugendschutz-Staatsvertrages einen Antrag auf gutachterliche Befassung bei der Kommission für Jugendschutz (KJM) stellen. Ist der Rundfunkveranstalter nicht länderübergreifend, eines anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle nach § 19 Abs. 2 des Jugendschutz-Staatsvertrages abgeschlossen, verfährt die Anstalt bei der Aufsicht entsprechend § 20 des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 21</p>	<p>§ 5</p> <p>Unzulässige Angebote, Jugendschutz</p> <p>(1) Für unzulässige Angebote und Jugendschutz im Rundfunk und Telemedien gelten die Bestimmungen des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 13 des Jugendschutz-Staatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Bei nicht länderübergreifenden Angeboten kann die Anstalt gemäß § 14 Absatz 2 Satz 3 des Jugendschutz-Staatsvertrages einen Antrag auf gutachterliche Befassung bei der Kommission für Jugendschutz (KJM) stellen. Ist der Rundfunkveranstalter eines nicht länderübergreifenden Angebotes einer anerkannten Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle nach § 19 Absatz 2 des Jugendschutz-Staatsvertrages abgeschlossen, verfährt die Anstalt bei der Aufsicht entsprechend § 20 des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 21</p>	<p>4ff. MStV um weitere Normen, diese nicht mehr erfasst wären.</p> <p>Absatz 1: Die Vorschrift bezieht sich wegen der neuen Systematik hier künftig nur noch auf unzulässige Rundfunk-Angebote. Entsprechende Regelung wird nach neuer Systematik im entsprechenden Abschnitt für Telemedien aufgenommen.</p> <p>Absatz 2: Die Einräumung eines größeren Ermessensspielraums erscheint zweckmäßig. Die Änderung führt zur Entbürokratisierung und mehr Flexibilität der kompetenten Aufsichtsbehörde. Die MA HSH kann bei Unsicherheiten weiterhin die KJM involvieren, ohne aber dazu jenseits von atypischen Konstellationen auch in Fällen, in denen dies nicht zielführen oder erforderlich ist (weil ggf. in gleichlaufenden Fällen bereits eine</p>
----	--	--	--

	des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages gilt entsprechend.	des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages gilt entsprechend.	eindeutige Spruchpraxis der KJM besteht), grundsätzlich verpflichtet zu sein.
7.	<p>§ 6 Berichterstattung, Informationssendungen</p> <p>Die Berichterstattung und Informationssendungen richten sich nach § 10 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>§ 6 Berichterstattung, Informationssendungen</p> <p>Die Berichterstattung und Informationssendungen richten sich nach § 10 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>Streichung – Durch Verweis auf die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des MStV für Rundfunk überflüssig.</p>
8.	<p>§ 7 Kurzberichterstattung und Übertragung von Großereignissen im Fernsehen</p> <p>Das Recht auf unentgeltliche Kurzberichterstattung im Fernsehen über Veranstaltungen und Ereignisse, die öffentlich zugänglich und von allgemeinem Informationsinteresse sind, richtet sich nach § 5 des Rundfunkstaatsvertrages. Für die Übertragung von Großereignissen gilt § 4 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>§ 7 Kurzberichterstattung und Übertragung von Großereignissen im Fernsehen</p> <p>Das Recht auf unentgeltliche Kurzberichterstattung im Fernsehen über Veranstaltungen und Ereignisse, die öffentlich zugänglich und von allgemeinem Informationsinteresse sind, richtet sich nach § 5 des Rundfunkstaatsvertrages. Für die Übertragung von Großereignissen gilt § 4 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>Streichung – Durch Verweis auf die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des MStV für Rundfunk überflüssig.</p>

9.	<p style="text-align: center;">§ 8</p> <p style="text-align: center;">Verantwortlichkeit, Auskunftspflicht und Beschwerden</p> <p>(1) Der Rundfunkveranstalter ist für den Inhalt des Rundfunkprogramms verantwortlich. Ein Rundfunkveranstalter, der nicht eine natürliche Person ist, muss der Anstalt Namen und Anschrift mindestens einer für den Inhalt des Rundfunkprogramms verantwortlichen Person benennen, die neben dem Rundfunkveranstalter für die Erfüllung der sich aus diesem Staatsvertrag ergebenden Verpflichtungen verantwortlich ist.</p> <p>(2) Als verantwortliche Person darf nur benannt werden, wer unbeschränkt geschäftsfähig ist, unbeschränkt gerichtlich verfolgt werden kann, nicht infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat und einen Sitz im Versorgungsgebiet des Rundfunkprogramms oder im Fall des lokalen terrestrischen Hörfunks nach § 28a</p>	<p style="text-align: center;">§ 6</p> <p style="text-align: center;">Verantwortlichkeit, Auskunftspflicht und Beschwerden</p> <p>(1) Der Rundfunkveranstalter ist für den Inhalt des Rundfunkprogramms verantwortlich. Ein Rundfunkveranstalter, der nicht eine natürliche Person ist, muss der Anstalt Namen, Anschrift und E-Mail-Adresse mindestens einer für den Inhalt des Rundfunkprogramms verantwortlichen Person benennen, die neben dem Rundfunkveranstalter für die Erfüllung der sich aus diesem Staatsvertrag ergebenden Verpflichtungen verantwortlich ist.</p> <p>(2) Als verantwortliche Person darf nur benannt werden, wer unbeschränkt geschäftsfähig ist, unbeschränkt gerichtlich verfolgt werden kann, nicht infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat und einen Sitz im Versorgungsgebiet des Rundfunkprogramms oder im Fall des lokalen</p>	<p style="text-align: center;">Absatz 1 und 3:</p> <p>Bei grds. unterschiedlichen Regelungsgegenständen und -systematiken in § 4 MStV (gilt über Generalverweis in § 4 – Ziff. 5) einerseits und dieser Vorschrift andererseits erfolgt zumindest eine entsprechende Anpassung bzgl. neuer Kommunikationswege (i.S.v. „Angaben, die eine schnelle und unmittelbare Kontaktaufnahme und eine effiziente Kommunikation ermöglichen, einschließlich ihrer E-Mail-Adresse oder ihrer Webseite“, § 4 Abs. 1 Nr. 2 MStV). Erläuterung in der Begründung zu Abs. 1 und Abs. 3, dass mit Kontaktdaten der vertretungsberechtigten Person dienstliche Kontaktmöglichkeiten gemeint sind.</p>
----	---	---	--

	<p>im Geltungsbereich dieses Staatsvertrags hat.</p> <p>(3) Die Anstalt teilt auf Verlangen Namen und Anschrift des Rundfunkveranstalters oder des für den Inhalt des Programms Verantwortlichen mit.</p> <p>(4) Beschwerden können an die Anstalt gerichtet werden.</p>	<p>terrestrischen Hörfunks nach § 28a im Geltungsbereich dieses Staatsvertrags hat.</p> <p>(3) Die Anstalt teilt auf Verlangen Namen und Kontaktdaten des Rundfunkveranstalters oder Namen, Anschrift und E-Mail-Adresse des für den Inhalt des Programms Verantwortlichen mit.</p> <p>(4) Beschwerden können an die Anstalt gerichtet werden.</p>	
10.	<p style="text-align: center;">§ 9</p> <p style="text-align: center;">Aufzeichnungspflicht und Einsichtnahme</p> <p>(1) Sendungen sind vom Rundfunkveranstalter vollständig aufzeichnen und aufzubewahren. Bei der Verbreitung einer Aufzeichnung oder eines Films kann abweichend von Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7</p> <p style="text-align: center;">Aufzeichnungspflicht und Einsichtnahme</p> <p>(1) Sendungen sind vom Rundfunkveranstalter vollständig aufzeichnen und aufzubewahren. Bei der Verbreitung einer Aufzeichnung oder eines Films kann abweichend von Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.</p>	

	<p>(2) Die Pflicht zur Aufbewahrung nach Absatz 1 endet sechs Wochen nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, endet die Pflicht erst, wenn die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung oder auf andere Weise erledigt ist.</p> <p>(3) Die Anstalt kann innerhalb der Frist nach Absatz 2 jederzeit Aufzeichnungen und Filme einsehen oder deren unentgeltliche Übersendung verlangen.</p> <p>(4) Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten berührt zu sein, kann vom Rundfunkveranstalter innerhalb der Frist nach Absatz 2 Satz 1 Einsicht in die Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>	<p>(2) Die Pflicht zur Aufbewahrung nach Absatz 1 endet sechs Wochen nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, endet die Pflicht erst, wenn die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung oder auf andere Weise erledigt ist.</p> <p>(3) Die Anstalt kann innerhalb der Frist nach Absatz 2 jederzeit Aufzeichnungen und Filme einsehen oder deren unentgeltliche Übersendung verlangen.</p> <p>(4) Wer schriftlich glaubhaft macht, in seinen Rechten berührt zu sein, kann vom Rundfunkveranstalter innerhalb der Frist nach Absatz 2 Satz 1 Einsicht in die Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>	
11.	<p>§ 10 Gegendarstellung</p>	<p>§ 8 Gegendarstellung</p>	

	<p>(1) Der Rundfunkveranstalter ist verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person, Gruppe oder Stelle zu verbreiten, die durch eine in seiner Sendung aufgestellte Tatsachenbehauptung betroffen ist. Diese Pflicht besteht nicht, wenn die betroffene Person, Gruppe oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat oder wenn die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist. Überschreitet die Gegendarstellung nicht den Umfang des beanstandeten Teils der Sendung, gilt sie als angemessen.</p> <p>(2) Die Gegendarstellung muss unverzüglich schriftlich verlangt werden und von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Sie muss die beanstandete Sendung und Tatsachenbehauptung bezeichnen, sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben.</p> <p>(3) Die Gegendarstellung muss unverzüglich in dem gleichen Bereich zu einer Sendezeit</p>	<p>(1) Der Rundfunkveranstalter ist verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person, Gruppe oder Stelle zu verbreiten, die durch eine in seiner Sendung aufgestellte Tatsachenbehauptung betroffen ist. Diese Pflicht besteht nicht, wenn die betroffene Person, Gruppe oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat oder wenn die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist. Überschreitet die Gegendarstellung nicht den Umfang des beanstandeten Teils der Sendung, gilt sie als angemessen.</p> <p>(2) Die Gegendarstellung muss unverzüglich schriftlich verlangt werden und von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Sie muss die beanstandete Sendung und Tatsachenbehauptung bezeichnen, sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben.</p> <p>(3) Die Gegendarstellung muss unverzüglich in dem gleichen Bereich zu einer Sendezeit</p>
--	---	---

verbreitet werden, die der Zeit der Sendung gleichwertig ist. Die Verbreitung hat in einer der beanstandeten Sendung entsprechenden audiovisuellen Gestaltung zu erfolgen. Die Gegendarstellung muss ohne Einschaltungen und Weglassungen verbreitet werden. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung darf nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser gesendet werden und muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(4) Die Gegendarstellung wird kostenlos verbreitet.

(5) Wird die Verbreitung einer Gegendarstellung verweigert, entscheiden auf Antrag des Betroffenen die ordentlichen Gerichte. Für die Geltendmachung des Anspruchs finden die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechende Anwendung. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht werden. Ein Verfahren in der Hauptsache findet nicht statt.

verbreitet werden, die der Zeit der Sendung gleichwertig ist. Die Verbreitung hat in einer der beanstandeten Sendung entsprechenden audiovisuellen Gestaltung zu erfolgen. Die Gegendarstellung muss ohne Einschaltungen und Weglassungen verbreitet werden. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung darf nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser gesendet werden und muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(4) Die Gegendarstellung wird kostenlos verbreitet.

(5) Wird die Verbreitung einer Gegendarstellung verweigert, entscheiden auf Antrag des Betroffenen die ordentlichen Gerichte. Für die Geltendmachung des Anspruchs finden die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechende Anwendung. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht werden. Ein Verfahren in der Hauptsache findet nicht statt.

	<p>(6) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen der gesetzgebenden und beschließenden Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie der Gerichte.</p> <p>(7) Für Anbieter von Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten gilt hinsichtlich der Gegendarstellung § 56 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend.</p>	<p>(6) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen der übernationalen parlamentarischen Organe, der gesetzgebenden und beschließenden Organe des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie der Gerichte.</p> <p>(7) Für Anbieter von Telemedien mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten gilt hinsichtlich der Gegendarstellung § 56 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend.</p>	<p>Absatz 6 - Anpassung an § 20 Absatz 4 MStV</p> <p>Absatz 7 – Streichung, da Regelung durch Verweis im Abschnitt zu Telemedien nicht mehr erforderlich.</p>
<p>12.</p>	<p>§ 11</p> <p>Europäische Produktionen, Eigen-, Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen im Fernsehen</p> <p>Für europäische Produktionen, für Eigen-, Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen im Fernsehen gilt § 6 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>§ 11</p> <p>Europäische Produktionen, Eigen-, Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen im Fernsehen</p> <p>Für europäische Produktionen, für Eigen-, Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen im Fernsehen gilt § 6 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>Streichung - Durch Verweis auf die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des MStV für Rundfunk überflüssig.</p>

13.	<p>§ 12 Informationspflicht</p> <p>Die Informationspflicht gemäß Artikel 6 Abs. 2 des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen richtet sich nach § 9 Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Rundfunkstaatsvertrages; die rechtsverbindlichen Berichtspflichten zum Rundfunk gegenüber zwischenstaatlichen Einrichtungen oder internationalen Organisationen richten sich nach § 9 Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>§ 12 Informationspflicht</p> <p>Die Informationspflicht gemäß Artikel 6 Abs. 2 des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen richtet sich nach § 9 Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Rundfunkstaatsvertrages; die rechtsverbindlichen Berichtspflichten zum Rundfunk gegenüber zwischenstaatlichen Einrichtungen oder internationalen Organisationen richten sich nach § 9 Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>Streichung - Durch Verweis auf die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des MStV für Rundfunk überflüssig.</p>
14.	<p>§ 13 Besondere Sendezeiten</p> <p>(1) Der Rundfunkveranstalter eines Landesvollprogramms oder eines Ländervollprogramms oder eines entsprechenden Programmtails hat Parteien und Vereinigungen, für die in seinem Sendegebiet ein Wahlvorschlag zum jeweiligen Landesparlament, zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen</p>	<p>§ 9 Besondere Sendezeiten</p> <p>(1) Der Rundfunkveranstalter eines Landesvollprogramms oder eines Ländervollprogramms oder eines entsprechenden Programmtails hat Parteien und Vereinigungen, für die in seinem Sendegebiet ein Wahlvorschlag zum jeweiligen Landesparlament, zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen</p>	

	<p>Parlament zugelassen worden ist, angemessene Sendezeiten entsprechend § 5 Abs. 1 des Parteiengesetzes zur Vorbereitung der Wahlen einzuräumen. Für Landesvollprogramme mit dem Schwerpunkt Schleswig-Holstein und für Ländervollprogramme oder entsprechende Programmteile gelten diese Bestimmungen entsprechend bei Gemeinde- und Kreiswahlen für Parteien und Vereinigungen, die im Landtag vertreten sind oder für die in der Mehrzahl der Kreise und kreisfreien Städte Wahlvorschläge zu den Kreis- und Stadtvertretungen zugelassen worden sind; dieses Erfordernis gilt nicht für die Parteien der dänischen Minderheit. Andere Sendungen einschließlich Werbesendungen dürfen nicht der Wahlvorbereitung oder Öffentlichkeitsarbeit einzelner Parteien oder Vereinigungen dienen.</p> <p>(2) Von dem Rundfunkveranstalter eines Landesvollprogramms oder eines Ländervollprogramms sind der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Kirche, der Katholischen Kirche und der</p>	<p>Parlament zugelassen worden ist, angemessene Sendezeiten entsprechend § 5 Absatz 1 des Parteiengesetzes zur Vorbereitung der Wahlen einzuräumen. Für Landesvollprogramme mit dem Schwerpunkt Schleswig-Holstein und für Ländervollprogramme oder entsprechende Programmteile gelten diese Bestimmungen entsprechend bei Gemeinde- und Kreiswahlen für Parteien und Vereinigungen, die im Landtag vertreten sind oder für die in der Mehrzahl der Kreise und kreisfreien Städte Wahlvorschläge zu den Kreis- und Stadtvertretungen zugelassen worden sind; dieses Erfordernis gilt nicht für die Parteien der dänischen Minderheit. Andere Sendungen einschließlich Werbesendungen dürfen nicht der Wahlvorbereitung oder Öffentlichkeitsarbeit einzelner Parteien oder Vereinigungen dienen.</p> <p>(2) Von dem Rundfunkveranstalter eines Landesvollprogramms oder eines Ländervollprogramms sind der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Katholischen Kirche und der Jüdischen</p>
--	--	--

	<p>Jüdischen Gemeinde auf Wunsch angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen. Andere in den Ländern verbreitete Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts können angemessen berücksichtigt werden.</p> <p>(3) Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre sind einzuhalten. Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit eingeräumt worden ist.</p> <p>(4) In den Fällen der Absätze 1 und 2 kann der Veranstalter die Erstattung seiner Selbstkosten verlangen.</p>	<p>Gemeinde auf Wunsch angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen. Andere in den Ländern verbreitete Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts können angemessen berücksichtigt werden.</p> <p>(3) Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre sind einzuhalten. Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit eingeräumt worden ist.</p> <p>(4) In den Fällen der Absätze 1 und 2 kann der Veranstalter die Erstattung seiner Selbstkosten verlangen.</p>	
--	---	---	--

15.	<p>§ 14 Verlautbarungen</p> <p>Der Rundfunkveranstalter hat der Bundesregierung und den Regierungen der Länder für amtliche Verlautbarungen angemessene Sendezeiten unverzüglich und unentgeltlich einzuräumen. Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit eingeräumt worden ist.</p>	<p>§ 10 Verlautbarungen</p> <p>Der Rundfunkveranstalter hat der Bundesregierung und den Regierungen der Länder für amtliche Verlautbarungen angemessene Sendezeiten unverzüglich und unentgeltlich einzuräumen. Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit eingeräumt worden ist.</p>	
16.	<p>§ 16a Gewinnspiele</p> <p>(1) Gewinnspielsendungen und Gewinnspiele in Rundfunk und vergleichbaren Telemedien gemäß § 58 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrages sind zulässig. Sie unterliegen dem Gebot der Transparenz und des Teilnehmerschutzes. Sie dürfen nicht irreführen und den Interessen der Teilnehmer nicht schaden. Insbesondere ist im Programm über die Kosten der Teilnahme, die Teilnahmeberechtigung, die Spielgestaltung sowie über die Auflösung</p>	<p>(1) Gewinnspielsendungen und Gewinnspiele in Rundfunk und vergleichbaren Telemedien gemäß § 58 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrages sind zulässig. Sie unterliegen dem Gebot der Transparenz und des Teilnehmerschutzes. Sie dürfen nicht irreführen und den Interessen der Teilnehmer nicht schaden. Insbesondere ist im Programm über die Kosten der Teilnahme, die Teilnahmeberechtigung, die Spielgestaltung sowie über die Auflösung der gestellten</p> <p>§ 16a Gewinnspiele</p>	<p>Streichung - Durch Verweis auf die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen des MStV für Rundfunk und den entsprechenden Verweis bezüglich Telemedien ist die Vorschrift überflüssig.</p>

	<p>der gestellten Aufgabe zu informieren. Die Belange des Jugendschutzes sind zu wahren. Für die Teilnahme darf nur ein Entgelt bis zu 0,50 Euro verlangt werden; § 13 Abs. 1 Satz 3 des Rundfunkstaatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Der Veranstalter hat der Anstalt auf Verlangen alle Unterlagen vorzulegen und Auskünfte zu erteilen, die zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der Gewinnspiele erforderlich sind.</p>	<p>Aufgabe zu informieren. Die Belange des Jugendschutzes sind zu wahren. Für die Teilnahme darf nur ein Entgelt bis zu 0,50 Euro verlangt werden; § 13 Abs. 1 Satz 3 des Rundfunkstaatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Der Veranstalter hat der Anstalt auf Verlangen alle Unterlagen vorzulegen und Auskünfte zu erteilen, die zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der Gewinnspiele erforderlich sind.</p>	
<p>17.</p>	<p>§ 21a Anwendung des Medienstaatsvertrages</p> <p>Für Telemedien gelten die Bestimmungen des Medienstaatsvertrages in seiner jeweiligen Fassung.</p>	<p>2. Unterabschnitt: Telemedien</p> <p>§ 11</p> <p>Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen für Telemedien des Medienstaatsvertrages</p> <p>Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten die allgemeinen Bestimmungen für Telemedien des Medienstaatsvertrages gemäß §§ 17 bis 24 in seiner jeweiligen Fassung.</p>	

18.	<p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Unzulässige Angebote, Jugendschutz</p> <p>(1) Für unzulässige Angebote und Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien gelten die Bestimmungen des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 13 des Jugendschutz-Staatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Bei nicht länderübergreifenden Angeboten soll die Anstalt gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 des Jugendschutz-Staatsvertrages einen Antrag auf gutachterliche Befassung bei der Kommission für Jugendschutz (KJM) stellen. Ist der Rundfunkveranstalter nicht länderübergreifend, eines anerkannten Einrichtungs der Freiwilligen Selbstkontrolle nach § 19 Abs. 2 des Jugendschutz-Staatsvertrages abgeschlossen, verfährt die Anstalt bei der Aufsicht entsprechend § 20 des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 21</p>	<p style="text-align: center;">§ 12</p> <p>Unzulässige Angebote, Jugendschutz</p> <p>(1) Für unzulässige Angebote und Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien gelten die Bestimmungen des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 13 des Jugendschutz-Staatsvertrages bleibt unberührt.</p> <p>(2) Bei nicht länderübergreifenden Angeboten kann die Anstalt gemäß § 14 Absatz 2 Satz 3 des Jugendschutz-Staatsvertrages einen Antrag auf gutachterliche Befassung bei der Kommission für Jugendschutz (KJM) stellen. Ist der Rundfunkveranstalter eines nicht länderübergreifend, eines anerkannten Einrichtungs der Freiwilligen Selbstkontrolle nach § 19 Absatz 2 des Jugendschutz-Staatsvertrages abgeschlossen, verfährt die Anstalt bei der Aufsicht entsprechend § 20 des Jugendschutz-Staatsvertrages. § 21 des Jugendschutz-Staatsvertrages gilt entsprechend.</p>	<p>Absatz 1: Vgl. oben beim Rundfunk (Ziff. 6): Wegen neuer Systematik des Staatsvertrages Parallelschrift zum Jugendschutz für Telemedien-Angebote notwendig.</p> <p>Absatz 2: Vgl. oben beim Rundfunk (Ziff. 6): Die Einräumung eines größeren Ermessensspielraums erscheint zweckmäßig. Die Änderung führt zur Entbürokratisierung und mehr Flexibilität der kompetenten Aufsichtsbehörde. Die MA HSH kann bei Unsicherheiten weiterhin die KJM involvieren, ohne aber dazu jenseits von atypischen Konstellationen auch in Fällen, in denen dies nicht zielführen oder erforderlich ist (weil ggf. in gleichlaufenden Fällen bereits eine</p>
-----	---	--	---

	<p>des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages gilt entsprechend.</p>		<p>eindeutige Sprechpraxis der KJM besteht), grundsätzlich verpflichtet zu sein.</p>
<p>19.</p>	<p>§ 4 Programmgrundsätze, Meinungsumfragen</p> <p>(1) Die Rundfunkveranstalter haben in ihren Rundfunkprogrammen die verfassungsmäßige Ordnung einzuhalten. Sie dürfen sich nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.</p> <p>(2) Die Rundfunkveranstalter haben in ihren Rundfunkprogrammen die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer</p>	<p>III. Abschnitt Besondere Bestimmungen für den privaten Rundfunk</p> <p>1. Unterabschnitt Programmgrundsätze</p> <p>§ 13 Programmgrundsätze, Meinungsumfragen</p> <p>(1) Die Rundfunkveranstalter haben in ihren Rundfunkprogrammen die verfassungsmäßige Ordnung einzuhalten. Sie dürfen sich nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.</p> <p>(2) Die Rundfunkveranstalter haben in ihren Rundfunkprogrammen die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer</p>	<p>Absatz 2: Einführung des Gebotes der Nachhaltigkeit (entsprechend dem Gebot der ökologischen,</p>

	<p>zu achten. Sie sollen auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken, zu sozialer Gerechtigkeit und zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitragen sowie die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit anderer stärken und zur Förderung von Minderheiten beitragen.</p> <p>(3) Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre sind einzuhalten.</p> <p>(4) Meinungsumfragen, die von Rundfunkveranstaltern durchgeführt werden, richten sich nach § 10 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p>zu achten. Sie sollen auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken, zu sozialer Gerechtigkeit und zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitragen sowie die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit anderer stärken und zur Förderung von Minderheiten beitragen. Die Rundfunkveranstalter sollen sich für die Erhaltung von Natur und Umwelt sowie die Grundsätze der Nachhaltigkeit einsetzen.</p> <p>(3) Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze und die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre sind einzuhalten.</p> <p>(4) Meinungsumfragen, die von Rundfunkveranstaltern durchgeführt werden, richten sich nach § 6 Absatz 2 des Medienstaatsvertrages.</p>	<p>ökonomischen und sozialen Ausgewogenheit im Sinne der UN-Agenda 2030) + Natur und Umwelt – analog § 7 Absatz 2 Satz 2 NDR-StV. Das Gebot bezieht sich auf die Programmfragen und nicht auch die Strukturfragen in den Unternehmen.</p>
20.	<p style="text-align: center;">§ 17</p>	<p style="text-align: center;">2. Unterabschnitt Zulassung</p> <p style="text-align: center;">§ 14</p>	

	<p>Zulassung</p> <p>(1) Private Rundfunkveranstalter bedürfen einer Zulassung durch die Anstalt; § 20 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages bleibt unberührt. Die Zulassung wird für die beantragte Programmart (Hörfunk oder Fernsehen), Programmkategorie (Vollprogramm oder Spartenprogramm) und das beantragte Versorgungsgebiet, das in Schleswig-Holstein im Rahmen der technischen Möglichkeiten mindestens landesweit sein soll, erteilt. § 28a bleibt unberührt. Die Zulassung gilt für die beantragte Zeit, längstens jedoch für zehn Jahre. Eine Verlängerung ist zulässig. Die Zulassung erlischt, wenn der Rundfunkveranstalter nicht binnen drei Jahren nach Erteilung von ihr Gebrauch macht. Anbietern von Regionalfernseherprogrammen sind gesonderte Zulassungen zu erteilen. Hierfür gilt § 28 Abs. 2 und 3 entsprechend.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn ein Rundfunkveranstalter nach Artikel 2 der</p>	<p>Zulassungsgrundsatz</p> <p>(1) Private Rundfunkveranstalter bedürfen einer Zulassung durch die Anstalt; § 20 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages bleibt unberührt. Die Zulassung wird für die beantragte Programmart (Hörfunk oder Fernsehen), Programmkategorie (Vollprogramm oder Spartenprogramm) und das beantragte Versorgungsgebiet, das in Schleswig-Holstein im Rahmen der technischen Möglichkeiten mindestens landesweit sein soll, erteilt. § 30 bleibt unberührt. Die Erteilung der Zulassung erfolgt unbefristet; Zulassungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrages befristet erteilt wurden, gelten als unbefristet. Anbietern von Regionalfernseherprogrammen sind gesonderte Zulassungen zu erteilen. Hierfür gilt § 29 Absatz 2 und 3 entsprechend.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn ein Rundfunkveranstalter nach Artikel 2 der</p>	<p>Absatz 1 Satz 1: Eine § 20 Abs. 2 RStV entsprechende Norm im MStV ist nicht mehr vorhanden, deshalb Streichung.</p> <p>Absatz 1 Satz 4-6: Streichung Die Streichung der Befristung ist vor dem Hintergrund der Möglichkeit eine Zulassung im Falle ihrer nachträglichen Rechtswidrigkeit zu widerrufen, sinnvoll. Durch die Streichung wird die Standortattraktivität erhöht. Bestehende Zulassungen sind gleichzustellen.</p>

	<p>Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität der Rechtshoheit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum unterliegt. Absatz 1 gilt ebenfalls nicht für die Veranstaltung von Angeboten des Sechsten Abschnitts.</p> <p>(3) Die Zulassung ist nicht übertragbar. Die Anstalt kann die Übertragung der Zulassung jedoch ausnahmsweise genehmigen, wenn dies den Erfordernissen der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit im Rahmen der Zulassung nicht widerspricht und die Kontinuität des Gesamtprogramms und des Sendebetriebs gesichert ist. Eine Übertragung liegt vor, wenn während einer Zulassungsperiode innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechtsanteile</p>	<p>Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität der Rechtshoheit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum unterliegt. Absatz 1 gilt ebenfalls nicht für die Veranstaltung von Angeboten des Sechsten Abschnitts.</p> <p>(3) Die Zulassung ist nicht übertragbar. Die Anstalt kann die Übertragung der Zulassung jedoch ausnahmsweise genehmigen, wenn dies den Erfordernissen der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit im Rahmen der Zulassung nicht widerspricht und die Kontinuität des Gesamtprogramms und des Sendebetriebs gesichert ist. Eine Übertragung liegt vor, wenn während einer Zulassungsperiode innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechtsanteile auf andere Gesellschafter oder Dritte übertragen werden.</p>
--	--	---

	<p>auf andere Gesellschafter oder Dritte übertragen werden.</p>	<p>(4) Keiner Zulassung bedürfen Rundfunkprogramme,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die nur eine geringe Bedeutung für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung entfalten, oder 2. die im Durchschnitt von sechs Monaten weniger als 20.000 gleichzeitige Nutzerinnen und Nutzer erreichen oder in ihrer prognostizierten Entwicklung erreichen werden. <p>Die Anstalt bestätigt gemäß § 39 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 die Zulassungsfreiheit auf Antrag durch Unbedenklichkeitsbescheinigung. Die gemeinsame Satzung der Landesmedienanstalten nach § 54 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages findet entsprechende Anwendung.</p>	<p>Neuer Absatz 4: Analog § 54 MStV:</p> <p>Begründung zum MStV: Ähnlich wie bei den in § 20 Abs. 2 des Rundfunkstaatsvertrages normierten Fällen wird es sich hier regelmäßig um Angebote handeln, die nur geringe Bedeutung für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung entfalten und die daher wertungsmäßig den neu in § 54 geregelten Fällen gleichstehen dürften. Es bleibt dem Landesgesetzgeber unbeschadet des Wegfalls der staatsvertraglichen Ermächtigung allerdings freigestellt, soweit er dies für erforderlich und sinnvoll hält, im jeweiligen Landesmediengesetz weiterhin vereinfachte Zulassungsverfahren bezogen auf entsprechende</p>
--	---	--	--

			<p>landesbezogene Angebote vorzusehen.</p> <p>Als Folge der Einführung der Norm- kann § 54 gestrichen werden (vgl. Ziff. 63).</p>
<p>21.</p>	<p>§ 18</p> <p>Zulassungsvoraussetzungen</p> <p>(1) Eine Zulassung darf nur an eine natürliche oder juristische Person oder eine auf Dauer angelegte, nichtrechtsfähige Personenvereinigung erteilt werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. unbeschränkt geschäftsfähig ist, 2. die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht durch Richterspruch verloren hat, 	<p>§ 15</p> <p>Zulassungsvoraussetzungen</p> <p>(1) Eine Zulassung darf nur an eine natürliche oder juristische Person oder eine auf Dauer angelegte, nichtrechtsfähige Personenvereinigung erteilt werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. unbeschränkt geschäftsfähig ist, 2. die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht durch Richterspruch verloren hat, 	

	<p>3. das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht nach Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt hat,</p> <p>4. als Vereinigung nicht verboten ist,</p> <p>5. ihren Wohnsitz oder Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, einem sonstigen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat und gerichtlich verfolgt werden kann,</p> <p>6. die Gewähr dafür bietet, dass sie unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und der auf dieser Grundlage erlassenen Verwaltungsakte Rundfunk veranstaltet.</p> <p>(2) Die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 und 6 müssen bei juristischen Personen oder nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen von den gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertretern erfüllt sein. Einem Veranstalter in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft darf</p>	<p>3. das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht nach Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt hat,</p> <p>4. als Vereinigung nicht verboten ist,</p> <p>5. ihren Wohnsitz oder Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, einem sonstigen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat und gerichtlich verfolgt werden kann,</p> <p>6. die Gewähr dafür bietet, dass sie unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und der auf dieser Grundlage erlassenen Verwaltungsakte Rundfunk veranstaltet.</p> <p>(2) Die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 müssen bei juristischen Personen oder nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen von den gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertretern erfüllt sein. Einem Veranstalter in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft darf nur dann eine</p>
--	--	---

	<p>nur dann eine Zulassung erteilt werden, wenn in der Satzung der Aktiengesellschaft bestimmt ist, dass die Aktien nur als Namensaktien oder Namensaktien oder stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgegeben werden dürfen.</p> <p>(3) Eine Zulassung darf nicht erteilt werden an juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme von Hochschulen sowie Einrichtungen der Medienausbildung, an deren gesetzliche Bedienstete sowie an politische Parteien und Wählervereinigungen. Gleiches gilt für Unternehmen, die im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes zu den in Satz 1 Genannten stehen. Die Sätze 1 und 2 gelten für ausländische öffentliche oder staatliche Stellen entsprechend.</p>	<p>Zulassung erteilt werden, wenn in der Satzung der Aktiengesellschaft bestimmt ist, dass die Aktien nur als Namensaktien oder stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgegeben werden dürfen.</p> <p>(3) Eine Zulassung darf nicht erteilt werden an juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme von Kirchen und Hochschulen sowie Einrichtungen der Medienausbildung, an deren gesetzliche Vertreter und leitende Bedienstete sowie an politische Parteien und Wählervereinigungen. Gleiches gilt für Unternehmen, die im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes zu den in Satz 1 Genannten stehen. Die Sätze 1 und 2 gelten für ausländische öffentliche oder staatliche Stellen entsprechend.</p>	
22.	<p>§ 19</p> <p>Sicherung der Meinungsvielfalt</p> <p>(1) Ein Antragsteller darf im Hörfunk und im Fernsehen jeweils ein analoges</p>	<p>§ 16</p> <p>Sicherung der Meinungsvielfalt</p> <p>(1) Ein Antragsteller darf im Hörfunk und im Fernsehen jeweils ein analoges</p>	

Rundfunkprogramm mit einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung von mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechte veranstalten. Zusätzlich darf er sich jeweils an einem analogen Programm mit bis zu 50 sowie jeweils an einem weiteren analogen Programm mit bis zu 25 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar beteiligen. Dabei sind Fensterprogramme im Sinne von § 25 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrages und andere lokale oder regionale Programme nicht einzubeziehen. Für die Zurechenbarkeit von Programmen gilt § 28 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend. Ein Antragsteller, der eine Veranstaltergemeinschaft ist, die aus mindestens drei voneinander unabhängigen Beteiligten besteht, von denen keiner 50 vom Hundert oder mehr der Kapital- oder Stimmrechte innehat oder sonst einen vergleichbaren vorherrschenden Einfluss ausübt, darf, ohne die Beschränkungen nach den Sätzen 1 und 2, im Hörfunk und im Fernsehen jeweils bis zu drei analoge Rundfunkprogramme veranstalten.

Rundfunkprogramm mit einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung von mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechte veranstalten. Zusätzlich darf er sich jeweils an einem analogen Programm mit bis zu 50 sowie jeweils an einem weiteren analogen Programm mit bis zu 25 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar beteiligen. Dabei sind Fensterprogramme im Sinne von § 59 Absatz 4 des Medienstaatsvertrages und andere lokale oder regionale Programme nicht einzubeziehen. Für die Zurechenbarkeit von Programmen gilt § 62 des Medienstaatsvertrages entsprechend. Ein Antragsteller, der eine Veranstaltergemeinschaft ist, die aus mindestens drei voneinander unabhängigen Beteiligten besteht, von denen keiner 50 vom Hundert oder mehr der Kapital- oder Stimmrechte innehat oder sonst einen vergleichbaren vorherrschenden Einfluss ausübt, darf, ohne die Beschränkungen nach den Sätzen 1 und 2, im Hörfunk und im Fernsehen jeweils bis zu drei analoge Rundfunkprogramme veranstalten.

	<p>(2) Ein Antragsteller, der bei Tageszeitungen im Versorgungsgebiet des Rundfunkprogramms eine marktbeherrschende Stellung hat, darf als Einzelanbieter oder im Rahmen einer Beteiligung von mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechtsanteile nur mit der Auflage vielfaltsichernder Maßnahmen zugelassen werden. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Für die vielfaltsichernden Maßnahmen gelten die §§ 30 bis 32 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend.</p> <p>(3) Von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 kann die Anstalt Ausnahmen zulassen, wenn durch geeignete Auflagen die Sicherung der Meinungsvielfalt gewährleistet wird.</p> <p>(4) Soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Antragsteller durch die Verbreitung digitaler Rundfunkprogramme eine vorherrschende Meinungsmacht erlangt hat, kann die Anstalt geeignete Maßnahmen in entsprechender Anwendung von § 26 Abs. 3</p>	<p>(2) Ein Antragsteller, der bei Tageszeitungen im Versorgungsgebiet des Rundfunkprogramms eine marktbeherrschende Stellung hat, darf als Einzelanbieter oder im Rahmen einer Beteiligung von mehr als 50 vom Hundert der Kapital- oder Stimmrechtsanteile nur mit der Auflage vielfaltsichernder Maßnahmen zugelassen werden. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. Für die vielfaltsichernden Maßnahmen gelten die §§ 64 bis 66 des Medienstaatsvertrages entsprechend.</p> <p>(3) Von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 kann die Anstalt Ausnahmen zulassen, wenn durch geeignete Auflagen die Sicherung der Meinungsvielfalt gewährleistet wird.</p> <p>(4) Soweit Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Antragsteller durch die Verbreitung digitaler Rundfunkprogramme eine vorherrschende Meinungsmacht erlangt hat, kann die Anstalt geeignete Maßnahmen in</p>
--	---	--

	<p>und 4 des Rundfunkstaatsvertrages ergreifen.</p>	<p>entsprechender Anwendung von § 60 Absatz 3 und 4 des Medienstaatsvertrages ergreifen.</p>
<p>23.</p>	<p>§ 20 Zulassungsverfahren, Mitwirkungspflicht</p> <p>(1) Der Antragsteller hat der Anstalt alle Angaben zur Prüfung der Bestimmungen in den §§ 17 bis 19 zu machen, zusätzlich Namen und Anschrift des für das Veranstaltungsunternehmen und des für das Programm Verantwortlichen mitzuteilen. Weist der Antragsteller diese Angaben nach, erteilt die Anstalt die Zulassung. Die Zulassung erfolgt unbeschadet telekommunikationsrechtlicher Erfordernisse, der Zuweisung terrestrischer Übertragungskapazitäten sowie von Vereinbarungen zur Nutzung von Kabelanlagen.</p> <p>(2) Änderungen, die vor oder nach der Entscheidung über den Antrag eintreten und die für die Zulassung von Bedeutung sind, sowie jede Änderung der</p>	<p>§ 17 Zulassungsverfahren, Mitwirkungspflicht</p> <p>(1) Der Antragsteller hat der Anstalt alle Angaben zur Prüfung der Bestimmungen in den §§ 14 bis 16 zu machen, zusätzlich Namen und Anschrift des für das Veranstaltungsunternehmen und des für das Programm Verantwortlichen mitzuteilen. Weist der Antragsteller diese Angaben nach, erteilt die Anstalt die Zulassung. Die Zulassung erfolgt unbeschadet telekommunikationsrechtlicher Erfordernisse, der Zuweisung terrestrischer Übertragungskapazitäten sowie von Vereinbarungen zur Nutzung von Kabelanlagen.</p> <p>(2) Änderungen, die vor oder nach der Entscheidung über den Antrag eintreten und die für die Zulassung von Bedeutung sind hat der Antragsteller oder der</p> <p>Absatz 2 Anpassung an die Bestimmung des § 63 MStV - Veränderung von Beteiligungsverhältnissen.</p>

	<p>Beteiligungsverhältnisse hat der Antragsteller oder der Rundfunkveranstalter unverzüglich der Anstalt mitzuteilen. Die Änderungen dürfen nur dann von der Anstalt als unbedenklich bestätigt werden, wenn unter den veränderten Voraussetzungen eine Zulassung erteilt werden könnte.</p>	<p>Rundfunkveranstalter unverzüglich der Anstalt mitzuteilen. Jede geplante Veränderung von Beteiligungsverhältnissen oder sonstigen Einflüssen ist bei der Anstalt vor ihrem Vollzug schriftlich anzumelden. Die Änderungen dürfen nur dann von der Anstalt als unbedenklich bestätigt werden, wenn unter den veränderten Voraussetzungen eine Zulassung erteilt werden könnte.</p>
<p>24.</p>	<p>§ 21 Rücknahme, Widerruf</p> <p>(1) Die Zulassung wird zurückgenommen, wenn eine Zulassungsvoraussetzung gemäß § 18 nicht gegeben war oder eine Zulassungsbeschränkung gemäß § 19 nicht berücksichtigt wurde und innerhalb eines von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt.</p> <p>(2) Die Zulassung wird widerrufen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nachträglich eine Zulassungsvoraussetzung gemäß § 18 entfällt oder eine Zulassungsbeschränkung gemäß § 19 	<p>§ 18 Rücknahme, Widerruf</p> <p>(1) Die Zulassung wird zurückgenommen, wenn eine Zulassungsvoraussetzung gemäß § 15 nicht gegeben war oder eine Zulassungsbeschränkung gemäß § 16 nicht berücksichtigt wurde und innerhalb eines von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt.</p> <p>(2) Die Zulassung wird widerrufen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nachträglich eine Zulassungsvoraussetzung gemäß § 15 entfällt oder eine Zulassungsbeschränkung gemäß § 16

	<p>eintritt und innerhalb des von der Anstalt bestimmten angemessenen Zeitraums keine Abhilfe erfolgt</p> <p>oder</p> <p>2. der Rundfunkveranstalter gegen seine Verpflichtungen auf Grund dieses Staatsvertrages wiederholt schwerwiegend verstoßen und die Anweisungen der Anstalt innerhalb des von ihr bestimmten Zeitraums nicht befolgt hat.</p> <p>(3) Der Rundfunkveranstalter wird für einen Vermögensnachteil, der durch die Rücknahme oder den Widerruf nach den Absätzen 1 und 2 eintritt, nicht entschädigt. Im Übrigen gelten für die Rücknahme und den Widerruf die gesetzlichen Bestimmungen des allgemeinen Verwaltungsrechts des Sitzlandes der Anstalt.</p>	<p>eintritt und innerhalb des von der Anstalt bestimmten angemessenen Zeitraums keine Abhilfe erfolgt</p> <p>oder</p> <p>2. der Rundfunkveranstalter gegen seine Verpflichtungen auf Grund dieses Staatsvertrages wiederholt schwerwiegend verstoßen und die Anweisungen der Anstalt innerhalb des von ihr bestimmten Zeitraums nicht befolgt hat.</p> <p>(3) Der Rundfunkveranstalter wird für einen Vermögensnachteil, der durch die Rücknahme oder den Widerruf nach den Absätzen 1 und 2 eintritt, nicht entschädigt. Im Übrigen gelten für die Rücknahme und den Widerruf die gesetzlichen Bestimmungen des allgemeinen Verwaltungsrechts des Sitzlandes der Anstalt.</p>	
25.	3. Unterabschnitt		

	<p style="text-align: center;">§ 15 Finanzierung</p> <p>Für die Finanzierung von Rundfunkprogrammen gilt § 43 des Rundfunkstaatsvertrages.</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Finanzierung</p> <p>Für die Finanzierung von Rundfunkprogrammen gilt § 69 des Medienstaatsvertrages.</p>	<p style="text-align: center;">Finanzierung, Werbung, Sponsoring, Teleshopping</p>
<p>26.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Werbung, Sponsoring, Teleshopping</p> <p>(1) Werbung, Sponsoring und Teleshopping richten sich nach den §§ 7 bis 8, 44 bis 45a und 63 des Rundfunkstaatsvertrages; § 33 bleibt unberührt. § 6 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages findet Anwendung.</p> <p>(2) Auf Fernsehprogramme nach § 2 Abs. 2 finden §§ 7 Abs. 4 Satz 2, 7a Abs. 3 und 45 Abs. 1 Satz 1 des Rundfunkstaatsvertrages keine Anwendung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20 Werbung, Sponsoring, Teleshopping</p> <p>(1) Werbung, Sponsoring und Teleshopping richten sich nach den §§ 6 bis 8 sowie nach §§ 38 bis 40 und § 117 des Medienstaatsvertrages; § 32 bleibt unberührt. § 6 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages findet Anwendung.</p> <p>(2) Auf Fernsehprogramme nach § 2 Absatz 2 finden §§ 8 Absatz 4 Satz 2, 9 Absatz 3 und 70 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages keine Anwendung.</p>	

27.	<p>(3) Für Hörfunkprogramme nach § 2 Abs. 2 gilt § 7 Abs. 8 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend.</p>	<p>(3) Für Hörfunkprogramme nach § 2 Absatz 2 gilt § 8 Absatz 8 des Medienstaatsvertrages entsprechend.</p>	
	<p style="text-align: center;">§ 21a</p> <p style="text-align: center;">Anwendung des Medienstaatsvertrages</p> <p>Für Telemedien gelten die Bestimmungen des Medienstaatsvertrages in seiner jeweiligen Fassung.</p>	<p style="text-align: center;">IV. Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Besondere Bestimmungen für einzelne Telemedien</p> <p style="text-align: center;">§ 21</p> <p style="text-align: center;">Anwendung der besonderen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages für Telemedien</p> <p>Soweit dieser Staatsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten für die einzelnen Telemedien die besonderen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages in seiner jeweiligen Fassung, insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Rundfunkähnliche Telemedien (§§ 74 bis 77), 2. Medienplattformen und Benutzeroberflächen (§§ 78 bis 90), 	<p>Nutzerfreundlichere Konkretisierung des bisherigen Pauschalverweises unter Berücksichtigung der neuen Systematik von MStV und MStV HSH</p>

		<p>3. Medienintermediäre (§§ 91 bis 96) und, 4. Video-Sharing-Dienste (§§ 97 bis 99).</p>	
<p>28.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22 Zuordnung von analogen terrestrischen Übertragungskapazitäten für die Verbreitung von Rundfunk und Telemedien</p> <p>(1) Stehen in Hamburg oder Schleswig-Holstein terrestrische (nicht leitungsgebundene) Übertragungskapazitäten für Rundfunkzwecke und Telemedien zur Verfügung, gibt die zuständige</p>	<p style="text-align: center;">V. Abschnitt Übertragungskapazitäten, Weiterverbreitung</p> <p style="text-align: center;">1. Unterabschnitt Zuordnung von terrestrischen Übertragungskapazitäten</p> <p style="text-align: center;">§ 22 Zuordnung von analogen terrestrischen Übertragungskapazitäten für die Verbreitung von Rundfunk und Telemedien</p> <p>(1) Stehen in Hamburg oder Schleswig-Holstein terrestrische (nicht leitungsgebundene) Übertragungskapazitäten für Rundfunkzwecke und Telemedien zur Verfügung, gibt die zuständige</p>	

	<p>Landesregierung dies den betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts sowie der Anstalt bekannt. Die zuständigen Landesregierungen fordern die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Anstalt auf, sich über eine sachgerechte Zuordnung zu verständigen. Die Anstalt gibt den von ihr zugelassenen Rundfunkveranstaltern zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme. Wird eine Verständigung erreicht, ordnet die zuständige Landesregierung die Übertragungskapazitäten entsprechend zu.</p> <p>(2) Kommt eine Verständigung nach Absatz 1 innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe gemäß Absatz 1 Satz 1 nicht zustande, wird ein Schiedsverfahren durchgeführt. Der Schiedsstelle gehören je zwei Vertreter der betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts sowie die gleiche Anzahl von Vertretern der Anstalt an. Erklärt die Anstalt, dass Interessen des privaten Rundfunks nicht betroffen sind, entsendet sie keine Vertreter. Die Mitglieder der Schiedsstelle</p>	<p>Landesregierung dies den betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts sowie der Anstalt bekannt. Die zuständigen Landesregierungen fordern die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Anstalt auf, sich über eine sachgerechte Zuordnung zu verständigen. Die Anstalt gibt den von ihr zugelassenen Rundfunkveranstaltern zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme. Wird eine Verständigung erreicht, ordnet die zuständige Landesregierung die Übertragungskapazitäten entsprechend zu.</p> <p>(2) Kommt eine Verständigung nach Absatz 1 innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe gemäß Absatz 1 Satz 1 nicht zustande, wird ein Schiedsverfahren durchgeführt. Der Schiedsstelle gehören je zwei Vertreter der betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts sowie die gleiche Anzahl von Vertretern der Anstalt an. Erklärt die Anstalt, dass Interessen des privaten Rundfunks nicht betroffen sind, entsendet sie keine Vertreter. Die Mitglieder der Schiedsstelle sind der</p>
--	---	--

sind der Landesregierung auf Aufforderung zu benennen. Die Schiedsstelle wählt mit einer Mehrheit von drei Viertel der Stimmen der Mitglieder ein vorsitzendes Mitglied, das bisher nicht Mitglied der Schiedsstelle ist. Können sich die Mitglieder der Schiedsstelle nicht auf ein vorsitzendes Mitglied verständigen, so wird dieses von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts des jeweiligen Landes bestimmt. Die jeweils zuständige Landesregierung beruft die Sitzungen der Schiedsstelle in Abstimmung mit dem vorsitzenden Mitglied ein. An den Sitzungen der Schiedsstelle ist die jeweils zuständige Landesregierung mit beratender Stimme beteiligt. Die Schiedsstelle ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder anwesend sind. Die Zahl der anwesenden Mitglieder ist für die Beschlussfähigkeit ohne Bedeutung, wenn die Schiedsstelle wegen der Schiedsstelle wegen Beschlussunfähigkeit zum zweiten Male zur Behandlung desselben Gegenstands einberufen ist; bei der zweiten Einberufung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen. Die

Landesregierung auf Aufforderung zu benennen. Die Schiedsstelle wählt mit einer Mehrheit von drei Viertel der Stimmen der Mitglieder ein vorsitzendes Mitglied, das bisher nicht Mitglied der Schiedsstelle ist. Können sich die Mitglieder der Schiedsstelle nicht auf ein vorsitzendes Mitglied verständigen, so wird dieses von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts des jeweiligen Landes bestimmt. Die jeweils zuständige Landesregierung beruft die Sitzungen der Schiedsstelle in Abstimmung mit dem vorsitzenden Mitglied ein. An den Sitzungen der Schiedsstelle ist die jeweils zuständige Landesregierung mit beratender Stimme beteiligt. Die Schiedsstelle ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder anwesend sind. Die Zahl der anwesenden Mitglieder ist für die Beschlussfähigkeit ohne Bedeutung, wenn die Schiedsstelle wegen Beschlussunfähigkeit zum zweiten Male zur Behandlung desselben Gegenstands einberufen ist; bei der zweiten Einberufung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen. Die Schiedsstelle macht der zuständigen

	<p>Schiedsstelle macht der zuständigen Landesregierung einen begründeten Vorschlag über die Zuteilung der technischen Übertragungskapazitäten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag. Der Vorschlag über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten soll dabei folgende Kriterien berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherung der Grundversorgung mit Rundfunk, 2. Sicherung einer gleichwertigen Vielfalt der privaten Rundfunkprogramme, 3. programmliche Berücksichtigung landesweiter oder hamburgischer lokaler Belange, 4. Schließung von Versorgungslücken, 5. Berücksichtigung von programmlichen Interessen von Minderheiten, 	<p>Landesregierung einen begründeten Vorschlag über die Zuteilung der technischen Übertragungskapazitäten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag. Der Vorschlag über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten soll dabei folgende Kriterien berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherung der Grundversorgung mit Rundfunk, 2. Sicherung einer gleichwertigen Vielfalt der privaten Rundfunkprogramme, 3. programmliche Berücksichtigung landesweiter oder hamburgischer lokaler Belange, 4. Schließung von Versorgungslücken, 5. Berücksichtigung von programmlichen Interessen von Minderheiten,
--	---	---

	<p>6. Teilnahme des Rundfunks an der weiteren Entwicklung in sendetechnischer und programmlicher Hinsicht.</p> <p>Bei der Zuordnungsentscheidung hat die Sicherstellung der Grundversorgung Vorrang; im Übrigen sind öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk gleichgestellt.</p> <p>(3) Die Träger der Bürgermedien nach dem Sechsten Abschnitt sind berechtigt, die Übertragungskapazitäten weiter zu nutzen, die ihnen am 28. Februar 2007 zur Verfügung standen.</p> <p>(4) Soweit Übertragungskapazitäten nicht vollständig für die Nutzung nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigt werden, ordnet</p>	<p>6. Teilnahme des Rundfunks an der weiteren Entwicklung in sendetechnischer und programmlicher Hinsicht.</p> <p>7. Ein über das übliche Maß hinausgehendes messbares Engagement auf dem Gebiet der Medienwirtschaft, insbesondere die Förderung der journalistischen Aus- und Fortbildung oder eine entsprechende Förderung der Kulturszene.</p> <p>Bei der Zuordnungsentscheidung hat die Sicherstellung der Grundversorgung Vorrang; im Übrigen sind öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk gleichgestellt.</p> <p>(3) Die Träger der Bürgermedien nach dem Sechsten Abschnitt sind berechtigt, die Übertragungskapazitäten weiter zu nutzen, die ihnen am 28. Februar 2007 zur Verfügung standen.</p> <p>(4) Soweit Übertragungskapazitäten nicht vollständig für die Nutzung nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigt werden, ordnet</p>	<p>Absatz 2 S. 13 Nr. 7-neu: Die Vergabekriterien sollen messbar konditioniert werden. Bei der Anhörung zum 8. MÄStV wiesen einige Hörfunkveranstalter darauf hin, dass bei Auswahlentscheidungen zur Zuordnung/Zuweisung von ausgeschriebenen UKW/DAB+-Frequenzen ihr medienwirtschaftliches Engagement, ihre Bereitschaft zur Ausbildung und ihr Beitrag für die Kulturszene nicht hinreichend gewürdigt werden können. Der MStV HSH wird um zusätzliche Auswahlparameter im oben genannten Sinne erweitert.</p>
--	---	---	--

die jeweils zuständige Landesregierung die benötigten Kapazitäten zu. Der Netzbetreiber ist berechtigt, die nicht für die Nutzung nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigten Übertragungskapazitäten nach Anzeige durch die jeweils zuständige Landesregierung für die Dauer der Rundfunknutzung für Telemedien zu verwenden. Werden die Übertragungskapazitäten insgesamt nicht für Nutzungen nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigt, ist der Netzbetreiber berechtigt, sie nach Anzeige durch die zuständige Landesregierung für die Dauer von bis zu fünf Jahren für Telemedien zu verwenden. Im Falle der Mitbenutzung durch Telemedien nach Satz 2 hat der Nutzer die Übertragungskapazitäten innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Rundfunknutzung freizumachen. Eine Entschädigung findet nicht statt.

die jeweils zuständige Landesregierung die benötigten Kapazitäten zu. Der Netzbetreiber ist berechtigt, die nicht für die Nutzung nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigten Übertragungskapazitäten nach Anzeige durch die jeweils zuständige Landesregierung für die Dauer der Rundfunknutzung für Telemedien zu verwenden. Werden die Übertragungskapazitäten insgesamt nicht für Nutzungen nach Absatz 1 Satz 4 oder Absatz 2 benötigt, ist der Netzbetreiber berechtigt, sie nach Anzeige durch die zuständige Landesregierung für die Dauer von bis zu fünf Jahren für Telemedien zu verwenden. Im Falle der Mitbenutzung durch Telemedien nach Satz 2 hat der Nutzer die Übertragungskapazitäten innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Rundfunknutzung freizumachen. Eine Entschädigung findet nicht statt.

(5) Die für Schleswig-Holstein genutzten Übertragungskapazitäten, die zurückgegeben oder in sonstiger Weise verfügbar werden, werden nicht neu ausgeschrieben. Die Anstalt kann solche Kapazitäten an Veranstalter

Absatz 5-neu:
Entsprechend bundesweiter Verständigung werden die Möglichkeiten einer künftigen technologieoffenen Transformation

		<p>vergeben, soweit dies zur Verbesserung der Versorgung im Sinne der jeweiligen Zulassung erforderlich ist. Die Bestimmung des § 25 bleibt unberührt.</p>	<p>des analogen Hörfunks hin zu einem Digitalfunk evaluiert. Bereits im 8. MÄStV wurde die Laufzeit der Zuweisung an die 2. Landesweite Hörfunkkette in SH auf 3 Jahre verkürzt.</p>
<p>29.</p>	<p>§ 23 Zuordnung von digitalen terrestrischen Übertragungskapazitäten für die Verbreitung von Rundfunk und Telemedien</p> <p>Für die Zuordnung digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten gilt § 22 Absätze 1 und 2 entsprechend. Telemedien sind angemessen zu berücksichtigen; dabei sollen verschiedene Anbieter und vielfältige Angebote Berücksichtigung finden.</p>	<p>§ 23 Zuordnung von digitalen terrestrischen Übertragungskapazitäten für die Verbreitung von Rundfunk und Telemedien</p> <p>Für die Zuordnung digitaler terrestrischer Übertragungskapazitäten gilt § 22 Absätze 1 und 2 entsprechend. Telemedien sind angemessen zu berücksichtigen; dabei sollen verschiedene Anbieter und vielfältige Angebote Berücksichtigung finden.</p>	
<p>30.</p>	<p>§ 24 Widerruf der Zuordnungsentscheidung</p> <p>Wird eine Übertragungskapazität nach Ablauf von zwölf Monaten nach einer</p>	<p>§ 24 Widerruf der Zuordnungsentscheidung</p> <p>Wird eine Übertragungskapazität nach Ablauf von zwölf Monaten nach einer Entscheidung</p>	

	<p>Entscheidung nach den §§ 22 und 23 nicht für die Übertragung von Rundfunkprogrammen oder Telemedien genutzt, kann die zuständige Landesregierung die Zuordnungsentscheidung widerrufen und die Übertragungskapazität der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen zurückgeben. Im Falle des Widerrufs einer Zuordnungsentscheidung findet eine Entschädigung nicht statt. Auf Antrag des Zuordnungsempfängers kann die zuständige Landesregierung die Frist verlängern.</p>	<p>nach den §§ 22 und 23 nicht für die Übertragung von Rundfunkprogrammen oder Telemedien genutzt, kann die zuständige Landesregierung die Zuordnungsentscheidung widerrufen und die Übertragungskapazität der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen zurückgeben. Im Falle des Widerrufs einer Zuordnungsentscheidung findet eine Entschädigung nicht statt. Auf Antrag des Zuordnungsempfängers kann die zuständige Landesregierung die Frist verlängern.</p>	
<p>31.</p>	<p>§ 24a Grenzüberschreitende Nutzung von Übertragungskapazitäten</p> <p>(1) Die terrestrische Übertragung von Rundfunkprogrammen, deren Rundfunkveranstalter in Hamburg oder Schleswig-Holstein terrestrische Übertragungskapazitäten zugewiesen sind und deren technische Reichweite bei voller Ausnutzung der ihnen jeweils zustehenden</p>	<p>§ 25 Grenzüberschreitende Nutzung von Übertragungskapazitäten</p> <p>(1) Die terrestrische Übertragung von Rundfunkprogrammen, deren Rundfunkveranstalter in Hamburg oder Schleswig-Holstein terrestrische Übertragungskapazitäten zugewiesen sind und deren technische Reichweite bei voller Ausnutzung der ihnen jeweils zustehenden</p>	

	<p>Übertragungskapazitäten über die Landesgrenze des jeweils anderen Landes hinausgehen, ist gegenseitig zulässig. Auf das jeweils andere Land gerichtete Programminhalte einschließlich Werbung sind bei grenzüberschreitender Verbreitung von Rundfunkprogrammen gegenseitig zulässig.</p> <p>(2) Zur ergänzenden Versorgung der Bevölkerung im südlichen Holstein mit der 1. und 2. in Schleswig-Holstein zugelassenen, landesweiten Hörfunkkette nutzt Schleswig-Holstein</p> <p>1. vom Standort Hamburg/Heinrich-Hertz-Turm aus mit westlicher Ausstrahlungsrichtung die UKW-Frequenzen 93,4 MHz (2 KW) und 100,0 MHz (2 KW),</p> <p>2. vom Standort Hamburg/Lohbrügge aus mit nordöstlicher Ausstrahlungsrichtung die UKW-Frequenzen 102,0 MHz (100 W) und 107,7 MHz (100 W).</p>	<p>Übertragungskapazitäten über die Landesgrenze des jeweils anderen Landes hinausgehen, ist gegenseitig zulässig. Auf das jeweils andere Land gerichtete Programminhalte einschließlich Werbung sind bei grenzüberschreitender Verbreitung von Rundfunkprogrammen gegenseitig zulässig.</p> <p>(2) Zur ergänzenden Versorgung der Bevölkerung im südlichen Holstein mit der 1. und 2. in Schleswig-Holstein zugelassenen, landesweiten Hörfunkkette nutzt Schleswig-Holstein</p> <p>1. vom Standort Hamburg/Heinrich-Hertz-Turm aus mit westlicher Ausstrahlungsrichtung die UKW-Frequenzen 93,4 MHz (2 KW) und 100,0 MHz (2 KW),</p> <p>2. vom Standort Hamburg/Lohbrügge aus mit nordöstlicher Ausstrahlungsrichtung die UKW-Frequenzen 102,0 MHz (100 W) und 107,7 MHz (100 W).</p>
--	---	---

	<p>(3) Bei Wegfall der Voraussetzungen nach Absatz 2 können die dann jeweils nicht mehr genutzten Frequenzen zur ergänzenden Versorgung des Hamburger Sendegebiets von in Hamburg zugelassenen Rundfunkveranstaltern genutzt werden.</p> <p>(4) Zur Verbesserung der Reichweiten bestehender Versorgungs- oder Sendernetze von in Hamburg oder Schleswig-Holstein zugelassenen Hörfunkveranstaltern werden die UKW-Frequenzen 105,8 MHz am Standort Ahrensburg (500 W), 101,6 MHz am Standort Wedel (100 W) sowie 93,7 MHz am Standort Hamburg-Bergedorf (25 W) der Anstalt zugeordnet. Der Ausschluss von lokalem und regionalem terrestrischem Rundfunk in Schleswig-Holstein (§ 17 Abs. 1 Satz 2) bleibt unberührt.</p>	<p>(3) Bei Wegfall der Voraussetzungen nach Absatz 2 können die dann jeweils nicht mehr genutzten Frequenzen zur ergänzenden Versorgung des Hamburger Sendegebiets von in Hamburg zugelassenen Rundfunkveranstaltern genutzt werden.</p> <p>(4) Zur Verbesserung der Reichweiten bestehender Versorgungs- oder Sendernetze von in Hamburg oder Schleswig-Holstein zugelassenen Hörfunkveranstaltern werden die UKW-Frequenzen 105,8 MHz am Standort Ahrensburg (500 W), 101,6 MHz am Standort Wedel (100 W) sowie 93,7 MHz am Standort Hamburg-Bergedorf (25 W) der Anstalt zugeordnet. Der Ausschluss von lokalem und regionalem terrestrischem Rundfunk in Schleswig-Holstein (§ 14 Absatz 1 Satz 2) bleibt unberührt.</p>	
32.	<p>§ 25 Vereinbarungen</p>	<p>§ 26 Vereinbarungen</p>	

	<p>Die Regierungen der Länder werden ermächtigt, zur besseren Nutzung bestehender und zur Schaffung zusätzlich nutzbarer Übertragungskapazitäten Vereinbarungen miteinander oder mit anderen Landesregierungen über grenzüberschreitende Frequenznutzungen und -koordinierungen, Frequenzverlagerungen und über die Einräumung von Standortnutzungen zu treffen. Die betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Anstalt sind vor Abschluss der Vereinbarung zu beteiligen.</p>	<p>Die Regierungen der Länder werden ermächtigt, zur besseren Nutzung bestehender und zur Schaffung zusätzlich nutzbarer Übertragungskapazitäten Vereinbarungen miteinander oder mit anderen Landesregierungen über grenzüberschreitende Frequenznutzungen und -koordinierungen, Frequenzverlagerungen und über die Einräumung von Standortnutzungen zu treffen. Die betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Anstalt sind vor Abschluss der Vereinbarung zu beteiligen.</p>	
<p>33.</p>	<p style="text-align: center;">§ 26 Zuweisung von terrestrischen Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk und Telemedien</p> <p>(1) Wird der Anstalt eine neue terrestrische Übertragungskapazität gemäß § 22 zugeordnet oder stehen ihr weitere analoge</p>	<p style="text-align: center;">2. Unterabschnitt Zuweisung von terrestrischen Übertragungskapazitäten § 27 Zuweisung von terrestrischen Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk und Telemedien</p> <p>(1) Wird der Anstalt eine neue analoge terrestrische Übertragungskapazität gemäß § 22 zugeordnet oder stehen ihr weitere</p>	<p style="color: red;">Absatz 1: Gleichklang und Abgrenzung zu Abs. 2 sowie Anlehnung an Überschrift von § 22</p>

	<p>Übertragungskapazitäten zur Verfügung, gelten die Bestimmungen der Absätze 3 bis 10 und §§ 27 und 28.</p> <p>(2) Wird der Anstalt eine neue digitale terrestrische Übertragungskapazität gemäß § 23 zugeordnet oder stehen ihr weitere digitale Übertragungskapazitäten zur Verfügung, kann die Anstalt sie privaten Rundfunkveranstaltern, dem Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanal, dem Offenen Kanal in Schleswig-Holstein, Anbietern von Telemedien oder Plattformanbietern zuweisen.</p> <p>(3) Werden der Anstalt terrestrische Übertragungskapazitäten zugeordnet oder stehen ihr weitere Übertragungskapazitäten zur Verfügung, bestimmt sie unverzüglich Beginn und Ende einer Ausschlussfrist, innerhalb der schriftliche Anträge auf Zuweisung von Übertragungskapazitäten gestellt werden können. Die Anstalt bestimmt das Verfahren und die wesentlichen Anforderungen an die Antragstellung, insbesondere wie den</p>	<p>analoge Übertragungskapazitäten zur Verfügung, gelten die Bestimmungen der Absätze 3 bis 9 und §§ 28 und 29.</p> <p>(2) Wird der Anstalt eine neue digitale terrestrische Übertragungskapazität gemäß § 23 zugeordnet oder stehen ihr weitere digitale Übertragungskapazitäten zur Verfügung, kann die Anstalt sie privaten Rundfunkveranstaltern, dem Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanal, dem Offenen Kanal in Schleswig-Holstein, Anbietern von Telemedien oder Medienplattformanbietern mit Rundfunkprogrammen oder rundfunkähnlichen Telemedien zuweisen.</p> <p>(3) Im Falle von Absatz 1, bestimmt die Anstalt unverzüglich Beginn und Ende einer Ausschlussfrist, innerhalb der schriftliche Anträge auf Zuweisung von Übertragungskapazitäten gestellt werden können. Die Anstalt bestimmt das Verfahren und die wesentlichen Anforderungen an die Antragstellung, insbesondere wie den Anforderungen dieses Staatsvertrages zur Sicherung der Meinungsvielfalt genügt</p>	<p>Absatz 2 Änderung aufgrund der neuen Systematik. Zur Terminologie, vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 13, 14 u. 18 MStV.</p> <p>Absatz 3 S. 1: Überflüssige Doppelung. S. 1 wiederholt hier (fast identisch) den Wortlaut von Abs. 1</p>
--	--	---	--

	<p>insbesondere wie den Anforderungen dieses Staatsvertrages zur Sicherung der Meinungsvielfalt genügt werden kann; die Anforderungen sind in geeigneter Weise zu veröffentlichen (Ausschreibung).</p> <p>(4) Kann nicht allen Anträgen auf Zuweisung von Übertragungskapazitäten entsprochen werden, wirkt die Anstalt auf eine Verständigung zwischen den Antragstellern hin. Kommt eine Verständigung zustande, legt sie diese ihrer Entscheidung über die Aufteilung der Übertragungskapazitäten zu Grunde, wenn nach den vorgelegten Unterlagen erwartet werden kann, dass in der Gesamtheit der Angebote die Vielfalt der Meinungen und Angebote zum Ausdruck kommt.</p> <p>(5) Die Zuweisung darf nicht erteilt werden, wenn bei Berücksichtigung medienrelevanter verwandter Märkte eine vorherrschende Meinungsmacht entstünde. Für Veranstalter von Landesprogrammen oder Länderprogrammen gelten die Voraussetzungen des § 19 entsprechend.</p>	<p>werden kann; die Anforderungen sind in geeigneter Weise zu veröffentlichen (Ausschreibung).</p> <p>(4) Kann nicht allen Anträgen auf Zuweisung von Übertragungskapazitäten entsprochen werden, kann die Anstalt auf eine Verständigung zwischen den Antragstellern hinwirken. Kommt eine Verständigung zustande, legt sie diese ihrer Entscheidung über die Aufteilung der Übertragungskapazitäten zu Grunde, wenn nach den vorgelegten Unterlagen erwartet werden kann, dass in der Gesamtheit der Angebote die Vielfalt der Meinungen und Angebote zum Ausdruck kommt.</p> <p>(5) Die Zuweisung darf nicht erteilt werden, wenn bei Berücksichtigung medienrelevanter verwandter Märkte eine vorherrschende Meinungsmacht entstünde. Für Veranstalter von Landesprogrammen oder Länderprogrammen gelten die Voraussetzungen des § 16 entsprechend.</p>	<p>Absatz 4 Gesamteinigungen sind so gut wie ausgeschlossen. Ein Ermessen der Anstalt ist hier sinnvoll, um in Fällen, in denen eine Einigung zielführend erscheint, eine Legitimation für ein Verständigungsverfahren zu haben.</p>
--	--	---	---

	<p>(6) Lässt sich innerhalb der bestimmten Frist keine Einigung erzielen oder entspricht die vorgesehene Aufteilung voraussichtlich nicht dem Gebot der Meinungsvielfalt und Angebotsvielfalt, weist die Anstalt dem Antragssteller die Übertragungskapazität zu, der am ehesten erwarten lässt, dass sein Angebot</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Meinungsvielfalt und Angebotsvielfalt fördert, 2. auch das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse sowie das kulturelle Leben in den Ländern und Regionen darstellt und 3. bedeutsame politische, weltanschauliche und gesellschaftliche Gruppen zu Wort kommen lässt. <p>Teleshoppingkanäle können berücksichtigt werden. In die Auswahlentscheidung ist ferner einzubeziehen, ob das Angebot wirtschaftlich tragfähig erscheint sowie</p>	<p>(6) Lässt sich innerhalb der bestimmten Frist keine Einigung erzielen oder entspricht die vorgesehene Aufteilung voraussichtlich nicht dem Gebot der Meinungsvielfalt und Angebotsvielfalt, weist die Anstalt dem Antragssteller die Übertragungskapazität zu, der am ehesten erwarten lässt, dass sein Angebot</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Meinungsvielfalt und Angebotsvielfalt fördert, 2. auch das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse sowie das kulturelle Leben in den Ländern und Regionen darstellt und 3. bedeutsame politische, weltanschauliche und gesellschaftliche Gruppen zu Wort kommen lässt. <p>Teleshoppingkanäle können berücksichtigt werden. In die Auswahlentscheidung ist ferner einzubeziehen, ob das Angebot wirtschaftlich tragfähig erscheint sowie</p>
--	---	---

	<p>Nutzerinteressen und -akzeptanz hinreichend berücksichtigt. Außerdem kann berücksichtigt werden, inwieweit Finanzierungsgrundlage, Professionalität sowie infrastrukturelle Voraussetzungen für die Programmerstellung gesichert sind. Für den Fall, dass die Übertragungskapazität einem Anbieter einer Plattform zugewiesen werden soll, ist des Weiteren zu berücksichtigen, ob das betreffende Angebot den Zugang von Fernseh- und Hörfunkveranstaltern sowie Anbietern von vergleichbaren Telemedien einschließlich elektronischer Programmführer zu angemessenen Bedingungen ermöglicht und den Zugang chancengleich und diskriminierungsfrei gewährt. In bundesweit verbreitete Fernsehprogramme sollen regionale Fensterprogramme nach § 25 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrages aufgenommen werden. In Schleswig-Holstein sollen Hörfunk-Vollprogramme, die als Landesprogramme verbreitet werden, zwei Stunden der täglichen Sendezeit regionale Fensterprogramme enthalten oder</p>	<p>Nutzerinteressen und -akzeptanz hinreichend berücksichtigt. Außerdem kann berücksichtigt werden, inwieweit Finanzierungsgrundlage, Professionalität sowie infrastrukturelle Voraussetzungen für die Programmerstellung gesichert sind. Für den Fall, dass die Übertragungskapazität einem Anbieter einer Medienplattform zugewiesen werden soll, ist des Weiteren zu berücksichtigen, ob das betreffende Angebot den Zugang von Fernseh- und Hörfunkveranstaltern sowie Anbietern von vergleichbaren Telemedien einschließlich elektronischer Programmführer zu angemessenen Bedingungen ermöglicht und den Zugang chancengleich und diskriminierungsfrei gewährt. In bundesweit verbreitete Fernsehprogramme sollen regionale Fensterprogramme nach § 59 Absatz 4 des Medienstaatsvertrages aufgenommen werden. In Schleswig-Holstein sollen Hörfunk-Vollprogramme, die als Landesprogramme verbreitet werden, zwei Stunden der täglichen Sendezeit regionale Fensterprogramme enthalten oder auf</p>
--	--	---

	<p>auf andere Weise einen Beitrag zur regionalen Berichterstattung leisten.</p> <p>(7) Die Zuweisung ist nicht übertragbar und erfolgt für die Dauer von zehn Jahren. Sie kann einmalig um längstens zehn Jahre verlängert werden. Nach Ablauf der Verlängerung ist die Erteilung einer neuen Zuweisung nach Absatz 2 Satz 1 zulässig. Die Zuweisung ist sofort vollziehbar. § 17 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend. Der schriftliche Antrag auf Verlängerung der Zuweisung soll spätestens 18 Monate vor Ablauf der Geltungsdauer bei der Anstalt eingegangen sein und von dieser innerhalb von spätestens sechs Monaten beschieden werden.</p> <p>(8) Abweichend von Abs. 7 Sätze 1 und 2 erfolgt die Zuweisung der 2. in Schleswig-Holstein zugelassenen, landesweiten UKW-Kette nach Auslauf der bestehenden Zuweisung einmalig für die Dauer von drei Jahren. Bei der Ausschreibung gemäß Abs. 3 ist auf diese Besonderheit ausdrücklich</p>	<p>andere Weise einen Beitrag zur regionalen Berichterstattung leisten.</p> <p>(7) Die Zuweisung ist nicht übertragbar und erfolgt für die Dauer von zehn Jahren. Sie kann einmalig um längstens zehn Jahre verlängert werden. Nach Ablauf der Verlängerung ist die Erteilung einer neuen Zuweisung nach Absatz 3 Satz 1 zulässig. Die Zuweisung ist sofort vollziehbar. § 14 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Der schriftliche Antrag auf Verlängerung der Zuweisung soll spätestens 18 Monate vor Ablauf der Geltungsdauer bei der Anstalt eingegangen sein und von dieser innerhalb von spätestens sechs Monaten beschieden werden.</p> <p>(8) Abweichend von Abs. 7 Sätze 1 und 2 erfolgt die Zuweisung der 2. in Schleswig-Holstein zugelassenen, landesweiten UKW-Kette nach Auslauf der bestehenden Zuweisung einmalig für die Dauer von drei Jahren. Bei der Ausschreibung gemäß Abs. 3 ist auf diese Besonderheit ausdrücklich hinzuweisen.</p>	<p>Absatz 7 Satz 3: Berichtigung Redaktionsfehler: Es muss Absatz 3 und nicht Absatz 2 heißen.</p> <p>Absatz 8: Streichung. Der Vorschaltstaatsvertrag (8. MÄStV) regelte eine einmalige dreijährige Zuweisung. In den Übergangsvorschriften (vgl. Lfd. Ziff. 67) wird entsprechend klargestellt, dass für gem. § 26 Abs. 8 i.d.F. des 8.MÄStV einmalig</p>
--	---	--	--

<p>hinzuweisen.</p>	<p>(9) Mit der Zuweisung hat der Rundfunkveranstalter im Rahmen der verfügbaren technischen Möglichkeiten sicherzustellen, dass das jeweilige Versorgungsgebiet mit dem Programm vollständig und gleichwertig versorgt wird. Der Rundfunkveranstalter hat die festgelegte Programmdauer und das der Zuweisung zugrunde liegende Programmschema einzuhalten. Wesentliche Änderungen bedürfen der Einwilligung der Anstalt. Die Anstalt kann angemessene Übergangsfristen einräumen.</p> <p>(10) Die Zuweisung umfasst auch das Recht des Rundfunkveranstalters, die Leerzeilen seines Fernsehsignals für Fernsehtext und den Datenkanal seines Hörfunkkanals für Radiotext zu nutzen.</p> <p>(11) Änderungen, die vor oder nach der Entscheidung über den Antrag eintreten und die für die Zuweisung von Bedeutung sind, hat der Antragsteller oder der</p>	<p>(8) Mit der Zuweisung hat der Rundfunkveranstalter im Rahmen der verfügbaren technischen Möglichkeiten sicherzustellen, dass das jeweilige Versorgungsgebiet mit dem Programm vollständig und gleichwertig versorgt wird. Der Rundfunkveranstalter hat die festgelegte Programmdauer und das der Zuweisung zugrunde liegende Programmschema einzuhalten. Wesentliche Änderungen bedürfen der Einwilligung der Anstalt. Die Anstalt kann angemessene Übergangsfristen einräumen.</p> <p>(9) Die Zuweisung umfasst auch das Recht des Rundfunkveranstalters, die Leerzeilen seines Fernsehsignals für Fernsehtext und den Datenkanal seines Hörfunkkanals für Radiotext zu nutzen.</p> <p>(10) Änderungen, die vor oder nach der Entscheidung über den Antrag eintreten und die für die Zuweisung von Bedeutung sind, hat der Antragsteller oder der</p>	<p>erteilte Zuweisungen keine Möglichkeit zur erneuten Verlängerung nach Abs. 7 S. 2 besteht.</p> <p>Absatz 10-neu (11-alt): Anpassung an die Bestimmung des § 63 MStV - Veränderung von Beteiligungsverhältnissen</p>
---------------------	--	---	---

	<p>Rundfunkveranstalter unverzüglich der Anstalt mitzuteilen.</p>	<p>Rundfunkveranstalter unverzüglich der Anstalt mitzuteilen. § 17 Absatz 2 gilt entsprechend.</p>
<p>34.</p>	<p>§ 27 Rücknahme, Widerruf</p> <p>(1) Die Zuweisung wird zurückgenommen, wenn die Vorgaben gemäß § 26 Abs. 6 nicht berücksichtigt wurden und innerhalb eines von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt.</p> <p>(2) Die Zuweisung wird widerrufen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nachträglich wesentliche Veränderungen des Angebots eingetreten sind, nach denen das Angebot den Anforderungen des § 26 Abs. 6 nicht mehr genügt und innerhalb des von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt oder 2. das Angebot aus Gründen, die vom Anbieter zu vertreten sind, innerhalb des dafür vorgesehenen Zeitraums nicht 	<p>§ 28 Rücknahme, Widerruf</p> <p>(1) Die Zuweisung wird zurückgenommen, wenn die Vorgaben gemäß § 27 Absatz 6 nicht berücksichtigt wurden und innerhalb eines von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt.</p> <p>(2) Die Zuweisung wird widerrufen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nachträglich wesentliche Veränderungen des Angebots eingetreten sind, nach denen das Angebot den Anforderungen des § 27 Absatz 6 nicht mehr genügt und innerhalb des von der Anstalt bestimmten Zeitraums keine Abhilfe erfolgt oder 2. das Angebot aus Gründen, die vom Anbieter zu vertreten sind, innerhalb des dafür vorgesehenen Zeitraums nicht oder

	<p>oder nicht mit der festgesetzten Dauer begonnen oder fortgesetzt wird.</p> <p>(3) Der Anbieter wird für einen Vermögensnachteil, der durch die Rücknahme oder den Widerruf nach den Absätzen 1 oder 2 eintritt, nicht entschädigt. Im Übrigen gilt für die Rücknahme und den Widerruf das Verwaltungsverfahrensgesetz des Sitzlandes der Anstalt.</p>	<p>nicht mit der festgesetzten Dauer begonnen oder fortgesetzt wird.</p> <p>(3) Der Anbieter wird für einen Vermögensnachteil, der durch die Rücknahme oder den Widerruf nach den Absätzen 1 oder 2 eintritt, nicht entschädigt. Im Übrigen gilt für die Rücknahme und den Widerruf das Verwaltungsverfahrensgesetz des Sitzlandes der Anstalt.</p>	
<p>35.</p>	<p>§ 28</p> <p>Zuweisung von Sendekapazität für Regionalfensterprogramme</p> <p>(1) In den beiden bundesweit verbreiteten reichweitenstärksten Fernsehvollprogrammen sind mindestens im zeitlichen und regional differenzierten Umfang der Programmaktivitäten zum 1. Juli 2002 Fensterprogramme zur aktuellen und authentischen Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Hamburg und Schleswig-Holstein aufzunehmen.</p>	<p>§ 29</p> <p>Zuweisung von Sendekapazität für Regionalfensterprogramme</p> <p>(1) In den beiden bundesweit verbreiteten reichweitenstärksten Fernsehvollprogrammen sind mindestens im zeitlichen und regional differenzierten Umfang der Programmaktivitäten zum 1. Juli 2002 Fensterprogramme zur aktuellen und authentischen Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Hamburg und Schleswig-Holstein aufzunehmen.</p>	

	<p>(2) Der Hauptprogrammveranstalter hat organisatorisch sicherzustellen, dass die redaktionelle Unabhängigkeit des Fensterprogrammveranstalters gewährleistet ist. Fensterprogrammveranstalter und Hauptprogrammveranstalter sollen in der Regel zueinander nicht im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens nach § 28 des Rundfunkstaatsvertrages stehen, es sei denn, der Hauptprogrammveranstalter gewährleistet durch organisatorische Maßnahmen die Unabhängigkeit der Berichterstattung. Mit der Organisation der Fensterprogramme ist zugleich deren Finanzierung durch den Hauptprogrammveranstalter sicherzustellen.</p> <p>(3) Dem Fensterprogrammveranstalter ist eine gesonderte Zuweisung der erforderlichen Sendekapazität zu erteilen. Das Regionalfensterprogramm ist nach Anhörung des Hauptprogrammveranstalters getrennt auszuschreiben. Die Anstalt</p>	<p>(2) Der Hauptprogrammveranstalter hat organisatorisch sicherzustellen, dass die redaktionelle Unabhängigkeit des Fensterprogrammveranstalters gewährleistet ist. Fensterprogrammveranstalter und Hauptprogrammveranstalter sollen in der Regel zueinander nicht im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens nach § 62 des Medienstaatsvertrages stehen, es sei denn, der Hauptprogrammveranstalter gewährleistet durch organisatorische Maßnahmen, insbesondere auch bei Personalstrukturen, die Unabhängigkeit der Berichterstattung. Mit der Organisation der Fensterprogramme ist zugleich deren Finanzierung durch den Hauptprogrammveranstalter sicherzustellen.</p> <p>(3) Dem Fensterprogrammveranstalter ist eine gesonderte Zuweisung der erforderlichen Sendekapazität zu erteilen. Das Regionalfensterprogramm ist nach Anhörung des Hauptprogrammveranstalters getrennt auszuschreiben. Die Anstalt</p>	<p>Absatz 2: Unter Berücksichtigung moderner Konzernstrukturen erfolgt eine konkretisierende Anpassung der Vorgaben zur Sicherstellung der tatsächlichen Trennung und Unabhängigkeit von Haupt- und Fensterprogrammveranstalter, insbesondere auch in Bezug auf rechtliche oder tatsächliche personelle Verflechtungen.</p>
--	---	---	--

	<p>überprüft die eingehenden Anträge und teilt dem Hauptprogrammveranstalter die berücksichtigungsfähigen Anträge mit. Sie erörtert mit dem Hauptprogrammveranstalter diese Anträge mit dem Ziel, eine einvernehmliche Auswahl zu treffen. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, wählt die Anstalt den Bewerber aus, dessen Programm die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 1 am besten erwarten lässt.</p>	<p>überprüft die eingehenden Anträge und teilt dem Hauptprogrammveranstalter die berücksichtigungsfähigen Anträge mit. Sie erörtert mit dem Hauptprogrammveranstalter diese Anträge mit dem Ziel, eine einvernehmliche Auswahl zu treffen. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, wählt die Anstalt den Bewerber aus, dessen Programm die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 1 am besten erwarten lässt.</p>
<p>36.</p>	<p style="text-align: center;">§ 28a</p> <p>Lokaler Hörfunk in Schleswig-Holstein</p> <p>(1) Zur ergänzenden Versorgung der Bevölkerung insbesondere mit lokalen Informationen kann die Anstalt nach Maßgabe der folgenden Absätze für bis zu fünf Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein abweichend von § 17 Absatz 1 Satz 2 lokalen terrestrischen Hörfunk zulassen. Auf der Grundlage jeweiliger Marktanalysen entscheidet die Anstalt, dass bis zu zwei</p>	<p style="text-align: center;">3. Unterabschnitt</p> <p>Lokaler Hörfunk in Schleswig-Holstein</p> <p style="text-align: center;">§ 30</p> <p>Lokaler Hörfunk in Schleswig-Holstein</p> <p>(1) Zur ergänzenden Versorgung der Bevölkerung insbesondere mit lokalen Informationen kann die Anstalt nach Maßgabe der folgenden Absätze für bis zu fünf Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein abweichend von § 14 Absatz 1 Satz 2 lokalen terrestrischen Hörfunk zulassen. Auf der Grundlage jeweiliger Marktanalysen entscheidet die Anstalt, dass bis zu zwei</p>

	<p>dieser lokalen Hörfunkprogramme kommerziell und die Übrigen nichtkommerziell veranstaltet werden. In den Regionen, in denen Regional- oder Minderheitensprachen beheimatet sind, ist die jeweilige Regional- oder Minderheitensprache in Sendungen und Beiträgen angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Für die Zuweisung an die lokalen Hörfunkveranstalter nach Absatz 1 werden der Anstalt UKW-Übertragungskapazitäten für folgende Versorgungsgebiete zugeordnet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Region Sylt, Niebüll, Leck, Bredstedt, 2. Region Flensburg, Glücksburg, Tastrup, 3. Region Lübeck, Bad Schwartau, Krummese, Ratzeburg, 4. Region Neumünster, Bordesholm, Nortorf, Padenstedt, 5. Region Rendsburg, Schleswig, Eckernförde. 	<p>dieser lokalen Hörfunkprogramme kommerziell und die Übrigen nichtkommerziell veranstaltet werden. In den Regionen, in denen Regional- oder Minderheitensprachen beheimatet sind, ist die jeweilige Regional- oder Minderheitensprache in Sendungen und Beiträgen angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Für die Zuweisung an die lokalen Hörfunkveranstalter nach Absatz 1 werden der Anstalt UKW-Übertragungskapazitäten für folgende Versorgungsgebiete zugeordnet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Region Sylt, Niebüll, Leck, Bredstedt, 2. Region Flensburg, Glücksburg, Tastrup, 3. Region Lübeck, Bad Schwartau, Krummese, Ratzeburg, 4. Region Neumünster, Bordesholm, Nortorf, Padenstedt, 5. Region Rendsburg, Schleswig, Eckernförde.
--	---	---

	<p>Für die Zuweisung der Übertragungskapazitäten gilt das Verfahren nach § 26.</p> <p>(3) Eine Zulassung und Zuweisung darf nur an einen Antragsteller mit einem redaktionellen Sitz im Geltungsbereich dieses Staatsvertrages erteilt werden, der nicht bereits Veranstalter eines auch terrestrisch verbreiteten Länder- oder Landesprogramms ist. Jeder Antragsteller darf nur eine Zulassung und eine Zuweisung für ein lokales terrestrisches Hörfunkprogramm erhalten oder sich abweichend von § 19 unabhängig vom Umfang der Kapital- und Stimmrechtsanteile nur an einem Programm beteiligen. Mit einer späteren Zulassung als Veranstalter eines Länder- oder Landesprogramms Erlöschen die Zulassung und Zuweisung für lokalen terrestrischen Hörfunk; eine Entschädigung für Vermögensnachteile wird nicht gewährt.</p>	<p>Für die Zuweisung der Übertragungskapazitäten gilt das Verfahren nach § 27.</p> <p>(3) Eine Zulassung und Zuweisung darf nur an einen Antragsteller mit einem redaktionellen Sitz im Geltungsbereich dieses Staatsvertrages erteilt werden, der nicht bereits Veranstalter eines auch terrestrisch verbreiteten Länder- oder Landesprogramms ist und dessen vertretungsberechtigte Personen nicht an einem Veranstalter eines solchen terrestrisch verbreiteten Länder- oder Landesprogramms beteiligt sind. Jeder Antragsteller darf nur eine Zulassung und eine Zuweisung für ein lokales terrestrisches Hörfunkprogramm erhalten oder sich abweichend von § 16 unabhängig vom Umfang der Kapital- und Stimmrechtsanteile nur an einem Programm beteiligen. Mit einer späteren Zulassung als Veranstalter eines Länder- oder Landesprogramms Erlöschen die Zulassung und Zuweisung für lokalen terrestrischen Hörfunk; eine Entschädigung für Vermögensnachteile wird nicht gewährt.</p>	<p>Änderung Absatz 3: Klarstellung – bzgl. Beteiligungsverhältnissen, ggf. der vertretungsberechtigten Personen, der „Teilhaber“ oder des Rundfunkveranstalters selbst: Statt auf den Antragsteller kommt es auf die dahinterstehenden natürlichen oder juristischen Personen an. Lokalhörfunk soll ein zu den Angeboten kommerzieller Angeboten regionaler Hörfunkanbieter alternatives Angebot darstellen. Daher ist ein Ausschluss jedweder Beteiligung angemessen.</p> <p>Antragsteller ist weiter der Hörfunkveranstalter. Hier kann Personenidentität mit einer natürlichen Person bestehen, die den Antrag stellt („1-Mann-</p>
--	--	---	---

	<p>(4) Eine Zusammenarbeit lokaler Hörfunkveranstalter entsprechend § 3 Absatz 2 ist mit der Maßgabe zulässig, dass die Übernahme fremder Programmteile sich nicht nachteilig auf die aktuelle und authentische Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der jeweiligen Region des eigenen Gesamtangebotes auswirkt. Im Übrigen gelten die Vorschriften dieses Staatsvertrags und des Rundfunkstaatsvertrags sinngemäß.</p> <p>(5) Im lokalen nichtkommerziellen Hörfunk in Schleswig-Holstein ist Werbung und Sponsoring unzulässig.</p>	<p>(4) Eine Zusammenarbeit lokaler Hörfunkveranstalter entsprechend § 3 Absatz 2 ist mit der Maßgabe zulässig, dass die Übernahme fremder Programmteile sich nicht nachteilig auf die aktuelle und authentische Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der jeweiligen Region des eigenen Gesamtangebotes auswirkt. Im Übrigen gelten die Vorschriften dieses Staatsvertrags und des Medienstaatsvertrages sinngemäß.</p> <p>(5) Im lokalen nichtkommerziellen Hörfunk in Schleswig-Holstein ist Werbung und Sponsoring unzulässig.</p>	<p>Sender“), muss aber nicht (e.V., GmbH, GbR o.ä.).</p>
<p>37.</p>	<p>§ 31 Medienplattformen und Benutzeroberflächen</p> <p>Für Anbieter von Medienplattformen und Benutzeroberflächen auf allen technischen Übertragungskapazitäten gelten die Regelungen des</p>	<p>§ 34 Medienplattformen und Benutzeroberflächen</p> <p>Für Anbieter von Medienplattformen und Benutzeroberflächen auf allen technischen Übertragungskapazitäten gelten die Regelungen des Medienstaatsvertrages in seiner jeweiligen Fassung.</p>	<p>Streichung - Norm überflüssig, da bereits von neuer Vorschrift „§ 21 Anwendung der besonderen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages für Telemedien“ Nr. 2 erfasst, vgl. Ziff. 27.</p>

	<p>Medienstaatsvertrages in seiner jeweiligen Fassung.</p>		<p>Demgegenüber kein zusätzlicher Regelungsgehalt.</p>
<p>38.</p>	<p style="text-align: center;">§ 29 Unveränderte Weiterverbreitung</p> <p>(1) Für die unveränderte Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen gilt § 103 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(2) Anbieter von Rundfunkprogrammen und Medienplattformen werden für einen Vermögensnachteil, der durch die Untersagung nach § 109 Abs. 1 des Medienstaatsvertrages eintritt, nicht entschädigt.</p>	<p style="text-align: center;">4. Unterabschnitt Weiterverbreitung</p> <p style="text-align: center;">§ 31 Unveränderte Weiterverbreitung</p> <p>(1) Für die unveränderte Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen gilt § 103 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(2) Anbieter von Rundfunkprogrammen und Medienplattformen werden für einen Vermögensnachteil, der durch die Untersagung nach § 109 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages eintritt, nicht entschädigt.</p>	
<p>39.</p>	<p style="text-align: center;">§ 33</p>	<p style="text-align: center;">VI. Abschnitt Bürgermedien</p> <p style="text-align: center;">1. Unterabschnitt Hamburgischer Bürger- und Ausbildungskanal</p> <p style="text-align: center;">§ 32</p>	

	<p>Hamburgischer Bürger- und Ausbildungskanal</p> <p>(1) Für Hamburg kann im Hörfunk und im Fernsehen je ein Kanal für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Integration und der Stadtteil- und Regionalkultur sowie zur Ausbildung im Medienbereich betrieben werden, dessen Beiträge über Kabelanlagen oder terrestrisch verbreitet werden (Hamburgischer Bürger- und Ausbildungskanal). Der Kanal kann im Rahmen seiner Aufgaben nach Satz 1 auch Telemedien veranstalten. Werbung ist unzulässig. Von Nutzern oder der Trägerin produzierte oder verantwortete Sendungen können gesponsert werden; für das Sponsoring gilt § 8 des Rundfunkstaatsvertrages entsprechend. Beiträge staatlicher Stellen und Beiträge, die der Wahlvorbereitung oder Öffentlichkeitsarbeit einzelner Parteien oder an Wahlen beteiligter Vereinigungen dienen, sind nicht zulässig.</p>	<p>Hamburgischer Bürger- und Ausbildungskanal</p> <p>(1) Für Hamburg kann im Hörfunk und im Fernsehen je ein Kanal für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Integration und der Stadtteil- und Regionalkultur sowie zur Ausbildung im Medienbereich betrieben werden, dessen Beiträge über Kabelanlagen oder terrestrisch verbreitet werden (Hamburgischer Bürger- und Ausbildungskanal). Der Kanal kann im Rahmen seiner Aufgaben nach Satz 1 auch Telemedien veranstalten. Werbung ist unzulässig. Von Nutzern oder der Trägerin produzierte oder verantwortete Sendungen können gesponsert werden; für das Sponsoring gilt § 10 des Medienstaatsvertrages entsprechend. Beiträge staatlicher Stellen und Beiträge, die der Wahlvorbereitung oder Öffentlichkeitsarbeit einzelner Parteien oder an Wahlen beteiligter Vereinigungen dienen, sind nicht zulässig.</p>
--	---	--

<p>(2) Der Träger des Kanals, der die Voraussetzungen des § 18 erfüllen muss, legt die Zugangs- und Nutzungsbedingungen sowie das Nähere zur Durchführung des Kanals einschließlich der vom Träger zu gewährleistenden Bürgerbeteiligung fest. Die Anstalt ist darüber zu informieren und nimmt dazu innerhalb einer Frist von sechs Wochen Stellung.</p> <p>(3) Der Träger kann Dritten Aufgaben des Kanals für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Integration und der Stadtteilkultur gemäß Absatz 1 ganz oder teilweise für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren übertragen. Die Verlängerung der Übertragung ist zulässig.</p> <p>(4) Der Träger ist für den Inhalt der Angebote des Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanals verantwortlich; §§ 8 bis 10 gelten entsprechend.</p> <p>(5) Der Träger ist berechtigt, im Einvernehmen mit der Anstalt Übertragungskapazitäten die nicht für</p>	<p>(2) Der Träger des Kanals, der die Voraussetzungen des § 15 erfüllen muss, legt die Zugangs- und Nutzungsbedingungen sowie das Nähere zur Durchführung des Kanals einschließlich der vom Träger zu gewährleistenden Bürgerbeteiligung fest. Die Anstalt ist darüber zu informieren und nimmt dazu innerhalb einer Frist von sechs Wochen Stellung.</p> <p>(3) Der Träger kann Dritten Aufgaben des Kanals für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Integration und der Stadtteilkultur gemäß Absatz 1 ganz oder teilweise für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren übertragen. Die Verlängerung der Übertragung ist zulässig.</p> <p>(4) Der Träger ist für den Inhalt der Angebote des Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanals verantwortlich; §§ 6 bis 8 gelten entsprechend.</p> <p>(5) Der Träger ist berechtigt, im Einvernehmen mit der Anstalt Übertragungskapazitäten die nicht für</p>
--	---

	<p>Aufgaben nach Absatz 1 benötigt werden, auch für Programme anderer Veranstalter befristet zur Verfügung zu stellen. Die Anstalt stellt dabei die Berücksichtigung der Kriterien zur Förderung der Programmvierfalt sicher. Es ist sicherzustellen, dass die Mitnutzung innerhalb von 6 Monaten beendet werden kann; in diesem Fall findet eine Entschädigung nicht statt.</p>	<p>Aufgaben nach Absatz 1 benötigt werden, auch für Programme anderer Veranstalter befristet zur Verfügung zu stellen. Die Anstalt stellt dabei die Berücksichtigung der Kriterien zur Förderung der Programmvierfalt sicher. Es ist sicherzustellen, dass die Mitnutzung innerhalb von 6 Monaten beendet werden kann; in diesem Fall findet eine Entschädigung nicht statt.</p>	
40.	<p>§ 34 Trägerschaft</p> <p>(1) Trägerin des Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanals ist die Hamburg Media School. Sie legt alle zwei Jahre, nächstmalig zum 31. Dezember 2009, der Anstalt einen Bericht über die Erfüllung ihres Auftrags vor, auf dessen Grundlage über die Fortführung der Trägerschaft zu entscheiden ist.</p> <p>(2) Die Anstalt überwacht die ordnungsgemäße Mittelverwendung und die Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Eine</p>	<p>§ 33 Trägerschaft</p> <p>(1) Trägerin des Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanals ist die Hamburg Media School. Sie legt alle zwei Jahre, nächstmalig zum 31. Dezember 2009, der Anstalt einen Bericht über die Erfüllung ihres Auftrags vor, auf dessen Grundlage über die Fortführung der Trägerschaft zu entscheiden ist.</p> <p>(2) Die Anstalt überwacht die ordnungsgemäße Mittelverwendung und die Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Eine neue</p>	

	<p>neue Trägerschaft kann nur im Einvernehmen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bestimmt werden.</p>	<p>Trägerschaft kann nur im Einvernehmen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bestimmt werden.</p>	
<p>41.</p>	<p>2. Unterabschnitt Offener Kanal in Schleswig-Holstein</p> <p>§ 35 Offener Kanal in Schleswig-Holstein</p> <p>(1) In Schleswig-Holstein werden im terrestrischen Hörfunk in den Bereichen Westküste, Lübeck und Kiel sowie im Kabelfernsehen in den Bereichen Flensburg und Kiel jeweils ein Offener Kanal für regionalen Bürgerfunk und zur Förderung der Medienkompetenz unterhalten. Der Offene Kanal gibt Gruppen und Personen, die nicht Rundfunkveranstalter sind (Nutzer), Gelegenheit, eigene Beiträge im Hörfunk oder Fernsehen regional zu verbreiten.</p> <p>(2) Näheres regelt Schleswig-Holstein durch Gesetz.</p>	<p>2. Unterabschnitt Offener Kanal in Schleswig-Holstein</p> <p>§ 34 Offener Kanal in Schleswig-Holstein</p> <p>(1) In Schleswig-Holstein werden im terrestrischen Hörfunk in den Bereichen Westküste, Lübeck und Kiel sowie im Kabelfernsehen in den Bereichen Flensburg und Kiel jeweils ein Offener Kanal für regionalen Bürgerfunk und zur Förderung der Medienkompetenz unterhalten. Der Offene Kanal gibt Gruppen und Personen, die nicht Rundfunkveranstalter sind (Nutzer), Gelegenheit, eigene Beiträge im Hörfunk oder Fernsehen regional zu verbreiten.</p> <p>(2) Näheres regelt Schleswig-Holstein durch Gesetz.</p>	

	<p>(3) Die Rechtsaufsicht über den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein führt der Direktor der Anstalt.</p>	<p>(3) Die Rechtsaufsicht über den Offenen Kanal in Schleswig-Holstein führt die Direktorin oder der Direktor der Anstalt.</p>	
<p>42.</p>	<p>3. Unterabschnitt Zusammenarbeit der Bürgermedien</p> <p>§ 36 Zusammenarbeit</p> <p>(1) Der Hamburgische Bürger- und Ausbildungskanal und der Offene Kanal in Schleswig-Holstein arbeiten bei der Erfüllung ihres Auftrages zusammen. Näheres regeln diese Einrichtungen durch Vereinbarung. Sie legen der Anstalt alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand und die Perspektiven engerer Zusammenarbeit vor.</p> <p>(2) Der Hamburgische Bürger- und Ausbildungskanal und der Offene Kanal in Schleswig-Holstein sind Einrichtungen im Sinne von § 5 Abs. 6 Nummer 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages.</p>	<p>3. Unterabschnitt Zusammenarbeit der Bürgermedien</p> <p>§ 35 Zusammenarbeit</p> <p>(1) Der Hamburgische Bürger- und Ausbildungskanal und der Offene Kanal in Schleswig-Holstein arbeiten bei der Erfüllung ihres Auftrages zusammen. Näheres regeln diese Einrichtungen durch Vereinbarung. Sie legen der Anstalt alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand und die Perspektiven engerer Zusammenarbeit vor.</p> <p>(2) Der Hamburgische Bürger- und Ausbildungskanal und der Offene Kanal in Schleswig-Holstein sind Einrichtungen im Sinne von § 5 Absatz 6 Nummer 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages.</p>	

43.	<p style="text-align: center;">§ 37</p> <p style="text-align: center;">Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg, Datenschutzaufsicht</p> <p>(1) Soweit mit den in § 57 Rundfunkstaatsvertrag genannten Stellen vergleichbare Anbieter personenbezogener Daten zu journalistischen Zwecken verarbeiten, ist es den hiermit befassten Personen untersagt, diese personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Im Übrigen finden für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken von der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz der</p>	<p style="text-align: center;">§ 36</p> <p style="text-align: center;">Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken, Medienprivileg, Datenschutzaufsicht</p> <p>(1) Soweit Rundfunkveranstalter oder Telemedienanbieter personenbezogene Daten zu journalistischen Zwecken verarbeiten, ist es den hiermit befassten Personen untersagt, diese personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort. Im Übrigen finden für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken von der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz der natürlichen Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien</p>	<p style="text-align: center;">VII. Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Datenschutz</p> <p style="text-align: center;">Absatz 1: Anpassung an die neue Systematik.</p>
-----	--	---	---

	<p>natürlichen Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119/1 von 4. Mai 2016, S. 1; L 314 vom 22. November 2016, S. 72) außer den Kapiteln I, VIII, X und XI nur die Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f in Verbindung mit Absatz 2, Artikel 24, und Artikel 32 Anwendung. Artikel 82 und 83 der Verordnung (EU) 2016/679 gelten mit der Maßgabe, dass nur für eine Verletzung des Datengeheimnisses gemäß Sätze 1 bis 3 sowie für unzureichende Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f, Artikel 24 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gehaftet wird. Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2016/679 findet keine Anwendung soweit Unternehmen, Hilfs- und Beteiligungsunternehmen der Presse der Selbstregulierung durch den Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserates unterliegen. Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für die zu den in Satz 1 genannten Stellen gehörenden Hilfs- und Beteiligungsunternehmen.</p>	<p>Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119/1 von 4. Mai 2016, S. 1; L 314 vom 22. November 2016, S. 72) außer den Kapiteln I, VIII, X und XI nur die Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f in Verbindung mit Absatz 2, Artikel 24, und Artikel 32 Anwendung. Artikel 82 und 83 der Verordnung (EU) 2016/679 gelten mit der Maßgabe, dass nur für eine Verletzung des Datengeheimnisses gemäß Sätze 1 bis 3 sowie für unzureichende Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe f, Artikel 24 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gehaftet wird. Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2016/679 findet keine Anwendung soweit Unternehmen, Hilfs- und Beteiligungsunternehmen der Presse der Selbstregulierung durch den Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserates unterliegen. Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für die zu den in Satz 1 genannten Stellen gehörenden Hilfs- und Beteiligungsunternehmen. Berufsverbände und andere Vereinigungen, die bestimmte Gruppen von verantwortlichen Stellen</p>
--	---	---

	<p>Berufsverbände und andere Vereinigungen, die bestimmte Gruppen von verantwortlichen Stellen vertreten, können sich einen Verhaltenskodex geben, der in einem transparenten Verfahren erlassen und veröffentlicht wird. Den betroffenen Personen stehen nur die in Absätzen 2 und 3 genannten Rechte zu.</p> <p>(3) Führt die journalistische Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen der betroffenen Person oder zu Verpflichtungserklärungen, Beschlüssen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Verpflichtungserklärungen und Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.</p> <p>(3) Werden personenbezogene Daten von einem Anbieter nach Absatz 1 zu</p>	<p>vertreten, können sich einen Verhaltenskodex geben, der in einem transparenten Verfahren erlassen und veröffentlicht wird. Den betroffenen Personen stehen nur die in Absätzen 2 und 3 genannten Rechte zu.</p> <p>(2) Führt die journalistische Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verbreitung von Gegendarstellungen der betroffenen Person oder zu Verpflichtungserklärungen, Beschlüssen oder Urteilen über die Unterlassung der Verbreitung oder über den Widerruf des Inhalts der Daten, so sind diese Gegendarstellungen, Verpflichtungserklärungen und Widerrufe zu den gespeicherten Daten zu nehmen und dort für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst sowie bei einer Übermittlung der Daten gemeinsam mit diesen zu übermitteln.</p> <p>(3) Werden personenbezogene Daten von einem Anbieter nach Absatz 1 zu</p>
--	--	--

	<p>journalistischen Zwecken gespeichert, verändert, übermittelt, gesperrt oder gelöscht und wird die betroffene Person dadurch in ihrem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann sie Auskunft über die zugrundeliegenden, zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung mitgewirkt haben, geschlossen werden kann, oder 2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann oder 3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe des Anbieters durch Ausforschung des 	<p>journalistischen Zwecken gespeichert, verändert, übermittelt, gesperrt oder gelöscht und wird die betroffene Person dadurch in ihrem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, kann sie Auskunft über die zugrundeliegenden, zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung mitgewirkt haben, geschlossen werden kann, oder 2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährsträgers von Beiträgen, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann oder 3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe des Anbieters durch Ausforschung des
--	---	---

	<p>Informationsbestandes beeinträchtigt würde.</p> <p>Die betroffene Person kann die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten im Datensatz oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen. Die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten ist rechtmäßig, wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist.</p> <p>Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Angebote von Unternehmen und Hilfsunternehmen der Presse, soweit diese der Selbstregulierung durch den Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserates unterliegen.</p> <p>(4) Der Datenschutzbeauftragte des Sitzlandes der Anstalt ist die zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 51 der Verordnung (EU) 2016/679. Der</p>	<p>Informationsbestandes beeinträchtigt würde.</p> <p>Die betroffene Person kann die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten im Datensatz oder die Hinzufügung einer eigenen Darstellung von angemessenem Umfang verlangen. Die weitere Speicherung der personenbezogenen Daten ist rechtmäßig, wenn dies für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen erforderlich ist.</p> <p>Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Angebote von Unternehmen und Hilfsunternehmen der Presse, soweit diese der Selbstregulierung durch den Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserates unterliegen.</p> <p>(4) Der Datenschutzbeauftragte des Sitzlandes der Anstalt ist die zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 51 der Verordnung (EU) 2016/679. Der</p>
--	--	--

	<p>Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrags, der Verordnung (EU) 2016/679 und anderer Vorschriften über den Datenschutz. Eine Aufsicht erfolgt, soweit Unternehmen, Hilfs- und Beteiligungsunternehmen der Presse nicht der Selbstregulierung durch den Pressekodex des Deutschen Presserates unterliegen. Der Datenschutzbeauftragte hat die Aufgaben und Befugnisse entsprechend der Artikel 57 und 58 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2016/679. Bei dieser Tätigkeit stellt er das Benehmen mit dem Datenschutzbeauftragten des anderen Landes her. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden hat er, soweit die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken betroffen ist, den Informantenschutz zu wahren.</p> <p>(5) Stellt der Datenschutzbeauftragte einen Verstoß gegen die Datenschutzbestimmungen fest, weist er den Anbieter nach Absatz 1 darauf hin. Wird der</p>	<p>Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung der Datenschutzvorschriften dieses Staatsvertrags, der Verordnung (EU) 2016/679 und anderer Vorschriften über den Datenschutz. Eine Aufsicht erfolgt, soweit Unternehmen, Hilfs- und Beteiligungsunternehmen der Presse nicht der Selbstregulierung durch den Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserates unterliegen. Der Datenschutzbeauftragte hat die Aufgaben und Befugnisse entsprechend der Artikel 57 und 58 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2016/679. Bei dieser Tätigkeit stellt er das Benehmen mit dem Datenschutzbeauftragten des anderen Landes her. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Aufsichtsbehörden hat er, soweit die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken betroffen ist, den Informantenschutz zu wahren.</p> <p>(5) Stellt der Datenschutzbeauftragte einen Verstoß gegen die Datenschutzbestimmungen fest, weist er den Anbieter nach Absatz 1 darauf hin. Wird der</p>
--	--	--

	<p>Verstoß anschließend nicht innerhalb einer Frist behoben, beanstandet der Datenschutzbeauftragte den Verstoß.</p>	<p>Verstoß anschließend nicht innerhalb einer Frist behoben, beanstandet der Datenschutzbeauftragte den Verstoß.</p>	
<p>44.</p>	<p>§ 38</p> <p>Aufgabe, Rechtsform und Organe</p> <p>(1) Die Aufgaben nach diesem Staatsvertrag werden von der Anstalt als rechtsfähiger Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Norderstedt wahrgenommen, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Der Anstalt obliegt ferner die Aufsicht über unzulässige Angebote und den Jugendschutz nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Sie ist die nach Landesrecht für private Anbieter zuständige Stelle im Sinne des Medienstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (Landesmedienanstalt). Die Zuständigkeit der Anstalt für bundesweite Sachverhalte</p>	<p>VIII. Abschnitt</p> <p>Medienaufsicht</p> <p>§ 37</p> <p>Aufgabe, Rechtsform und Organe</p> <p>(1) Die Aufgaben nach diesem Staatsvertrag werden von der Anstalt als rechtsfähiger Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Norderstedt wahrgenommen, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Der Anstalt obliegt ferner die Aufsicht über unzulässige Angebote und den Jugendschutz nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Sie ist die nach Landesrecht für private Anbieter zuständige Stelle im Sinne des Medienstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (Landesmedienanstalt). Die Zuständigkeit der Anstalt für bundesweite Sachverhalte richtet</p>	

	<p>richtet sich nach dem VII. Abschnitt des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(2) Die Anstalt vertritt die Interessen der Allgemeinheit im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Aufgaben. Vorrangig obliegen ihr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Beurteilung und Kontrolle der Programme, insbesondere hinsichtlich ihres Beitrages zur Förderung der Programmvierfalt, 2. die Beratung der Rundfunkveranstalter und anderer Inhalteanbieter sowie ihrer Dienstleister unter den Bedingungen der Konvergenz, insbesondere beim Analog-Digital-Umstieg, 3. die Mitwirkung bei der Fortentwicklung des dualen Rundfunksystems und des Medienstandortes Hamburg und Schleswig-Holstein, 4. die Mitwirkung bei der Umstellung von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik, einschließlich der 	<p>sich nach dem VII. Abschnitt des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(2) Die Anstalt vertritt die Interessen der Allgemeinheit im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Aufgaben. Vorrangig obliegen ihr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Beurteilung und Kontrolle der Programme, insbesondere hinsichtlich ihres Beitrages zur Förderung der Programmvierfalt, 2. die Beratung der Rundfunkveranstalter und anderer Inhalteanbieter sowie ihrer Dienstleister unter den Bedingungen der Konvergenz, insbesondere beim Analog-Digital-Umstieg, 2. die Mitwirkung bei der Fortentwicklung des dualen Rundfunksystems und des Medienstandortes Hamburg und Schleswig-Holstein, 3. die Mitwirkung bei der Umstellung von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik, einschließlich der 	<p>Absatz 2 S. 2 Nr. 2: Streichung, da auch laut MA HSH praktisch nicht relevant. Führt zu Verschlinkung des Vertragstextes.</p>
--	---	--	---

	<p>entsprechenden Beratung der Rundfunkveranstalter und Rundfunkteilnehmer,</p> <p>5. die Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten. Im Rahmen ihrer Aufgaben und zur gemeinsamen Aufgabenerledigung mit anderen Landesmedienanstalten kann die Anstalt Verwaltungsabkommen abschließen.</p> <p>Sie soll ferner im Rahmen ihrer haushaltsmäßigen Möglichkeiten</p> <p>1. an den Förderungen aus Mitteln nach § 55 Absatz 4 Satz 5 für die danach vorgesehenen Zwecke im Rahmen einer Gesellschafterstellung in der Medienstiftung HSH mitwirken,</p> <p>2. Aufträge zur Medienforschung vergeben,</p> <p>3. Nutzer von audiovisuellen Angeboten beraten.</p>	<p>entsprechenden Beratung der Rundfunkveranstalter und Rundfunkteilnehmer,</p> <p>4. die Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten. Im Rahmen ihrer Aufgaben und zur gemeinsamen Aufgabenerledigung mit anderen Landesmedienanstalten kann die Anstalt Verwaltungsabkommen abschließen.</p> <p>Sie soll ferner im Rahmen ihrer haushaltsmäßigen Möglichkeiten</p> <p>1. an den Förderungen aus Mitteln nach § 55 Absatz 4 Satz 5 für die danach vorgesehenen Zwecke im Rahmen einer Gesellschafterstellung in der Medienstiftung HSH mitwirken,</p> <p>1. Aufträge zur Medienforschung vergeben,</p> <p>2. Nutzer von audiovisuellen Angeboten beraten.</p>	<p>Absatz 2 Satz 3 Nr. 1-alt: Die Medienstiftung läuft aus. Die Aufgabe ist daher zu streichen.</p>
--	---	--	--

	<p>Die Anstalt kann im Rahmen ihrer haushaltsmäßigen Möglichkeiten Projekte der auditiven und audiovisuellen Medienkompetenz und Medienpädagogik fördern, die Dritte durchführen. Die Anstalt kann ferner Förderungen zur Unterstützung des privaten Rundfunks aus Bundes- und Landesfördermitteln vornehmen.</p> <p>(3) Die Anstalt hat das Recht der Selbstverwaltung. Sie hat Dienstherrnfähigkeit und wendet das Dienstrecht, das Gleichstellungsrecht sowie das Mitbestimmungsrecht ihres Sitzlandes an. Angelegenheiten, die nicht unmittelbar der Erfüllung der Aufgaben der Anstalt dienen, können gegen Kostenerstattung von den zuständigen Behörden in Hamburg oder Schleswig-Holstein wahrgenommen werden.</p> <p>(4) Organe der Anstalt sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Medienrat, 2. der Direktor. 	<p>Die Anstalt kann im Rahmen ihrer haushaltsmäßigen Möglichkeiten Projekte der auditiven und audiovisuellen Medienkompetenz und Medienpädagogik fördern, die Dritte durchführen. Die Anstalt kann ferner Förderungen zur Unterstützung des privaten Rundfunks aus Bundes- und Landesfördermitteln vornehmen.</p> <p>(3) Die Anstalt hat das Recht der Selbstverwaltung. Sie hat Dienstherrnfähigkeit und wendet das Dienstrecht, das Gleichstellungsrecht sowie das Mitbestimmungsrecht ihres Sitzlandes an. Angelegenheiten, die nicht unmittelbar der Erfüllung der Aufgaben der Anstalt dienen, können gegen Kostenerstattung von den zuständigen Behörden in Hamburg oder Schleswig-Holstein wahrgenommen werden.</p> <p>(4) Organe der Anstalt sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Medienrat, 2. die Direktorin oder der Direktor.
--	---	--

	<p>Als weitere Organe dienen der Anstalt nach Maßgabe der Vorschriften des Rundfunkstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK), die Gremiovorsitzendenkonferenz (GVK), die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) und die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM).</p> <p>(5) Die Anstalt gibt sich eine Satzung. Diese regelt Einzelheiten der Aufgaben des Medienrats und des Direktors, soweit die Angelegenheiten nicht im Einzelnen in diesem Staatsvertrag bestimmt sind.</p> <p>(6) Die Anstalt ist Aufsichtsbehörde über Telemedien gemäß § 104 Abs. 1 und § 106 Abs. 1 des Medienstaatsvertrages sowie zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 16 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 des Telemediengesetzes vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.</p>	<p>Als weitere Organe dienen der Anstalt nach Maßgabe der Vorschriften des Medienstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK), die Gremiovorsitzendenkonferenz (GVK), die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) und die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM).</p> <p>(5) Die Anstalt gibt sich eine Satzung. Diese regelt Einzelheiten der Aufgaben des Medienrats und der Direktorin oder des Direktors, soweit die Angelegenheiten nicht im Einzelnen in diesem Staatsvertrag bestimmt sind.</p> <p>(6) Die Anstalt ist Aufsichtsbehörde über Telemedien gemäß § 104 Absatz 1 und § 106 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages sowie zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 16 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 2 und 2a des Telemediengesetzes vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), zuletzt geändert durch Artikel</p>	<p>Absatz 6: Anpassung an neue Systematik des MStV: Medienaufsicht -VII. Abschnitt des MStV - (§ 104 und § 106) beschränkt sich nicht nur auf Telemedien. Beschränkung auf Telemedien zu streichen</p>
--	--	--	---

<p>November 2020 (BGBl. I S. 2456). Die von ihr für Ordnungswidrigkeiten verhängten Bußgelder stehen der Anstalt zu.</p> <p>(7) Die Anstalt ist zuständige Behörde gemäß § 2 Nr. 5 des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes (VSchDG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367) bei Verdacht eines innergemeinschaftlichen Verstoßes privater Anbieter gegen Rechtsvorschriften, die zur Umsetzung oder Durchführung des in Nr. 4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 genannten Rechtsaktes (EG-Fernsichtlinie) erlassen worden sind. Sie ist im Rahmen dieser Zuständigkeit auch zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 9 Abs. 1 VSchDG.</p>	<p>3 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1982). Die von ihr für Ordnungswidrigkeiten verhängten Bußgelder stehen der Anstalt zu.</p> <p>(7) Die Anstalt ist zuständige Behörde gemäß § 2 Nummer 5 des EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes (VSchDG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367, zuletzt geändert durch Artikel 7 Absatz 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2021, BGBl. I S. 990) bei Verdacht eines innergemeinschaftlichen Verstoßes privater Anbieter gegen Rechtsvorschriften, die zur Umsetzung oder Durchführung des in Nummer 4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 genannten Rechtsaktes (EG-Fernsichtlinie) erlassen worden sind. Sie ist im Rahmen dieser Zuständigkeit auch zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 9 Absatz 1 VSchDG.</p> <p>(8) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Anstalt findet nicht statt. Die Gewährträgerhaftung ist ausgeschlossen.</p>	<p>Sowie Anpassung an die Änderung des § 16 TMG</p> <p>Absatz 8 neu: Aufnahme einer klarstellenden Regelung bezüglich des Insolvenzverfahrens (i.S.v. § 12</p>
---	--	--

45.		<p style="text-align: center;">§ 38 Informationszugang</p> <p>(1) Jede natürliche oder juristische Person mit Sitz in Deutschland hat nach Maßgabe dieser Bestimmung einen Anspruch auf freien Zugang zu den Informationen, über die die Anstalt als informationspflichtige Stelle verfügt.</p> <p>(2) Begriffsbestimmungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Informationen sind alle in Schrift-, Bild-, Ton- oder Datenverarbeitungsform oder auf sonstigen Informationsträgern bei der informationspflichtigen Stelle vorhandene Zahlen, Daten, Fakten, Erkenntnisse oder sonstige Auskünfte. 2. Informationsträger sind alle Medien, die Informationen in Schrift-, Bild-, Ton- oder Datenverarbeitungsform oder in sonstiger Form speichern können. 	<p>Abs. 1 Nr. 2 InsO) und der Gewährträgerhaftung der Anstalt als A.ö.R.</p> <p>Einfügung § 38-neu: Ein zurzeit und zukünftig praxisrelevantes Thema ist das Recht auf freien Zugang zu Informationen. Hierzu wird eigenständige Norm analog der Regelung in § 47 NDR-StV in den Staatsvertrag aufgenommen. Bei möglichen Maßnahmen des Datenschutzbeauftragten des Sitzlandes nach Abs. 11 hat sich dieser mit dem Datenschutzbeauftragten des anderen Landes ins Benehmen zu setzen.</p>
-----	--	---	---

	<p>3. Informationspflicht ist die Pflicht, Informationen auf Antrag nach Maßgabe dieser Regelung zugänglich zu machen.</p> <p>4. Die Anstalt verfügt über Informationen, wenn diese bei ihr vorhanden sind oder an anderer Stelle für sie bereitgehalten werden. Ein Bereithalten liegt vor, wenn die Anstalt einen Anspruch auf Übermittlung der Informationen hat.</p> <p>(3) Informationen werden auf Antrag zugänglich gemacht. Der Antrag kann nur in Textform gestellt werden. Im Antrag sind die beanspruchten Informationen zu bezeichnen. Ist der Antrag zu unbestimmt, so ist die antragstellende Person unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats, aufzufordern, den Antrag zu präzisieren. Nach Eingang des präzisierten Antrags bei der Anstalt beginnt die Frist zur Beantwortung des Antrags erneut. Die Anstalt unterstützt antragstellende Personen bei der Stellung und Präzisierung von Anträgen.</p> <p>(4) Die Anstalt hat der antragstellenden Person Auskunft zu erteilen, Akteneinsicht zu gewähren, Kopien, auch durch Versendung, zur Verfügung zu stellen oder die</p>	
--	---	--

	<p>Informationsträger zugänglich zu machen, die die begehrten Informationen enthalten. Wird eine bestimmte Art des Informationszugangs begehrt, so darf diese nur aus wichtigem Grund auf andere Art gewährt werden. In den übrigen Fällen soll die kostengünstigste Form gewählt werden. Sind die Informationen bereits öffentlich zugänglich, kann die Anstalt darauf verweisen. Handelt es sich um Dokumente, die nur vorübergehend von einer anderen Stelle beizugezogen worden sind, so weist die Anstalt darauf hin und nennt die für die Entscheidung über die Akteneinsicht zuständige Stelle.</p> <p>(5) Liegen die Voraussetzungen des Auskunftsanspruchs vor, sind die Informationen der antragstellenden Person zeitnah, spätestens jedoch binnen eines Monats nach Eingang des Antrags bei der Anstalt zugänglich zu machen. In begründeten Fällen kann die Frist auf höchstens zwei Monate verlängert werden. Die antragstellende Person ist unter Angabe der Gründe unverzüglich auf die Fristverlängerung hinzuweisen.</p> <p>(6) Wird der Antrag ganz oder teilweise abgelehnt, ist dies der antragstellenden</p>	
--	--	--

	<p>Person innerhalb der Fristen nach Absatz 5 unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Eine Ablehnung liegt auch dann vor, wenn der Informationszugang anders als beantragt gewährt wird. Die Ablehnung kann auf dieselbe Weise mitgeteilt werden, wie der Antrag gestellt wurde. Liegt ein Ablehnungsgrund nach den Absätzen 8 und 9 vor, sind die hiervon nicht betroffenen Informationen zugänglich zu machen, soweit sie aussondert werden können. Der oder die Antragstellende ist im Falle einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung eines Antrages über die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen diese Entscheidung sowie darüber zu belehren, bei welcher Stelle und innerhalb welcher Frist um Rechtsschutz nachgesucht werden kann.</p> <p>(7) Für Streitigkeiten nach dieser Vorschrift ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben. Ein Widerspruchsverfahren ist nicht durchzuführen.</p> <p>(8) Soweit die Bekanntgabe der Informationen nachteilige Auswirkungen auf</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Vertraulichkeit der Beratungen der Gremien der Anstalt oder	
--	--	--

		<p>2. die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens, eines Ermittlungsverfahrens, eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens oder eines Disziplinarverfahrens hätte,</p> <p>ist der Antrag abzulehnen, wenn das schutzwürdige Interesse der Anstalt an der Geheimhaltung gegenüber dem öffentlichen Bekanntgabeinteresse überwiegt. Der Antrag ist auch abzulehnen, wenn der Antrag offensichtlich missbräuchlich gestellt wurde.</p> <p>(9) Soweit durch die Bekanntgabe der Information</p> <ol style="list-style-type: none">1. personenbezogene Daten offenbart würden, deren Vertraulichkeit durch Rechtsvorschrift vorgesehen ist,2. Rechte am geistigen Eigentum, insbesondere Urheberrechte, verletzt würden,3. Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse zugänglich gemacht würden oder Informationen dem Steuer- oder Statistikgeheimnis unterliegen oder	
--	--	---	--

	<p>4. die Interessen einer Person beeinträchtigt würden, die die beantragte Information, ohne rechtlich hierzu verpflichtet werden zu können, der Anstalt freiwillig zur Verfügung gestellt hat</p> <p>und das aus den Nummern 1 bis 4 jeweils folgende schutzwürdige Interesse an der Geheimhaltung gegenüber dem öffentlichen Bekanntgabeinteresse überwiegt, ist der Antrag abzulehnen, es sei denn, die jeweils Betroffenen haben zugestimmt. Die Betroffenen sind vor der Entscheidung über die Offenbarung anzuhören.</p> <p>(10) Für die Bereitstellung von Informationen nach dieser Vorschrift werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Gebühren werden nicht erhoben für</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Erteilung mündlicher, einfacher schriftlicher und einfacher elektronischer Auskünfte und2. die Einsichtnahme vor Ort. <p>Die Gebühren sind auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass das Recht auf Zugang zu Informationen wirksam in Anspruch</p>	
--	---	--

		<p>genommen werden kann. Das Nähere regelt die Satzung.</p> <p>(11) Antragstellende Personen, die der Ansicht sind, dass der Informationsanspruch zu Unrecht abgelehnt oder nicht beachtet worden ist oder dass nur eine unzulängliche Antwort gegeben worden ist, können den Datenschutzbeauftragten nach § 36 Absatz 4 Satz 1 anrufen. § 36 Absatz 4 Satz 5 gilt entsprechend.</p>	
<p>45.</p>	<p>§ 39 Aufgaben des Medienrats</p> <p>(1) Der Medienrat überwacht die Einhaltung dieses Staatsvertrages und der für die privaten Rundfunkveranstalter geltenden Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages.</p> <p>(2) Der Medienrat nimmt die Aufgaben der Anstalt wahr, soweit sie nicht gemäß § 47 dem Direktor übertragen sind. Der Medienrat hat insbesondere folgende Aufgaben:</p>	<p>§ 39 Aufgaben des Medienrats</p> <p>(1) Der Medienrat überwacht die Einhaltung dieses Staatsvertrages und der für die privaten Rundfunkveranstalter geltenden Bestimmungen des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(2) Der Medienrat nimmt die Aufgaben der Anstalt wahr, soweit sie nicht gemäß § 47 der Direktorin oder dem Direktor übertragen sind. Der Medienrat hat insbesondere folgende Aufgaben:</p>	

	<p>1. Erteilung, Rücknahme oder Widerruf der Zulassung,</p> <p>2. Bestätigung der Zulassungsfreiheit von Rundfunkprogrammen auf Antrag durch Unbedenklichkeitsbescheinigung gem. § 54 Abs. 1 Medienstaatsvertrag,“</p> <p>3. Feststellung von Verstößen gegen die Anforderungen dieses Staatsvertrages, wobei die Aufsicht über die Programmaufgabe unter Beachtung des Beurteilungsspielraums gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 erfolgt,</p> <p>4. Entscheidungen über Anerkennungen sowie Aufsichtsmaßnahmen gemäß § 5 Abs. 2 dieses Staatsvertrages in Verbindung mit § 19 Abs. 4 und § 20 Abs. 1 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages,</p> <p>5. Entscheidung über die Zuweisung von Übertragungskapazitäten,</p>	<p>1. Erteilung, Rücknahme oder Widerruf der Zulassung,</p> <p>2. Bestätigung der Zulassungsfreiheit von Rundfunkprogrammen auf Antrag durch Unbedenklichkeitsbescheinigung gem. § 54 Absatz 1 Medienstaatsvertrag,</p> <p>3. Feststellung von Verstößen gegen die Anforderungen dieses Staatsvertrages, wobei die Aufsicht über die Programmaufgabe unter Beachtung des Beurteilungsspielraums gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 erfolgt,</p> <p>4. Entscheidungen über Anerkennungen sowie Aufsichtsmaßnahmen gemäß § 5 Abs. 2 dieses Staatsvertrages in Verbindung mit § 19 Abs. 4 und § 20 Abs. 1 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages,</p> <p>4. Entscheidung über die Zuweisung von Übertragungskapazitäten,</p>	<p>Abs. 2 Satz 2 Nr. 4: Streichung in Bezug auf die Anerkennung von Selbstkontrolleinrichtungen, da es diese Fälle landesweit nicht gibt.</p>
--	---	---	--

	<p>6. Entscheidung über die Untersagung der Weiterverbreitung,</p> <p>7. Entscheidung über die Rangfolge in Kabelanlagen,</p> <p>8. Feststellung des Haushaltsplans und Genehmigung des Jahresabschlusses der Anstalt sowie Entlastung des Direktors,</p> <p>9. Feststellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts,</p> <p>10. Wahl und Abberufung des Direktors sowie Abschluss und Auflösung seines Dienstvertrages,</p> <p>11. Zustimmung zur Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Bediensteten der Anstalt in den vom Medienrat vorbehaltenen Fällen,</p> <p>12. Erlass von Satzungen und Richtlinien sowie Entscheidung über den Erlass von</p>	<p>5. Entscheidung über die Untersagung der Weiterverbreitung,</p> <p>7. Entscheidung über die Rangfolge in Kabelanlagen,</p> <p>6. Feststellung des Haushaltsplans und Genehmigung des Jahresabschlusses der Anstalt sowie Entlastung der Direktorin oder des Direktors,</p> <p>7. Feststellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts,</p> <p>8. Wahl und Abberufung der Direktorin oder des Direktors sowie Abschluss und Auflösung ihres oder seines Dienstvertrages,</p> <p>9. Zustimmung zur Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Bediensteten der Anstalt in den vom Medienrat vorbehaltenen Fällen,</p> <p>10. Erlass von Satzungen und Richtlinien sowie Entscheidung über den Erlass von</p>	<p>Nr. 7-alt: Streichung. Rangfolge in Kabelanlagen gehört in die analoge Welt.</p>
--	---	---	--

	<p>Satzungen oder Richtlinien der Landesmedienanstalten; Satzungen sind bekannt zu machen,</p> <p>13. Zustimmung zu Rechtsgeschäften, bei denen Verpflichtungen im Werte von mehr als 100.000 Euro eingegangen werden,</p> <p>14. Entscheidungen über Aufsichtsmaßnahmen über Telemedien nach § 38 Abs. 6 Satz 1, 1. Halbsatz und über Ordnungswidrigkeiten gemäß § 51 sowie über die Verwendung der Einnahmen aus Bußgeldern,</p> <p>15. Entscheidung über die Anerkennung einer Einrichtung als Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle, den Widerruf, die Aufhebung und die Beanstandung einer solchen Anerkennung gem. § 19 Abs. 5, 6, 8 Medienstaatsvertrag,</p> <p>16. Entscheidung über die Förderung nach § 38 Abs. 2 Satz 4 und § 55 Absatz 2 Satz 2 und über diesbezügliche Förderrichtlinien, sowie</p>	<p>Satzungen oder Richtlinien der Landesmedienanstalten; Satzungen sind bekannt zu machen,</p> <p>11. Zustimmung zu Rechtsgeschäften, bei denen Verpflichtungen im Werte von mehr als 100.000 Euro eingegangen werden,</p> <p>12. Entscheidungen über Aufsichtsmaßnahmen über Telemedien nach § 37 Absatz 6 Satz 1, 1. Halbsatz und über Ordnungswidrigkeiten gemäß § 52 sowie über die Verwendung der Einnahmen aus Bußgeldern,</p> <p>15. Entscheidung über die Anerkennung einer Einrichtung als Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle, den Widerruf, die Aufhebung und die Beanstandung einer solchen Anerkennung gem. § 19 Abs. 5, 6, 8 Medienstaatsvertrag,</p> <p>13. Entscheidung über die Förderung nach § 37 Absatz 2 Satz 4 und § 55 Absatz 2 Satz 2 und über diesbezügliche Förderrichtlinien, sowie</p>	<p>Nr. 15-alt: Streichung: Normiert wird die Anerkennung von Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle parallel zum Presserat. Diese ist nach § 105 Abs. 1 Nr. 3 MStV auch der ZAK vorbehalten.</p> <p>Nr. 16-alt (Nr. 13-neu): Eine Zuständigkeit des Medienrates für die Gewährung von finanziellen Nothilfen ist mit Blick auf die</p>
--	---	--	--

	<p>über die Förderung nach § 38 Abs. 2 Satz 5,</p> <p>17. Bestätigung der Unbedenklichkeit von Medienplattformen auf Antrag durch Unbedenklichkeitsbescheinigung gem. § 87 Medienstaatsvertrag.</p> <p>(3) In Zweifelsfällen hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen dem Medienrat und dem Direktor entscheidet der Medienrat.</p>	<p>über die Förderung nach § 37 Absatz 2 Satz 5, soweit ein Ermessensspielraum besteht und</p> <p>14. Bestätigung der Unbedenklichkeit von Medienplattformen und Benutzeroberflächen auf Antrag durch Unbedenklichkeitsbescheinigung gem. § 87 Medienstaatsvertrag.</p> <p>(3) In Zweifelsfällen hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen dem Medienrat und der Direktorin oder dem Direktor entscheidet der Medienrat.</p>	<p>Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung über die Förderung und den eingeschränkten bzw. fehlenden Entscheidungsspielraums bei gebundenen Entscheidungen nicht sinnvoll. – Daher Beschränkung der Zuständigkeit auf Ermessensentscheidungen. Bei gebundenen Entscheidungen soll die Zuständigkeit dem Direktor obliegen. Hierbei soll eine Informationspflicht des Direktors eingeführt werden.</p>
46.	<p>§ 40 Aufsicht</p> <p>(1) Der Medienrat kann feststellen, dass durch ein Rundfunkprogramm, durch einzelne Sendungen und Beiträge, durch die Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen, durch Inhalte von Telemedien oder sonst gegen diesen Staatsvertrag, den Rundfunkstaatsvertrag, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag,</p>	<p>§ 40 Aufsicht</p> <p>(1) Der Medienrat kann feststellen, dass durch ein Rundfunkprogramm, durch einzelne Sendungen und Beiträge, durch die Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen, durch Inhalte von Telemedien oder sonst gegen diesen Staatsvertrag, den Medienstaatsvertrag, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, die</p>	

	<p>die Zulassung oder die Zuweisung verstoßen werden und Maßnahmen oder Unterlassungen unberührt. Die Aufsicht über die Programmaufgabe erfolgt unter Beachtung des Beurteilungsspielraums gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 (Missbrauchsaufsicht).</p> <p>(2) Bei einem Verstoß weist der Direktor den Anbieter, den für das Rundfunkprogramm, die Sendung oder den Beitrag Verantwortlichen oder den Betreiber der Kabelanlage an, den Rechtsverstoß durch die vom Medienrat oder von ihm vorgesehenen Maßnahmen oder Unterlassungen zu beseitigen; bei einem Widerspruch erlässt er den Widerspruchsbescheid nach Vorgabe des Medienrats.</p> <p>(3) Hat die Anstalt bereits einen Rechtsverstoß nach Absatz 1 beanstandet, so kann sie bei Fortdauer des Rechtsverstoßes oder bei einem weiteren Rechtsverstoß zusammen mit der Anweisung nach Absatz 2 das Ruhen der</p>	<p>Zulassung oder die Zuweisung verstoßen wird und Maßnahmen oder Unterlassungen vorsehen; § 5 bleibt unberührt. Die Aufsicht über die Programmaufgabe erfolgt unter Beachtung des Beurteilungsspielraums gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 (Missbrauchsaufsicht).</p> <p>(2) Bei einem Verstoß trifft die Direktorin oder der Direktor Maßnahmen nach § 109 Medienstaatsvertrag. Bei einem Widerspruch erlässt er den Widerspruchsbescheid nach Vorgabe des Medienrats.</p> <p>(3) Hat die Anstalt bereits einen Rechtsverstoß nach Absatz 1 beanstandet, so kann sie bei Fortdauer des Rechtsverstoßes oder bei einem weiteren Rechtsverstoß zusammen mit der Anweisung nach Absatz 2 das Ruhen der</p>	<p>Änderung Absatz 2: Anpassung an/Verweis auf den MStV aufgrund der abweichenden Systematik und Terminologie des § 109 MStV im Vergleich zu den bisherigen Abs. 1-4.</p> <p>Absatz 3-alt: Streichung von S. 1 aufgrund Anpassung an/Verweis auf den MStV. Bisheriger Abs. 3 S. 2 wird Abs. 2 S. 2-neu.</p>
--	---	--	---

Zulassung bis zu vier Wochen anordnen. In schwerwiegenden Fällen kann die Anstalt die Zulassung entziehen; eine Entschädigung findet nicht statt.

(4) Der Rundfunkveranstalter, der für das Rundfunkprogramm, die Sendung oder den Beitrag Verantwortliche und der Betreiber der Kabelanlage haben der Anstalt die zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und entsprechende Unterlagen vorzulegen. Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nummern 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

~~Zulassung bis zu vier Wochen anordnen. In schwerwiegenden Fällen kann die Anstalt die Zulassung entziehen.~~ Eine Entschädigung findet nicht statt.

(3) Der Rundfunkveranstalter, der für das Rundfunkprogramm, die Sendung oder den Beitrag Verantwortliche **sowie die Betreiber von Medienplattformen und Benutzeroberflächen** haben der Anstalt gemäß § 109 Absatz 4 Medienstaatsvertrag **im Rahmen der Aufsicht den Abruf ihrer Angebote zu ermöglichen**, die zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und entsprechende Unterlagen vorzulegen. Der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Absatz 3-neu (Absatz 4-alt):
Anpassung an die neue Systematik (s.o.).

47.	<p>§ 41 Zusammensetzung des Medienrats</p> <p>(1) Der Medienrat besteht aus vierzehn Mitgliedern. Sie sollen als Sachverständige besondere Eignung auf dem Gebiet der Medienpädagogik, Medienwissenschaft, des Journalismus, der Rundfunktechnik, der Medienwirtschaft oder sonstiger Medienbereiche nachweisen. Zwei Mitglieder müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Frauen sind angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Solange und soweit Mitglieder in den Medienrat nicht gewählt worden sind, verringert sich die Zahl der gesetzlichen Mitglieder nach Absatz 1 entsprechend. Dasselbe gilt bei vorzeitigem Ausscheiden von Mitgliedern aus dem Medienrat soweit und solange ein Ersatzmitglied nach Absatz 3 nicht zur Verfügung steht.</p>	<p>§ 41 Zusammensetzung des Medienrats</p> <p>(1) Der Medienrat besteht aus zehn Mitgliedern. Sie sollen als sachkundige Personen besondere Eignung auf dem Gebiet der Medienpädagogik, der Medienwissenschaft, der Digitalwissenschaft, des Journalismus, der Rundfunktechnik, der Medienwirtschaft, der Digitalwirtschaft oder sonstiger Medien- und Digitalbereiche nachweisen. Ein Mitglied muss die Befähigung zum Richteramt haben, ein weiteres soll die Befähigung zum Richteramt haben. Alle Geschlechter sind nach Möglichkeit angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(2) Solange und soweit Mitglieder in den Medienrat nicht gewählt worden sind, verringert sich die Zahl der gesetzlichen Mitglieder nach Absatz 1 entsprechend. Dasselbe gilt bei vorzeitigem Ausscheiden von Mitgliedern aus dem Medienrat soweit und solange ein Ersatzmitglied nach Absatz 3 nicht zur Verfügung steht.</p>	<p>Absatz 1 Satz 1: Die Anzahl der Mitglieder des Medienrates soll auf 10 reduziert werden. Zurzeit besteht das Gremium aus 14 Mitgliedern (7 HH+7 SH). Angesichts der stärkeren Zentralisierung der Aufsichtsaufgaben (KEK, ZAK, KJM) bietet sich in Konsequenz auch eine größtmäßige Anpassung des Medienrates an. Eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder (bei weiterhin paritätischer Besetzung durch die Länder SH und HH) ist daher sinnvoll.</p> <p>Absatz 1 Satz 2: Die Anforderungen an die Medienratsmitglieder werden angepasst. Die Zusammensetzung soll künftig auch den Bereich Digitales abbilden.</p>
-----	--	--	--

	<p>(3) In den Ländern werden jeweils ein erstes und ein zweites Ersatzmitglied gewählt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, folgt das erste Ersatzmitglied des jeweils betroffenen Landes für den Rest der Amtszeit nach und wird Mitglied des Medienrates. Das zweite Ersatzmitglied tritt dann an die Stelle des ersten Ersatzmitgliedes.</p>	<p>(3) In den Ländern werden jeweils ein erstes und ein zweites Ersatzmitglied gewählt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, folgt das erste Ersatzmitglied des jeweils betroffenen Landes für den Rest der Amtszeit nach und wird Mitglied des Medienrates. Das zweite Ersatzmitglied tritt dann an die Stelle des ersten Ersatzmitgliedes.</p> <p>Absatz 1 Satz 3: Es wird eine moderate Herabsetzung der Anforderung an die Befähigung einzelner Mitglieder zum Richteramt, zusammen mit einer „soll“-Ergänzung vorgenommen. Dies erscheint vor dem Hintergrund des künftig verkleinerten Gremiums vertretbar. Der Medienrat benötigt als Kontrollorgan weiterhin die entsprechende juristische Expertise, um seiner Kontrollfunktion effektiv nachkommen zu können. Die Zuständigkeit des Medienrates umfassen auch sehr juristisch geprägte Aufgaben, wie den Erlass von Satzungen und die Entscheidung in OWi-Verfahren.</p> <p>Absatz 1 Satz 4: Präzisierung der Vorgaben zur geschlechterparitätischen</p>
--	--	--

			Besetzung der Gremien (Diskriminierungsverbot)
48.	<p>§ 42 Wahl des Medienrats</p> <p>(1) Sieben Mitglieder des Medienrats sowie zwei Ersatzmitglieder werden in Hamburg durch die Bürgerschaft und sieben Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder in Schleswig-Holstein durch den Landtag gewählt; eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.</p> <p>(2) Für die Wahl der Mitglieder des Medienrats ist jeweils jede gesellschaftlich relevante Gruppe, Organisation oder Vereinigung mit Sitz im jeweiligen Land vorgeschlagsberechtigt. Jeder Vorschlag muss eine Frau und einen Mann benennen. Diese Anforderung entfällt nur dann, wenn der Gruppe, Organisation oder Vereinigung auf Grund ihrer Zusammensetzung die Benennung einer Frau oder eines Mannes regelmäßig oder im Einzelfall nicht möglich ist; dies ist im Vorschlag schriftlich zu begründen.</p>	<p>§ 42 Wahl des Medienrats</p> <p>(1) Fünf Mitglieder des Medienrats sowie zwei Ersatzmitglieder werden in Hamburg durch die Bürgerschaft und fünf Mitglieder sowie zwei Ersatzmitglieder in Schleswig-Holstein durch den Landtag gewählt; eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.</p> <p>(2) Für die Wahl der Mitglieder des Medienrats ist jeweils jede gesellschaftlich relevante Gruppe, Organisation oder Vereinigung [mit Sitz im jeweiligen Land] oder mehrere der Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen gemeinsam vorgeschlagsberechtigt. Bei den Vorschlägen sind nach Möglichkeit alle Geschlechter zu berücksichtigen. Diese Anforderung entfällt nur dann, wenn der Gruppe, Organisation oder Vereinigung oder dem Zusammenschluss die Benennung unterschiedlicher Geschlechter auf Grund</p>	<p>Absatz 1: Folgeänderung. Anpassung an die neue Größe des Medienrates (s.o.)</p> <p>Absatz 2: Präzisierung der Vorgaben zur geschlechterparitätischen Besetzung der Gremien (Diskriminierungsverbot) Einführung der Möglichkeit der gemeinsamen Bestellung und von „Zusammenschlüssen“ zur gemeinsamen Bestellung durch verschiedene, aber ähnlich gelagerte Interessengruppen.</p>

	<p>(3) Die Präsidenten der Landesparlamente geben den Zeitpunkt für die Einreichung von Vorschlägen spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Medienrates im jeweiligen amtlichen Verkündungsblatt bekannt. Die Vorschläge sind bis spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Medienrats für die hamburgischen Mitglieder bei der Bürgerschaft oder für die schleswig-holsteinischen Mitglieder beim Landtag einzureichen. Bei einer Überschreitung dieser Frist findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt. In dem Vorschlag ist darzulegen, dass die vorgeschlagenen die Eignung nach § 41 haben und dass keine Unvereinbarkeit nach § 43 besteht.</p>	<p>ihrer Zusammensetzung regelmäßig oder im Einzelfall nicht möglich ist; dies ist im Vorschlag schriftlich zu begründen.</p> <p>(3) Die Präsidenten der Landesparlamente geben den Zeitpunkt für die Einreichung von Vorschlägen spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Medienrates im jeweiligen amtlichen Verkündungsblatt bekannt; sie stimmen sich bei der Durchführung des Wahlverfahrens untereinander ab. Die Vorschläge sind bis spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Medienrats für die hamburgischen Mitglieder bei der Bürgerschaft oder für die schleswig-holsteinischen Mitglieder beim Landtag einzureichen. Die Einreichung des Vorschlags in elektronischer Form ist ausreichend. Bei einer Überschreitung dieser Frist findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt. In dem Vorschlag ist darzulegen, dass die vorgeschlagenen die Eignung nach § 41 haben und dass keine Unvereinbarkeit nach § 43 besteht.</p>	<p>Absatz 3 Satz 1: Eine im Gesetz zumindest angelegte Abstimmung zwischen den Parlamenten erscheint zweckmäßig (insb. mit Blick auf die Zahl der Juristen, die gleichmäßige Anzahl der Geschlechter etc.). Einzelheiten der Zusammenarbeit sollten aber nicht vom Gesetzgeber vorgegeben werden, sondern den Parlamentspräsidenten überlassen bleiben.</p> <p>Absatz 3 Satz 3: Ergänzung dient der Erleichterung der Einreichung von Wahlvorschlägen und damit insgesamt der Erleichterung und Modernisierung der Verfahren</p>
--	--	--	--

	<p>(4) In Hamburg erfolgt die Wahl auf Grund von Wahlvorschlägen der Fraktionen im Wege der Blockwahl. Das Bestimmungsrecht der Fraktionen für die Wahlvorschläge wird in der Weise ausgeübt, dass jeder Fraktion in der Reihenfolge der Fraktionsstärken zunächst das Vorschlagsrecht für ein Mitglied zusteht. Im Übrigen ist das Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren maßgebend.</p> <p>(5) In Schleswig-Holstein erfolgt die Wahl durch den Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.</p> <p>(6) Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen, die einen Vorschlag eingereicht haben, dürfen je Land nur jeweils mit einer Person im Medienrat vertreten sein.</p> <p>(7) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, teilt der Medienrat dies dem jeweiligen Präsidenten des Landesparlamentes mit und informiert dabei über das Nachrücken der Ersatzmitglieder. Das jeweilige</p>	<p>(4) In Hamburg erfolgt die Wahl auf Grund von Wahlvorschlägen der Fraktionen im Wege der Blockwahl. Das Bestimmungsrecht der Fraktionen für die Wahlvorschläge wird in der Weise ausgeübt, dass jeder Fraktion in der Reihenfolge der Fraktionsstärken zunächst das Vorschlagsrecht für ein Mitglied zusteht. Im Übrigen ist das Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren maßgebend.</p> <p>(5) In Schleswig-Holstein erfolgt die Wahl durch den Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.</p> <p>(6) Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen oder ihre Zusammenschlüsse, die einen Vorschlag eingereicht haben, dürfen je Land nur jeweils mit einer Person im Medienrat vertreten sein.</p> <p>(7) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, teilt der Medienrat dies dem jeweiligen Präsidenten des Landesparlamentes mit und informiert dabei über das Nachrücken der Ersatzmitglieder. Das jeweilige</p>
--	---	---

	<p>Landesparlament wählt für den Rest der Amtszeit einen Nachfolger für das zweite Ersatzmitglied. Absätze 2 bis 6 und § 41 gelten entsprechend; für die Einreichung von Nachbesetzungsvorschlägen gilt eine Frist von acht Wochen.</p>	<p>Landesparlament wählt für den Rest der Amtszeit einen Nachfolger für das zweite Ersatzmitglied. Absätze 2 bis 6 und § 41 gelten entsprechend; für die Einreichung von Nachbesetzungsvorschlägen gilt eine Frist von acht Wochen.</p>	
<p>49.</p>	<p style="text-align: center;">§ 43</p> <p style="text-align: center;">Persönliche Voraussetzungen</p> <p>Mitglied des Medienrats kann nicht sein, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den gesetzgebenden oder beschließenden Organen der Europäischen Gemeinschaften, des Europarates, des Bundes oder eines der Länder angehört oder Bediensteter einer obersten Bundes- oder Landesbehörde oder einer Gebietskörperschaft ist, 2. Mitglied eines Organs, Bediensteter, ständiger freier Mitarbeiter einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ist, 	<p style="text-align: center;">§ 43</p> <p style="text-align: center;">Persönliche Voraussetzungen</p> <p>Mitglied des Medienrats kann nicht sein, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den gesetzgebenden oder beschließenden Organen der Europäischen Gemeinschaften, des Europarates, des Bundes oder eines der Länder angehört oder Bediensteter einer obersten Bundes- oder Landesbehörde oder einer Gebietskörperschaft ist, 2. Mitglied eines Organs, Bediensteter, ständiger freier Mitarbeiter einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt ist, 	

50.	<p>3. Rundfunkveranstalter oder Betreiber einer Kabelanlage oder einer anderen technischen Übertragungseinrichtung ist, zu ihnen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, von ihnen auf sonstige Weise wirtschaftlich abhängig oder an ihnen mehrheitlich beteiligt ist,</p> <p>4. wirtschaftliche oder sonstige Interessen hat, welche die Erfüllung der Aufgaben als Mitglied des Medienrats gefährden.</p> <p>Die Präsidenten der Landesparlamente stellen jeweils fest, ob einer der nach Satz 1 mit einer Mitgliedschaft unvereinbaren Gründe vorliegt; tritt ein Hinderungsgrund während der Amtszeit ein oder wird er erst während der Amtszeit bekannt, so endet die Mitgliedschaft mit der entsprechenden Feststellung durch den Präsidenten des jeweiligen Landesparlaments.</p>	<p>3. Rundfunkveranstalter oder Betreiber einer Kabelanlage infrastrukturbezogenen Medienplattform oder Betreiber von Medienintermediären oder einer anderen technischen Übertragungseinrichtung ist, zu ihnen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, von ihnen auf sonstige Weise wirtschaftlich abhängig oder an ihnen beteiligt ist, oder sonstige Interessen hat, welche die Erfüllung der Aufgaben als Mitglied des Medienrats gefährden.</p> <p>Die Präsidenten der Landesparlamente stellen jeweils fest, ob einer der nach Satz 1 mit einer Mitgliedschaft unvereinbaren Gründe vorliegt; tritt ein Hinderungsgrund während der Amtszeit ein oder wird er erst während der Amtszeit bekannt, so endet die Mitgliedschaft mit der entsprechenden Feststellung durch den Präsidenten des jeweiligen Landesparlaments.</p>	
	<p>§ 44 Amtszeit, Rechtsstellung und Vorsitz</p>	<p>§ 44 Amtszeit, Rechtsstellung und Vorsitz</p>	

	<p>(1) Die Amtszeit des Medienrats beträgt fünf Jahre und beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtszeit führt der Medienrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Medienrats weiter.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Medienrats sind ehrenamtlich tätig. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Sie erhalten ein Sitzungsgeld, das die Anstalt durch Satzung festlegt; die Satzung bedarf der Genehmigung der für die Genehmigung des Haushaltplans zuständigen Behörde. Die Reisekostenerstattung erfolgt unter Berücksichtigung des Bundesreisekostenrechts.</p> <p>(3) Der Medienrat wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Medienrat kann seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter abberufen. Nach Beendigung der Amtszeit des Vorsitzenden und bis zur Neuwahl nimmt das älteste Mitglied des Medienrats die Aufgaben des Vorsitzenden wahr.</p>	<p>(1) Die Amtszeit des Medienrats beträgt fünf Jahre und beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtszeit führt der Medienrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Medienrats weiter.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Medienrats sind ehrenamtlich tätig. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Sie erhalten ein Sitzungsgeld, das die Anstalt durch Satzung festlegt; die Satzung bedarf der Genehmigung der für die Genehmigung des Haushaltplans zuständigen Behörde. Die Reisekostenerstattung erfolgt unter Berücksichtigung des Bundesreisekostenrechts.</p> <p>(3) Der Medienrat wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Medienrat kann seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter abberufen. Nach Beendigung der Amtszeit des Vorsitzenden und bis zur Neuwahl nimmt das älteste Mitglied des Medienrats die Aufgaben des Vorsitzenden wahr.</p>
--	--	--

51.	<p style="text-align: center;">§ 45 Sitzungen</p> <p>(1) Der Medienrat tritt mindestens einmal im Vierteljahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Auf Verlangen von drei Mitgliedern ist eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Direktor und sein Stellvertreter nehmen an den Sitzungen des Medienrates teil.</p> <p>(2) Die Regierungen der Länder sind berechtigt, zu den Sitzungen des Medienrates und seiner Ausschüsse</p>	<p style="text-align: center;">§ 45 Sitzungen</p> <p>(1) Der Medienrat tritt mindestens einmal im Vierteljahr einer ordentlichen Sitzung zusammen. Auf Verlangen von drei Mitgliedern ist eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Direktorin oder der Direktor und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter nehmen an den Sitzungen des Medienrates teil.</p> <p>(1a) Ist die Durchführung der Sitzung in Form einer Präsenzsitzung aufgrund außergewöhnlicher äußerer Umstände nicht möglich, kann die Sitzung im Falle der Eilbedürftigkeit und Unaufschiebbarkeit in Form einer Video- oder Audioschaltkonferenz durchgeführt werden. Das Nähere regelt die Satzung.</p> <p>(2) Die Regierungen der Länder sind berechtigt, zu den Sitzungen des Medienrates und seiner Ausschüsse Vertreter zu</p>	<p style="text-align: center;">Absatz 1a- neu: Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der i.R.d. Corona-Pandemie zunächst im Wege der Satzungsregelung eingeführten, digitalen Sitzungsmöglichkeiten, nunmehr zukunftsgerichtet gesetzliche Einführung der Möglichkeit, Sitzungen auch als Video- oder Audioschaltkonferenz durchzuführen, wenn dies besondere Umstände (z.B. Corona-Pandemie) gebieten.</p>
-----	--	---	---

	<p>Vertreter zu entsenden. Diese Vertreter sind jederzeit zu hören.</p>	<p>entsenden. Diese Vertreter sind jederzeit zu hören.</p>	<p>Vgl. entspr. § 21 Abs. 7 NDR-StV n.F.</p>
<p>52.</p>	<p>§ 46 Beschlüsse</p> <p>(1) Der Medienrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind und mindestens neun Mitglieder anwesend sind.</p> <p>(2) Der Medienrat fasst seine Beschlüsse grundsätzlich mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder. Für Beschlüsse nach § 39 Abs. 2 Satz 2 Nummern 1, 5, 8 bis 10 und 11 sowie § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Medienrates erforderlich. Entscheidet der Medienrat über einen Widerspruch, ist die für die Ausgangsentscheidung vorgeschriebene Mehrheit erforderlich.</p>	<p>§ 46 Beschlüsse</p> <p>(1) Der Medienrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind und mindestens neun Mitglieder anwesend sind.</p> <p>(2) Der Medienrat fasst seine Beschlüsse grundsätzlich mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder. Für Beschlüsse nach § 39 Absatz 2 Satz 2 Nummern 4, 6 bis 9 sowie § 44 Absatz 3 Sätze 1 und 2 ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Medienrates erforderlich. Entscheidet der Medienrat über einen Widerspruch, ist die für die Ausgangsentscheidung vorgeschriebene Mehrheit erforderlich.</p> <p>(2a) Wird die Sitzung gemäß § 45 Absatz 1a durchgeführt, sind Beschlüsse im unmittelbaren Anschluss an die Video- oder Audioschaltkonferenz in einem schriftlichen</p>	<p>Absatz 2: Einfache Mehrheit für Zulassungsentscheidungen nach § 39 Absatz 2 Satz 2 Nr.1, da es sich faktisch um eine gebundene Entscheidung handelt – beim Vorliegen der Voraussetzungen ohne Ermessen.</p> <p>Absatz 2 a-neu: Die Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren im Anschluss an eine Video- oder</p>

	<p>(3) Beschlussvorlagen sind den Mitgliedern und der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde mindestens eine Woche vor der Sitzung vorzulegen. Maßgeblich ist der tatsächliche Eingang der Unterlagen. Die Unterlagen gelten am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als zugegangen, es sei denn, dass diese nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen sind. Der Tag der Aufgabe zur Post ist in den Akten zu vermerken. In besonders dringenden Fällen kann der Medienrat mit der Mehrheit gemäß Absatz 2 Satz 2 Ausnahmen beschließen.</p> <p>(4) Der Medienrat kann den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter mit den für die</p>	<p>Verfahren entsprechend § 46 Absatz 2 zu fassen. Stimmberechtigt sind ausschließlich die Mitglieder des Medienrates, die an der entsprechenden Video- oder Audioschaltkonferenz teilgenommen haben. Eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren ist nicht möglich, wenn ihr mindestens drei Mitglieder des Medienrates widersprechen.</p> <p>(3) Beschlussvorlagen sind den Mitgliedern und der für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörde mindestens eine Woche vor der Sitzung vorzulegen. Maßgeblich ist der tatsächliche Eingang der Unterlagen. Die Unterlagen gelten am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als zugegangen, es sei denn, dass diese nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen sind. Der Tag der Aufgabe zur Post ist in den Akten zu vermerken. In besonders dringenden Fällen kann der Medienrat mit der Mehrheit gemäß Absatz 2 Satz 2 Ausnahmen beschließen.</p> <p>(4) Der Medienrat kann den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter mit den für die jeweiligen</p>	<p>Audioschaltkonferenz soll gewährleisten, dass der Charakter einer Gremiensitzung in Präsenz soweit wie möglich gewahrt wird. Dem Schriftformerfordernis wird durch Fax, E-Mail oder geeignete digitale Kommunikationsformen genüge getan, soweit sich aus diesen die Person des Erklärenden und dessen Erklärungswille eindeutig ergibt. Nur die Teilnehmer der Schaltkonferenz dürfen an der jeweiligen schriftlichen Beschlussfassung teilnehmen. Durch die Widerspruchsmöglichkeit wird gewährleistet, dass die Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren nicht gegen den Willen der Mitglieder des Medienrates erfolgt.</p>
--	--	--	--

	<p>jeweiligen Beschlüsse geltenden Mehrheiten ermächtigen, gemeinsam in dringenden Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des Medienrates nicht kurzfristig herbeigeführt werden kann, Beschlüsse für den Medienrat zu fassen. Der Medienrat ist in seiner nächsten Sitzung über die Beschlüsse zu unterrichten; er kann sie mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen aufheben.</p> <p>(5) Das Nähere regelt die Satzung.</p>	<p>Beschlüsse geltenden Mehrheiten ermächtigen, gemeinsam in dringenden Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des Medienrates nicht kurzfristig herbeigeführt werden kann, Beschlüsse für den Medienrat zu fassen. Der Medienrat ist in seiner nächsten Sitzung über die Beschlüsse zu unterrichten; er kann sie mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen aufheben.</p> <p>(5) Das Nähere regelt die Satzung.</p>	
<p>53.</p>	<p>§ 47 Direktor</p> <p>(1) Der Medienrat wählt den Direktor auf die Dauer von fünf Jahren. Nach Ablauf der Amtszeit führt der Direktor die Geschäfte bis zum Amtsantritt des Nachfolgers weiter. Der Medienrat kann den Direktor aus wichtigem Grund abberufen.</p>	<p>§ 47 Direktorin, Direktor</p> <p>(1) Die Direktorin oder der Direktor wird vom Medienrat nach öffentlicher Ausschreibung der zu besetzenden Stelle auf die Dauer von fünf Jahren gewählt; mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Medienrates kann im Falle der beabsichtigten Wiederwahl von einer Ausschreibung abgesehen werden. Zweimalige Wiederwahl ist zulässig. Nach Ablauf der Amtszeit führt die Direktorin oder der Direktor die Geschäfte bis zum Amtsantritt</p>	<p>Absatz 1: Klarstellung, dass künftig die Direktorenstelle ausgeschrieben werden muss. Zurzeit kann der Medienrat den Direktor ohne Ausschreibung im Amt bestätigen. Dies nimmt qualifizierten Bewerbern die Chance der Präsentation und kann sich somit negativ auf eine innovative Weiterentwicklung der Anstalt auswirken. Eine Pflicht zur Ausschreibung (analog z.B.: NI),</p>

	<p>(2) Für den Direktor findet § 43 entsprechende Anwendung. Er darf dem Medienrat nicht angehören und soll die Befähigung zum Richteramt haben.</p> <p>(3) Der Direktor vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Die Satzung regelt die Vertretungsbefugnis. In der Satzung werden auch die Fälle bestimmt, in denen der Direktor zur Vertretung der Mitzeichnung bedarf.</p> <p>(4) Der Direktor führt die laufenden Geschäfte der Anstalt. Er hat vor allem folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Medienrates, 2. Überprüfung der Einhaltung der Zulassungs- und Zuweisungsbescheide 	<p>des Nachfolgers weiter. Der Medienrat kann die Direktorin oder den Direktor aus wichtigem Grund abberufen.</p> <p>(2) Für die Direktorin oder den Direktor findet § 43 entsprechende Anwendung. Sie oder er darf dem Medienrat nicht angehören und soll die Befähigung zum Richteramt haben.</p> <p>(3) Die Direktorin oder der Direktor vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Die Satzung regelt die Vertretungsbefugnis. In der Satzung werden auch die Fälle bestimmt, in denen die Direktorin oder der Direktor zur Vertretung der Mitzeichnung bedarf.</p> <p>(4) Die Direktorin oder der Direktor führt die laufenden Geschäfte der Anstalt. Er hat vor allem folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Medienrates, 2. Überprüfung der Einhaltung der Zulassungs- und Zuweisungsbescheide 	<p>NW) kann einer Stagnation entgegenwirken und zu einer positiven Entwicklung der Anstalt beitragen.</p> <p>Des Weiteren Begrenzung der Amtszeit des Direktors auf Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung bei 5-jähriger Periode.</p> <p>Durch die Möglichkeit der mehrmaligen Wiederwahl des Direktors kann es zu einer „Verkrustung“ und einer fehlenden Kreativität /Innovationskraft kommen. Eine Begrenzung der Wiederwahl des Direktors würde die stetige Innovation der Medienanstalt fördern und einer Stagnation dieser entgegenwirken.</p> <p>Eine zweimalige Verlängerung für 5 Jahre analog der Bestimmung des NDR-StV beim Intendanten erscheint zielführend.</p>
--	---	--	---

	<p>einschließlich der Beteiligung bei späteren Änderungen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Festsetzung und Einziehung der Gebühren, Auslagen und Abgaben, 4. Wahrnehmung der ihm durch Satzung übertragenen Aufgaben, 5. Aufstellung des Haushaltsplans und Feststellung des Jahresabschlusses der Anstalt, 6. Erstellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts und dessen Veröffentlichung, 7. Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Bediensteten der Anstalt und Wahrnehmung der Befugnisse des Arbeitgebers, 8. Zusammenarbeit mit anderen Landesmedienanstalten, 9. Ausübung der Auskunftsrechte und Ermittlungsbefugnisse zur Sicherung der 	<p>einschließlich der Beteiligung bei späteren Änderungen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Festsetzung und Einziehung der Gebühren, Auslagen und Abgaben, 4. Wahrnehmung der ihm durch Satzung übertragenen Aufgaben, 5. Aufstellung des Haushaltsplans und Feststellung des Jahresabschlusses der Anstalt, 6. Erstellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts und dessen Veröffentlichung, 7. Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Bediensteten der Anstalt und Wahrnehmung der Befugnisse des Arbeitgebers, 8. Zusammenarbeit mit anderen Landesmedienanstalten, 9. Ausübung der Auskunftsrechte und Ermittlungsbefugnisse zur Sicherung der
--	---	---

	<p>Meinungsvielfalt (§ 1 Abs. 2 Nummer 3 dieses Staatsvertrages in Verbindung mit § 22 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages),</p> <p>10. Hinwirken auf eine sachgerechte Lösung bei Anrufung wegen Uneinigkeit über die Aufnahme eines Angebots in eine Medienplattform oder die Bedingungen der Aufnahme gem. § 83 Abs. 3 Medienstaatsvertrag,</p> <p>11. Ausführung der Beschlüsse von ZAK, KJM und GVK einschließlich der Ausführung der Entscheidungen über Ordnungswidrigkeiten,</p> <p>12. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 16 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 des Telemediengesetzes.</p>	<p>Meinungsvielfalt (§ 1 Absatz 2 Nummer 3 dieses Staatsvertrages in Verbindung mit § 56 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages),</p> <p>10. Hinwirken auf eine sachgerechte Lösung bei Anrufung wegen Uneinigkeit über die Aufnahme eines Angebots in eine Medienplattform oder die Bedingungen der Aufnahme gem. § 83 Absatz 3 Medienstaatsvertrag,</p> <p>11. Ausführung der Beschlüsse von ZAK, KJM und GVK einschließlich der Ausführung der Entscheidungen über Ordnungswidrigkeiten,</p> <p>12. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 16 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 1 bis 2a des Telemediengesetzes,</p> <p>13. Entscheidung über die Förderung nach § 37 Absatz 2 Satz 4 und § 55 Absatz 2 Satz 2 und über</p>	<p>Absatz 4 Nr. 12: Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 16 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 des Telemediengesetzes. Erweiterung des TB des § 16 TMG um Abs. 1 Nummer 1-neu (bzgl. § 2c i.V.m. § 2b TMG); bisherige Nummer 1 ist jetzt Nummer 2.</p> <p>Die neue Nummer 2a des Absatzes 2 dient der effektiven Durchsetzung der Pflichten aus § 10a Absatz 1 TMG (Verfahren zur Meldung von Nutzerbeschwerden) und § 10b Absatz 1 TMG (Verfahren zur Abhilfe von Nutzerbeschwerden).</p> <p>Absatz 4 Nr. 13-neu: Bei gebundenen Entscheidungen bezüglich der Vergabe von Finanzmitteln erscheint eine Zuständigkeit des Direktors sinnvoll (s.o. zum Medienrat Ziff. 46, § 39).</p>
--	---	--	---

	<p>Er ist gesetzlicher Vertreter im Sinne von § 35 Abs. 3 und 5 Nr. 2 sowie § 37 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages.</p> <p>(5) Der Direktor ist oberste Dienstbehörde und Dienstvorgesetzter der Beamten der Anstalt.</p> <p>(6) Ständiger Vertreter im Sinne von § 35 Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages ist der Stellvertreter des Direktors.</p>	<p>diesbezügliche Förderrichtlinien, sowie über die Förderung nach § 38 Absatz 2 Satz 5, sofern es sich um gebundene Entscheidungen handelt,</p> <p>14. Änderungen von Beteiligungen in Höhe von maximal 5 von 100 und</p> <p>15. Information des Medienrates über die Entscheidungen des Direktors gemäß § 47 Absatz 4 Nr. 13 und 14.</p> <p>Sie oder er ist gesetzliche Vertreterin oder gesetzlicher Vertreter im Sinne von § 104 Absatz 3 und 5 Nummer 2 sowie § 107 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(5) Die Direktorin oder der Direktor ist oberste Dienstbehörde und Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Beamten der Anstalt.</p> <p>(6) Ständiger Vertreter im Sinne von § 104 Absatz 3 des Medienstaatsvertrages ist die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der Direktorin oder des Direktors.</p>	<p>Absatz 4 Nr. 14-neu Die Zuständigkeit des Direktors soll sich auf tatsächliche de minimis-Fälle/geringfügige Fälle beschränken.</p> <p>Absatz 4 Nr. 15-neu Verpflichtung des Direktors über seine Entscheidungen bzgl. Nr. 13 und 14 den Medienrat zu informieren.</p>
--	--	--	---

54.	<p style="text-align: center;">§ 48</p> <p style="text-align: center;">Finanzierung der Anstalt</p> <p>(1) Die Anstalt trägt alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kosten. Sie finanziert sich aus eigenen Einnahmen (Gebühren, Auslagen) sowie aus einem Anteil an dem Rundfunkbeitrag gemäß § 55. Das Verwaltungskostengesetz des Sitzlandes gilt entsprechend.</p> <p>(2) Für Amtshandlungen gegenüber einem Antragsteller, einem Rundfunkveranstalter, einem Plattformanbieter oder einem Betreiber einer Kabelanlage erhebt die Anstalt Verwaltungsgebühren und Auslagen. Die Einzelheiten über die Gebühren einschließlich der Gebührentatbestände und Gebührensätze sowie über die Auslagen werden durch Satzung der Anstalt festgestellt.</p> <p>(3) Die Satzung bedarf der Zustimmung der für die Genehmigung des Haushaltsplans zuständigen Behörde.</p>	<p style="text-align: center;">§ 48</p> <p style="text-align: center;">Finanzierung der Anstalt</p> <p>(1) Die Anstalt trägt alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kosten. Sie finanziert sich aus eigenen Einnahmen (Gebühren, Auslagen) sowie aus einem Anteil an dem Rundfunkbeitrag gemäß § 55. Das Verwaltungskostengesetz des Sitzlandes gilt entsprechend.</p> <p>(2) Für Amtshandlungen gegenüber einem Antragsteller, einem Rundfunkveranstalter und Telemedienanbieter, gegenüber einem Medienplattform- und Benutzeroberflächenanbieter erhebt die Anstalt Verwaltungsgebühren und Auslagen. Die Einzelheiten über die Gebühren einschließlich der Gebührentatbestände und Gebührensätze sowie über die Auslagen werden durch Satzung der Anstalt festgestellt.</p> <p>(3) Die Satzung bedarf der Zustimmung der für die Genehmigung des Haushaltsplans zuständigen Behörde.</p>	<p style="text-align: center;">Absatz 2</p> <p style="text-align: center;">Aufgrund der neuen Systematik wird nicht mehr zwischen Kabelanlageanbieter und Plattformanbieter differenziert, hier Vereinheitlichung- „Medienplattform“ geboten.</p> <p style="text-align: center;">Ergänzung um Telemedienanbieter und Benutzeroberflächen</p>
-----	---	---	---

55.	<p>§ 49 Haushaltswesen</p> <p>(1) Für die Anstalt gelten die §§ 105 bis 107 und 109 bis 111 der Landeshaushaltsordnung des Landes Schleswig-Holstein entsprechend. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung der Behörde nach § 50 Abs. 1. Er ist spätestens zwei Monate vor Ablauf des Haushaltsjahres vorzulegen.</p> <p>(2) Das Nähere zur Aufstellung des Haushaltsplanes und der Jahresabrechnung sowie zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung regelt die Anstalt durch Satzungen, die der Genehmigung der Behörde nach § 50 Abs. 1 bedarf.</p> <p>(3) Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft kann die Anstalt Rücklagen für besondere mittelfristige Projekte und Investitionen bilden, soweit dies für die stetige Erfüllung</p>	<p>§ 49 Haushaltswesen</p> <p>(1) Für die Anstalt gelten die §§ 106 bis 107 und 109 bis 111 der Landeshaushaltsordnung des Landes Schleswig-Holstein entsprechend. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung der Behörde nach § 50 Absatz 1. Er ist spätestens zwei Monate vor Ablauf des Haushaltsjahres vorzulegen.</p> <p>(2) Das Nähere zur Aufstellung des Haushaltsplanes und der Jahresabrechnung sowie zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung regelt die Anstalt durch Satzungen, die der Genehmigung der Behörde nach § 50 Absatz 1 bedarf.</p> <p>(3) Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft kann die Anstalt Rücklagen für besondere mittelfristige Projekte und Investitionen bilden, soweit dies für die stetige Erfüllung</p>	<p>Absatz 1: Streichung des Verweises Abs. 1 Satz 1 auf § 105 LHO SH, weil dadurch die Regelung in § 105 LHO eigentlich ausgehebelt wird.</p>
-----	--	--	--

	<p>ihrer Aufgaben notwendig ist. Die jährliche Zuführung auf Rücklagen darf insgesamt 5 vom Hundert der jährlichen Einnahmen nicht übersteigen. Grund, Höhe und Zeitraum jeder Rücklage sind im Haushaltsplan zu begründen.</p> <p>(4) Die Rechnungshöfe der Länder prüfen die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gemeinsam.</p>	<p>ihrer Aufgaben notwendig ist. Die jährliche Zuführung auf Rücklagen darf insgesamt 5 vom Hundert der jährlichen Einnahmen nicht übersteigen. Grund, Höhe und Zeitraum jeder Rücklage sind im Haushaltsplan zu begründen.</p> <p>(4) Die Rechnungshöfe der Länder prüfen die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gemeinsam.</p>	
56.	<p>§ 50 Rechtsaufsicht</p> <p>(1) Die Regierungen der Länder führen die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages und der allgemeinen Rechtsvorschriften durch die Anstalt. Sie nehmen diese Aufgabe durch die Regierung eines der Länder im Wechsel von fünfzehn Monaten wahr. Der Wechsel erfolgt in der Reihenfolge Hamburg – Schleswig-Holstein. Die jeweils Aufsicht führende Regierung beteiligt die andere Regierung vor Einleitung von Maßnahmen und bemüht sich um ein Einvernehmen. Die</p>	<p>§ 50 Rechtsaufsicht</p> <p>(1) Die Regierungen der Länder führen die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen dieses Staatsvertrages und der allgemeinen Rechtsvorschriften durch die Anstalt. Sie nehmen diese Aufgabe durch die Regierung eines der Länder im Wechsel von fünfzehn Monaten wahr. Der Wechsel erfolgt in der Reihenfolge Hamburg – Schleswig-Holstein. Die jeweils Aufsicht führende Regierung beteiligt die andere Regierung vor Einleitung von Maßnahmen und bemüht sich um ein Einvernehmen. Die</p>	

	<p>Anstalt hat die zur Vorbereitung der Rechtsaufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen.</p> <p>(2) Die Rechtsaufsicht ist berechtigt, den Medienrat oder den Direktor schriftlich auf Maßnahmen oder Unterlassungen der Anstalt hinzuweisen, die diesen Staatsvertrag oder die allgemeinen Rechtsvorschriften verletzen, und sie aufzufordern, die aufzufordern, die Rechtsverletzung zu beseitigen. Wird die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines von der Rechtsaufsicht bestimmten angemessenen Zeitraums behoben, weist sie den Medienrat oder den Direktor an, im Einzelnen festgelegte Maßnahmen auf Kosten der Anstalt durchzuführen. In Programmangelegenheiten sind Weisungen ausgeschlossen.</p>	<p>Anstalt hat die zur Vorbereitung der Rechtsaufsicht erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen.</p> <p>(2) Die Rechtsaufsicht ist berechtigt, den Medienrat oder den Direktor schriftlich auf Maßnahmen oder Unterlassungen der Anstalt hinzuweisen, die diesen Staatsvertrag oder die allgemeinen Rechtsvorschriften verletzen, und sie aufzufordern, die Rechtsverletzung zu beseitigen. Wird die Rechtsverletzung nicht innerhalb eines von der Rechtsaufsicht bestimmten angemessenen Zeitraums behoben, weist sie den Medienrat oder den Direktor an, im Einzelnen festgelegte Maßnahmen auf Kosten der Anstalt durchzuführen. In Programmangelegenheiten sind Weisungen ausgeschlossen.</p>	
57.		<p>IX. Abschnitt Rechtsbehelfe, Ordnungswidrigkeiten</p> <p>§ 51 Vorverfahren</p>	<p>Neuregelung:</p>

		<p>Gegen Entscheidungen nach diesem Staatsvertrag kann der Betroffene entweder ein Vorverfahren nach § 68 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung durchführen oder unmittelbar Klage erheben.</p>	<p>Das Widerspruchsverfahren gegen sämtliche hoheitlichen, Entscheidungen der MA HSH nach diesem StV (insb. Zulassung, Zuordnung etc.) wird fakultativ ausgestaltet. Den Betroffenen soll das aus ihrer Sicht geeignete Mittel zur Rechtsverfolgung belassen werden, sodass künftig grds. Wahlfreiheit zwischen vorgeschalteter Einlegung eines Widerspruchs oder direkter Klageerhebung besteht. Die Reduzierung der Widerspruchsverfahren ist ein Akt der Entbürokratisierung, insb. vor dem Hintergrund, dass es keine eigentliche Widerspruchsbehörde gibt. Dies entlastet die Anstalt und die Betroffenen von Bürokratie sowie die Betroffenen von Verfahrenskosten und beschleunigt insb. für die Betroffenen das Verfahren.</p>
--	--	---	--

58.	<p style="text-align: center;">§ 51</p> <p style="text-align: center;">Ordnungswidrige Handlungen</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> als Veranstalter von Rundfunk nach § 2 Abs. 2 die Tatbestände des § 49 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 15 und Nr. 19 bis 24 sowie Satz 2 Nr. 1 bis 4 des Rundfunkstaatsvertrages erfüllt oder Sendungen für Kinder durch Werbung oder Teleshopping unterbricht, als Betreiber oder Anbieter die Tatbestände des § 49 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 bis 16 des Rundfunkstaatsvertrages erfüllt, als Anbieter von nicht länderübergreifenden Angeboten gegen Bestimmungen des § 24 des 	<p style="text-align: center;">§ 52</p> <p style="text-align: center;">Ordnungswidrige Handlungen</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> als Rundfunkveranstalter oder Telemedienanbieter im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 durch ein nicht bundesweit ausgerichtetes privates Angebot einen der Tatbestände des § 115 Absatz 1 mit Ausnahme von Satz 1 Nummer 2 und 18 bis 20 sowie von Satz 2 Nummer 13 bis 23 und 49 bis 50 des Medienstaatsvertrages erfüllt, als Betreiber oder Anbieter die Tatbestände des § 49 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 bis 16 des Rundfunkstaatsvertrages erfüllt; als Anbieter von nicht länderübergreifenden Angeboten gegen Bestimmungen des § 24 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages verstößt. 	<p>Änderung: Eine Anpassung des § 1 Absatz 1 Satz 1 mit Blick auf die zu erfassenden nur auf HH und SH ausgerichteten Angebote ist erfolgt. Sofern Pauschalverweis möglich, könnte Nr. 2-alt entfallen.</p> <p>Anpassung an Terminologie des MStV. Aufgrund der Ausweitung auf Telemedienanbieter (Auch in § 115 Abs. 1 S. 2 MStV) kommt Formulierung in § 2 Abs. 2 (i.S.v. „...durch ein Landesprogramm oder ein Länderprogramm...“) nicht mehr in Betracht.</p> <p>Nr. 1, 2. Var. kann entfallen, da bereits von Verweis auf § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 12, S. 2 Nr. 20 MStV (bisher: § 49 Abs. 1 S. 1 Nr. 11, S. 2 Nr. 24 RStV) erfasst.</p> <p>Hinweis:</p>
-----	---	---	--

	<p>Jugendmedienschutz-Staatsvertrages verstößt.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500 000 Euro geahndet werden.</p> <p>(3) Die Anstalt ist zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten für die Ordnungswidrigkeiten gemäß Absatz 1 Nr. 1 bis 4. Bei bundesweit verbreiteten Programmen hat die Anstalt die übrigen Landesmedienanstalten unverzüglich zu unterrichten. Die für Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 verhängten Bußgelder stehen der Anstalt zu.</p> <p>(4) Die Verfolgung der in Absatz 1 genannten Ordnungswidrigkeiten verjährt in 6 Monaten. Der Lauf der Frist beginnt mit der Sendung. Mit der Wiederholung der</p>	<p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500 000 Euro geahndet werden.</p> <p>(3) Die Anstalt ist zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten für die Ordnungswidrigkeiten gemäß Absatz 1 Nummer 1 bis 4. Bei bundesweit verbreiteten Programmen hat die Anstalt die übrigen Landesmedienanstalten unverzüglich zu unterrichten. Die für Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 verhängten Bußgelder stehen der Anstalt zu.</p> <p>(4) Die Verfolgung der in Absatz 1 genannten Ordnungswidrigkeiten verjährt in 6 Monaten. Der Lauf der Frist beginnt mit der Sendung. Mit der Wiederholung der</p>	<p>§ 49 Abs. 1 S. 1 Nrn. 23 ff. RStV schon mWv 25.5.2018 entfallen. Hinweis: § 49 Abs. 1 S. 2 Nr. 14 RStV hat kein Gegenstück im MStV</p> <p>Hinweis: § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 2 Nr. 30-37, 39, 41-47 MStV (Medienplattformen und Medienintermediäre) sind neu/haben kein Gegenstück im RStV</p>
59.	<p>§ 52 Strafbestimmung</p>	<p>§ 53 Strafbestimmung</p>	

	<p>Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 Satz 1 Nummer 3 und Satz 2 des Jugendmedienschutz- Staatsvertrages Angebote verbreitet oder zugänglich macht, die offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Freiheitsstrafe bis zu sechs Monate oder die Geldstrafe bis zu 180 Tagessätze.</p>	<p>Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 5 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Absatz. 2 Satz 1 Nummer 3 und Satz 2 des Jugendmedienschutz- Staatsvertrages Angebote verbreitet oder zugänglich macht, die offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Freiheitsstrafe bis zu sechs Monate oder die Geldstrafe bis zu 180 Tagessätze.</p>	
60.	<p>§ 53 Modellversuche</p>	<p>X. Abschnitt Modellversuche, Veranstaltungsrundfunk § 54 Modellversuche</p>	

	<p>(1) Um neue Rundfunktechniken, -programmformen und -dienste zu erproben, kann die Anstalt befristete Modellversuche für die Dauer von bis zu drei Jahren zulassen oder im Benehmen mit dem Netzbetreiber durchführen. Dabei können auch multimediale Angebote berücksichtigt werden. In begründeten Fällen ist eine Verlängerung der Versuchsdauer zulässig.</p> <p>(2) Für Modellversuche gelten die Vorschriften dieses Staatsvertrages sinngemäß. Die Anstalt kann von ihnen abweichende und ergänzende Regelungen treffen, soweit der Versuchszweck dies erfordert; gleiche Zugangschancen sowie eine Vielfalt der Versuchsformen sind zu gewährleisten. Soweit erforderlich, kann die Anstalt auch Regelungen zur Nutzung der für Modellversuche zur Verfügung stehenden Übertragungskapazitäten treffen.</p> <p>(3) Das Nähere zur Ausgestaltung eines Modellversuchs legt die Anstalt in der Ausschreibung und in der Zulassung fest.</p>	<p>(1) Um neue Rundfunktechniken, -programmformen und -dienste zu erproben, kann die Anstalt befristete Modellversuche für die Dauer von bis zu drei Jahren zulassen oder im Benehmen mit dem Netzbetreiber durchführen. Dabei können auch multimediale Angebote berücksichtigt werden. In begründeten Fällen ist eine Verlängerung der Versuchsdauer zulässig.</p> <p>(2) Für Modellversuche gelten die Vorschriften dieses Staatsvertrages sinngemäß. Die Anstalt kann von ihnen abweichende und ergänzende Regelungen treffen, soweit der Versuchszweck dies erfordert; gleiche Zugangschancen sowie eine Vielfalt der Versuchsformen sind zu gewährleisten. Soweit erforderlich, kann die Anstalt auch Regelungen zur Nutzung der für Modellversuche zur Verfügung stehenden Übertragungskapazitäten treffen.</p> <p>(3) Das Nähere zur Ausgestaltung eines Modellversuchs legt die Anstalt in der Ausschreibung und in der Zulassung fest.</p>
--	---	---

<p>61.</p>	<p>§ 54 Veranstaltungsrundfunk, Sendungen in Gebäuden</p> <p>(1) Die Anstalt weist zur Verfügung stehende Übertragungskapazitäten ohne Ausschreibung zu, wenn Sendungen</p> <p>1. im örtlichen Bereich einer öffentlichen Veranstaltung und im zeitlichen Zusammenhang damit veranstaltet und verbreitet werden oder</p> <p>2. für eine Mehrzahl von Einrichtungen angeboten werden, wenn diese für gleiche Zwecke genutzt und die Sendungen nur dort empfangen werden können und im funktionellen Zusammenhang mit den in diesen Einrichtungen zu erfüllenden Aufgaben stehen.</p> <p>(2) Beschränken sich Sendungen auf ein Gebäude oder einen zusammengehörenden Gebäudekomplex, können die Sendungen ohne Zulassung durchgeführt werden.</p>	<p>§-54 Veranstaltungsrundfunk, Sendungen in Gebäuden</p> <p>(1) Die Anstalt weist zur Verfügung stehende Übertragungskapazitäten ohne Ausschreibung zu, wenn Sendungen</p> <p>1. im örtlichen Bereich einer öffentlichen Veranstaltung und im zeitlichen Zusammenhang damit veranstaltet und verbreitet werden oder</p> <p>2. für eine Mehrzahl von Einrichtungen angeboten werden, wenn diese für gleiche Zwecke genutzt und die Sendungen nur dort empfangen werden können und im funktionellen Zusammenhang mit den in diesen Einrichtungen zu erfüllenden Aufgaben stehen.</p> <p>(2) Beschränken sich Sendungen auf ein Gebäude oder einen zusammengehörenden Gebäudekomplex, können die Sendungen ohne Zulassung durchgeführt werden.</p>	<p>Streichung der Norm, die Norm ist überflüssig, da eine dem § 54 MStV entsprechende Norm - § 17 Absatz 4 - eingeführt wird.</p>
------------	--	--	--

	<p>(3) Die Einzelheiten zu den Absätzen 1 und 2 regelt die Anstalt durch Satzung, die der Genehmigung der Behörde nach § 50 Abs. 1 bedarf.</p>	<p>(3) Die Einzelheiten zu den Absätzen 1 und 2 regelt die Anstalt durch Satzung, die der Genehmigung der Behörde nach § 50 Abs. 1 bedarf.</p>	
<p>62.</p>	<p style="text-align: center;">§ 55</p> <p style="text-align: center;">Finanzierung besonderer Aufgaben gemäß</p> <p style="text-align: center;">§ 40 des Rundfunkstaatsvertrages</p> <p>(1) Der sich in den Ländern nach § 40 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages in Verbindung mit § 10 Absatz 4 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages ergebende Nettobetrag des Rundfunkbeitragsanteils wird auf der Grundlage der nachstehenden Absätze 2 bis 4 in den Ländern gemeinsam verwendet.</p> <p>(2) Der Anstalt stehen unbeschadet des Absatzes 4 Satz 2 für die Erfüllung ihrer Aufgaben 32,0 vom Hundert des</p>	<p style="text-align: center;">XI. Abschnitt</p> <p style="text-align: center;">Finanzierung besonderer Aufgaben</p> <p style="text-align: center;">§ 55</p> <p style="text-align: center;">Finanzierung besonderer Aufgaben gemäß</p> <p style="text-align: center;">§ 112 des Medienstaatsvertrages</p> <p>(1) Der sich in den Ländern nach § 112 Absatz 1 des Medienstaatsvertrages in Verbindung mit § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages ergebende Nettobetrag des Rundfunkbeitragsanteils wird auf der Grundlage der nachstehenden Absätze 2 bis 4 in den Ländern gemeinsam verwendet.</p> <p>(2) Der Anstalt stehen unbeschadet des Absatzes 4 Satz 2 für die Erfüllung ihrer Aufgaben 32,0 vom Hundert des</p>	<p>Abs. 1: Berichtigung eines redaktionellen Fehlers: Es muss Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag lauten (vgl. § 112 MStV sowie Sinn und Zweck).</p>

	<p>Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu. Davon soll sie bis zu 3,2 vom Hundert für die finanzielle Unterstützung der nichtkommerziellen terrestrischen Veranstaltung von Rundfunk verwenden.</p> <p>(3) Den Trägern der Bürgermedien nach dem Sechsten Abschnitt stehen 34,9 vom Hundert des Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu, und zwar 10,8 vom Hundert dem Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanal und 24,1 vom Hundert dem Offenen Kanal in Schleswig-Holstein.</p> <p>(4) Dem Norddeutschen Rundfunk stehen 33,1 vom Hundert des Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu. Ferner stehen ihm die Mittel zu, die von der Anstalt nach Absatz 2 und den Trägern der Bürgermedien nach Absatz 3 nicht in Anspruch genommen werden. Er verwendet die Mittel nach Satz 1 für die Förderung des Medienstandortes Hamburg und Schleswig-Holstein, davon</p>	<p>Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu. Davon soll sie bis zu 3,2 vom Hundert für die finanzielle Unterstützung der nichtkommerziellen terrestrischen Veranstaltung von Rundfunk verwenden.</p> <p>(3) Den Trägern der Bürgermedien nach dem Sechsten Abschnitt stehen 34,9 vom Hundert des Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu, und zwar 10,8 vom Hundert dem Hamburgischen Bürger- und Ausbildungskanal und 24,1 vom Hundert dem Offenen Kanal in Schleswig-Holstein.</p> <p>(4) Dem Norddeutschen Rundfunk stehen 33,1 vom Hundert des Rundfunkbeitragsanteils nach Absatz 1 zu. Ferner stehen ihm die Mittel zu, die von der Anstalt nach Absatz 2 und den Trägern der Bürgermedien nach Absatz 3 nicht in Anspruch genommen werden. Er verwendet die Mittel nach Satz 1 für die Förderung des Medienstandortes Hamburg und Schleswig-Holstein, davon</p>
--	---	---

	<p>1. 4,6 vom Hundert jährlich zur Förderung der Hamburg Media School,</p> <p>2. 3,1 vom Hundert jährlich zur Förderung des Hans-Bredow-Instituts,</p> <p>3. 25,4 vom Hundert zur Unterstützung der Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH, und zwar davon</p> <p>a) 22,3 vom Hundert jährlich für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen und die Beratung von Produktionsunternehmen und</p> <p>b) 3,1 vom Hundert jährlich für ihre Filmwerkstatt in Kiel und für die Förderung von Filmfestivals in Schleswig-Holstein.</p> <p>Die Mittel nach Satz 2 verwendet der Norddeutsche Rundfunk für Zwecke der Aus- und Weiterbildung im Medienbereich, insbesondere für die Unterstützung von Projekten der Zusammenarbeit von schleswig-holsteinischen und hamburgischen</p>	<p>1. 4,6 vom Hundert jährlich zur Förderung der Hamburg Media School,</p> <p>2. 3,1 vom Hundert jährlich zur Förderung des Hans-Bredow-Instituts,</p> <p>3. 25,4 vom Hundert zur Unterstützung der Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH, und zwar davon</p> <p>a) 22,3 vom Hundert jährlich für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen und die Beratung von Produktionsunternehmen und</p> <p>b) 3,1 vom Hundert jährlich für ihre Filmwerkstatt in Kiel und für die Förderung von Filmfestivals in Schleswig-Holstein.</p> <p>Die Mittel nach Satz 2 verwendet der Norddeutsche Rundfunk für Zwecke der Aus- und Weiterbildung im Medienbereich, insbesondere für die Unterstützung von Projekten der Zusammenarbeit von schleswig-holsteinischen und hamburgischen</p>
--	---	---

	<p>Ausbildungseinrichtungen im Medienbereich. Beim Norddeutschen Rundfunk bei Inkrafttreten des Sechsten Medienänderungsstaatsvertrages HSH bestehende Rücklagenmittel aus dem Aufkommen nach Absatz 1 sollen auslaufend verwendet werden für Maßnahmen nach Satz 4 und für die finanzielle Unterstützung von Projekten der Medienkompetenzförderung, die Dritte durchführen, sowie für die Bearbeitung der Förderungen. Eine Förderung von kommerziellen Rundfunkveranstaltern aus den Mitteln nach Abs. 1 ist ausgeschlossen.</p>	<p>Ausbildungseinrichtungen im Medienbereich. Beim Norddeutschen Rundfunk bei Inkrafttreten des Sechsten Medienänderungsstaatsvertrages HSH bestehende Rücklagenmittel aus dem Aufkommen nach Absatz 1 sollen auslaufend verwendet werden für Maßnahmen nach Satz 4 und für die finanzielle Unterstützung von Projekten der Medienkompetenzförderung, die Dritte durchführen, sowie für die Bearbeitung der Förderungen. Eine Förderung von kommerziellen Rundfunkveranstaltern aus den Mitteln nach Abs. 1 ist ausgeschlossen.</p>
63.	<p style="text-align: center;">§ 56 Kündigung</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag kann von den Ländern erstmals zum 1. Januar 2012 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre. Wird der Staatsvertrag</p>	<p style="text-align: center;">XII. Abschnitt Übergangs- und Schlussvorschriften</p> <p style="text-align: center;">§ 56 Kündigung</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag kann von den Ländern erstmals zum XXX gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre. Wird der Staatsvertrag nicht gekündigt,</p>

	<p>nicht gekündigt, verlängert er sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre. Im Falle der Kündigung tritt der Staatsvertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist außer Kraft und die Anstalt ist aufgelöst.</p> <p>(2) Nach der Kündigung oder Auflösung der Anstalt durch Vereinbarung schließen die Länder einen Staatsvertrag über die Auseinandersetzung.</p> <p>(3) Für den Fall, dass ein Staatsvertrag über die Auseinandersetzung nicht innerhalb eines Jahres abgeschlossen wird, entscheidet ein Schiedsgericht über die Auseinandersetzung. Das Schiedsgericht kann auch eine einstweilige Regelung treffen.</p> <p>(4) Einigen sich die Länder nicht über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, ernennen die Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte der Länder gemeinsam ein aus vier Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht. Die</p>	<p>verlängert er sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre. Im Falle der Kündigung tritt der Staatsvertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist außer Kraft und die Anstalt ist aufgelöst.</p> <p>(2) Nach der Kündigung oder Auflösung der Anstalt durch Vereinbarung schließen die Länder einen Staatsvertrag über die Auseinandersetzung.</p> <p>(3) Für den Fall, dass ein Staatsvertrag über die Auseinandersetzung nicht innerhalb eines Jahres abgeschlossen wird, entscheidet ein Schiedsgericht über die Auseinandersetzung. Das Schiedsgericht kann auch eine einstweilige Regelung treffen.</p> <p>(4) Einigen sich die Länder nicht über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, ernennen die Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte der Länder gemeinsam ein aus vier Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht. Die</p>
--	---	--

	Schiedsrichter müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.	Schiedsrichter müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.
64.	<p>§ 57 Beitritt</p> <p>Andere Länder können diesem Staatsvertrag beitreten. Der Beitritt bedarf eines Staatsvertrages der beteiligten Länder.</p>	<p>§ 57 Beitritt</p> <p>Andere Länder können diesem Staatsvertrag beitreten. Der Beitritt bedarf eines Staatsvertrages der beteiligten Länder.</p>
65.	<p>§ 58 Übergangsbestimmungen für die Landesmedienanstalten</p> <p>(1) Mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrages gehen sämtliche Rechte, Verbindlichkeiten und Pflichten, insbesondere auch Personal und Sach- sowie Finanzmittel, im Wege der Gesamtrechtsnachfolge von der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) und der schleswig-holsteinischen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR) auf die neue Anstalt über. Mit</p>	<p>§ 58 Übergangsbestimmungen für die Landesmedienanstalten</p> <p>(1) Mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrages gehen sämtliche Rechte, Verbindlichkeiten und Pflichten, insbesondere auch Personal und Sach- sowie Finanzmittel, im Wege der Gesamtrechtsnachfolge von der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) und der schleswig-holsteinischen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR) auf die neue Anstalt über. Mit</p>

	<p>Inkrafttreten dieses Staatsvertrages sind HAM und ULR aufgelöst.</p> <p>(2) Die Gesamtrechtsnachfolge nach Absatz 1 schließt ein, dass sämtliche Rechte und Pflichten aus den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages bestehenden Arbeitsverhältnissen von der Anstalt übernommen werden; im Übrigen gilt § 613a Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend. Zur Absicherung der von der ULR bei der Versorgungsausgleichkasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein (VAK) angemeldeten Beschäftigten, denen die ULR Anwartschaft auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen gewährleistet, stellt die Anstalt sicher, dass die nach der Satzung der VAK geforderten tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für eine freiwillige Mitgliedschaft der Anstalt erhalten bleiben oder geschaffen werden.</p> <p>Versorgungsabreden der HAM mit beurlaubten Beamtinnen oder Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg gehen auf</p>	<p>Inkrafttreten dieses Staatsvertrages sind HAM und ULR aufgelöst.</p> <p>(2) Die Gesamtrechtsnachfolge nach Absatz 1 schließt ein, dass sämtliche Rechte und Pflichten aus den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrages bestehenden Arbeitsverhältnissen von der Anstalt übernommen werden; im Übrigen gilt § 613a Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend. Zur Absicherung der von der ULR bei der Versorgungsausgleichkasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein (VAK) angemeldeten Beschäftigten, denen die ULR Anwartschaft auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen gewährleistet, stellt die Anstalt sicher, dass die nach der Satzung der VAK geforderten tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für eine freiwillige Mitgliedschaft der Anstalt erhalten bleiben oder geschaffen werden.</p> <p>Versorgungsabreden der HAM mit beurlaubten Beamtinnen oder Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg gehen auf</p>
--	--	--

	<p>die Anstalt über; Entsprechendes gilt für insoweit getroffene Verwaltungsvereinbarungen zwischen der HAM und der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>	<p>die Anstalt über; Entsprechendes gilt für insoweit getroffene Verwaltungsvereinbarungen zwischen der HAM und der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>	
<p>66.</p>	<p>§ 59 Bestehende Satzungen, Zulassungen und Zuweisungen</p> <p>(1) Bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages geltende Satzungen, Richtlinien und sonstige Festlegungen der ULR bleiben so lange im jeweiligen Land gültig, bis an deren Stelle Satzungen, Richtlinien und sonstige Entscheidungen der neuen Anstalt in Kraft getreten sind.</p> <p>(2) In den Ländern bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages bestehende Zulassungen und Zuweisungen bleiben unberührt. Eine einmalige Verlängerung bestehender Zuweisungen gemäß § 26 Abs. 7 Satz 2 ist zulässig.</p>	<p>§ 59 Bestehende Satzungen, Zulassungen und Zuweisungen</p> <p>(1) Bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages geltende Satzungen, Richtlinien und sonstige Festlegungen der HAM und der ULR bleiben so lange im jeweiligen Land gültig, bis an deren Stelle entsprechende Satzungen, Richtlinien und sonstige Entscheidungen der neuen Anstalt in Kraft getreten sind.</p> <p>(2) In den Ländern bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages bestehende Zulassungen und Zuweisungen bleiben unberührt. Eine einmalige Verlängerung bestehender Zuweisungen gemäß § 27 Absatz 7 Satz 2 ist zulässig. Satz 2 gilt nicht für Zuweisungen, die gemäß § 26 Absatz 8 des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und</p>	

67.	<p>§ 60 Inkrafttreten</p> <p>Dieser Staatsvertrag tritt am 1. März 2007 in Kraft. Sind bis zum 28. Februar 2007 nicht die Ratifikationsurkunden beider Länder bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.</p>	<p>Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH) vom 13. Juni 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 108), zuletzt geändert durch Art. 1 Achter Medienänderungsstaatsvertrag HSH vom 2.12.2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 305), einmalig für die Dauer von drei Jahren erteilt wurden.</p>	
	<p>§ 60 Inkrafttreten; Außerkrafttreten</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag tritt am X. Tag/X Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden beider Länder bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein in Kraft. Sind bis zum XXX nicht die Ratifikationsurkunden beider Länder bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.</p> <p>(2) Mit Inkrafttreten nach Absatz 1 tritt der Staatsvertrag über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH) vom 13. Juni 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 108), zuletzt geändert durch Art. 1 Achter</p>	<p>Absatz 2: Da mit dem 9. MÄStV HSH der geltende MStV HSH nicht geändert, sondern ersetzt wird, ist dieser mit Inkrafttreten der Neufassung aufzuheben.</p>	



		<p>Medienänderungsstaatsvertrag HSH vom 2.12.2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 305), außer Kraft.</p>	
--	--	--	--